BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 12 **Köln, 20. Dezember 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *„Zwischen den Jahren“* S. 433
- *Peter Nellen, MdB, „G. F. Kennan erregt Europa“* S. 435
- *Dr. Hermann Etzel, „Natodämmerung und Frankreichs geschichtliche Aufgabe“* S. 443
- *Senator a. D. Ernst Plate, „Wiedervereinigung — Phantasie?“* S. 449
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Der amerikanische Mythos“* S. 452
- *Dr. Hermann Rauschning, „Kreuzzug der Wahrheit“* S. 457
- *Dr. Friedrich Heer, „Die Intelligenz, die Politik und das Geschäft des Friedens“* S. 462
- *Dr. Achim von Borries, „Die Flucht in die Rüstung“* S. 467
- *Hans Henny Jahnn, „Der Mensch im veränderten Weltbild“* S. 475
- *Wirtschaft: Kurt Pritzkoleit, „Problematik des Gemeinsamen Marktes“* S. 480
- *Recht: Dr. Walther Ammann, „Strafrechtliche Probleme der Kontaktaufnahmen zwischen Deutschen aus Ost und West“* S. 486

Zwischen den Jahren

Am Vorabend des dritten Jahrgangs dürfen Leser und Autoren, Redaktion und Verlag der „Blätter“ prüfend und sinnend verharren. Als diese erstmals herauskamen, begleitete sie vorsichtiger Optimismus. Die Zuversicht erwies sich als begründet; die Erwartungen wurden übertroffen. Eine kurze Zeitspanne hat genügt, die Zeitschrift in das politische Gespräch zu bringen, ihr Diskussion und Zustimmung einzutragen. Die Themen sind reichhaltiger und differenzierter geworden. Neue Mitarbeiter von Rang und Namen aus verschiedenen Kreisen des In- und Auslandes konnten gewonnen werden. Staatsmänner und Diplomaten beginnen, sich zu Darlegungen in der jungen Zeitschrift bereitzufinden und die Anteilnahme von Parlamentariern an ihr wächst. Ihre Verbreitung, Resonanz und Wirkung hat beträchtlich zugenommen. Zu dem Erfolg haben alle, Leser und Autoren, Redaktion und Verlag beigetragen.

Die Absicht war, ein unabhängiges Organ zu schaffen, das sich gegen politische Gleichgültigkeit, Blindheit, Rückständigkeit und Ratlosigkeit wendet. Es ging und geht gegen die resignierende Vorstellung, als ob alles schon zum Schlimmsten gewendet sei. Es soll der weitverbreiteten Neigung und Gewöhnung entgegenwirken, amtliche Klischeevorstellungen und konfektionierte Meinungen aus der Hand einer höheren Sphäre unbesehen entgegenzunehmen. Es muß das Hauptziel sein, aus sorgfältigen, vom verwirrenden Tagesgeschehen unbeirrten und die tieferen Triebkräfte und Grundströmungen aufspürenden Untersuchungen und Analysen die unerbittlichen, auch unerwünschten Schlußfolgerungen zu ziehen und sie gegebenenfalls zu Prognose und Forderung zu verdichten; also, sich vom politischen Realismus leiten zu lassen und sachliche Authentizität zum obersten Grundsatz zu machen.

Thematisch und in der Methode sollen die „Blätter" einen eigenen, selbständigen Beitrag zur Klärung und Lösung von Fragen der deutschen und internationalen Politik und damit auch zur Bildung der öffentlichen Meinung leisten, zugleich aber Sprachrohr beachtenswerter Stimmen eben dieser öffentlichen Meinung sein. Außer den großen zentralen Problemen, denen das Hauptaugenmerk gilt, bedürfen Sonderfragen, auch Miszellen und politische Grenzwerte, der Berücksichtigung. Schwieriger und heikler Gegenstände, die nicht auf der großen Heerstraße liegen, aber gleichwohl bedeutsam sind, wollen sich die „Blätter" besonders annehmen. Neben den untersuchenden Abhandlungen darf die unterrichtende und dokumentarische Darstellung nicht zu kurz kommen.

Daß der Autor tief eindringt, scharf trennt, vielseitig verbindet und unermüdlich beharrt, davon macht Schiller eine erfolgreiche, bedeutende Leistung abhängig. Das sind in der Tat die Voraussetzungen jeder belangreichen geistigen und publizistischen Arbeit im Reiche der Politik.

In dem Augenblick, da die „Blätter" in ihren dritten Jahrgang eintreten, steht die Menschheit an der Schwelle eines neuen Zeitalters. Probleme und Aufgaben von einer nie gekannten, drängenden Gewalt und grenzenloser Fülle, genug sonst für ein Jahrtausend, türmen sich vor ihr auf. In Blöcke der Macht und der Ideologie gespalten, sieht sie sich vor dem unheimlichen Dilemma, daß wissenschaftliche Forschungsergebnisse und technische Entwicklungen ständig zur Erzeugung neuer furchtbarer Terrorwaffen hinführen. Der Tag ist nicht mehr allzu ferne, an dem sich die Völker und ihre Führer entscheiden müssen, ob die Peitsche eines gigantischen Wettbewerbs und erbitterten Wettlaufs der Leistungen die Menschen zu höchstem Aufstieg emportreiben oder als ihre Geißel in den Abgrund hinabtreiben wird, ob die Erdbewohner selbstmörderisch untergehen oder, den unheilvollen Zirkel durchbrechend, über das Zwischenstadium friedlicher Koexistenz zu einem universalen Solidarismus gelangen werden.

Es gilt, der Drohung einer Katastrophe die Kräfte der Erkenntnis und des guten Willens entgegenzusetzen und, unangefochten von Mißverständnissen und Mißdeutungen, der Idee des Friedens und der Verständigung in der Welt und damit dem Wohle Deutschlands zu dienen. In solchen Dienst gedachten wir uns mit vielen Gleich- und Gutgesinnten zu stellen. Die immer rascher laufenden und weiter greifenden Umwälzungen der internationalen Lage bestätigen im vollen Umfange die Richtigkeit der in unserer Zeitschrift vertretenen politischen Auffassungen und rechtfertigen die oft und eindringlich genug in ihr zum Ausdruck gekommenen Mahnungen, Warnungen und Prognosen. So dürfte die Zuversicht begründet sein, daß ihre Bemühung notwendig und wirksam ist.

Mit diesem Introitus, Rückblick und Vorschau zugleich, mögen die „Blätter" zu erfolgreicher Arbeit in ihr neues Jahr entlassen werden.

Redaktion und Verlag

Peter Nellen, MdB

G. F. Kennan erregt Europa

Wer sich der ungewöhnlich eindrucksstarken und brillanten vier Vorlesungen erinnert, die G. F. Kennan 1954 in Frankfurt unter den Auspizien der Universität und besonders des Professors der politischen Wissenschaften, Carlo Schmid, hielt, durfte mit Recht auf seine Rundfunkvorträge im Londoner BBC gespannt sein. Man konnte erwarten, daß die bohrende Nachdenklichkeit und analytische Kraft dieses politischen Historikers, ohne Zweifel eines der bedeutendsten Diplomaten der westlichen Welt, gerade durch das furchterregende, fast überdimensionale Anwachsen der vor uns stehenden, nicht bewältigten politischen Probleme noch zugenommen habe. Das Echo der Öffentlichkeit und die Stellungnahme regierungsoffizieller Sprecher, einschließlich des Bundesaußenministers anläßlich einer Pressekonferenz bei seinem Besuch in London, bestätigen diese Annahme. Natürlich hat es wiederum nicht an bedenklichen und fast entmutigenden ersten Zensuren wie „illusionär" und „unrealistisch" gefehlt. Das ist eine politische Beckmessermethode, die nicht dadurch abgeschwächt oder gar entschuldigt werden kann, daß man im übrigen dem Autor eine Prüfung und Würdigung seiner Gedanken in Aussicht stellt.

Wenn man das geschichtlich-politische Gedankengebäude Kennans, das von einer bestürzenden, uns alle unmittelbar betreffenden Aktualität ist und ausgestattet mit den subtilen Einzelkenntnissen des seinerzeit auf höchster Ebene Mitplanenden und Mithandelnden, schon auf der Schwelle der Erörterungen mit den Prädikaten „unrealistisch und illusionär" abstempelt, so wäre es damit im Grunde vernichtend getroffen, und jede in Aussicht gestellte Prüfung wäre nur noch ein Scheingefecht.

Statt eines ausführlichen Kommentars, den die BBC-Vorträge Kennans verdienten und den wir uns nach Abschluß der Rundfunksendungen vorbehalten, wollen wir uns dem dritten und vierten Vortrag zuwenden. Sie sind für die Bundesrepublik von besonderer Bedeutung. Wir zögern nicht, den Hintergrund deutlich aufzublenden, auf dem wir Kennans Gedankengänge sehen und vor dem wir auch diesen Beitrag verstanden wissen möchten.

Zur Charakterisierung dieses Hintergrundes zitieren wir eine Äußerung des amerikanischen Außenministers J. F. Dulles aus seinem Buch „Krieg oder Frieden" aus dem Jahre 1950. Dabei gestehen wir ein, daß wir uns in den letzten Jahren des öfteren mit tiefem Erschrecken gefragt haben, ob diese Äußerungen von Dulles noch heute zu seinem politischen Credo gehören und wirksame Motive seiner Europa und die Bundesrepublik unmittelbar betreffenden Außenpolitik darstellen:

„Es muß eingeräumt werden, daß die Deutschen Herz und Kernpunkt des europäischen Problems sind. Trotz aller Hindernisse kommen sie wieder zu Kräften. Was werden sie mit diesen Kräften anfangen? Werden sie sie gebrauchen, um die künstliche Teilung Deutschlands durch den Eisernen Vorhang zu beenden? ... Werden die Deutschen versuchen, ihre Stellung zwischen Ost und West zu ihren Gunsten auszuwerten? Dies ist eine Möglichkeit, die viele Deutsche verlocken muß, welche noch immer an eine Zukunft Deutschlands auf nationalistischer Basis glauben und die ihre Nation wieder zur Größe erhoben zu sehen wünschen. Noch nie zuvor hatte ein so zahlreiches und potentiell so machtvolles Volk eine so einzigartige Chance, seine Stellung zwischen zwei gegnerischen Gruppen nutzbar zu machen. Wenn die Deutschen wieder mit dem Sowjetkommunismus paktieren wollten, wie sie es im Herbst 1939 getan haben, so könnte diese Kombination Europa hinwegraffen. Der Sieg einer sowjet-deutschen Allianz wäre so sicher, daß man daran zweifeln muß, ob man hier irgendeinen organisierten Gegenstand entgegensetzen könnte. Das ist der Preis, den ein wiederauflebendes Deutschland Sowjet-Rußland anbieten kann —

zu einem Gegenpreis. Ein wiederbelebtes Deutschland kann aber auch ein größerer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert. So hat ein wiederbelebtes nationalistisches Deutschland dem Westen viel zu bieten — zu einem Gegenpreis."

Gehen wir fehl mit der Behauptung, daß sich in diesen bemerkenswert offenen Sätzen ein primitives, ausschließlich militärisch-strategisches Denken äußert? Die politisch-militärische Situation Europas im allgemeinen, besonders der Bundesrepublik und eines wieder zu vereinigenden Deutschlands als des östlichen Partners der westlichen freien Welt, gegenüber einer durch nichts wegzudiskutierenden, auf diesem unserem Kontinent nun einmal angesiedelten Weltgroßmacht, nämlich der Sowjetunion, wird geradezu gefährlich vereinfachend behandelt. In diesem Gedankengang finden wir keinerlei politisch-diplomatische Substanz, keinerlei konstruktiven Ansatz, sondern nur Wunschdenken, unter totaler Ausklammerung der geographischen, der politischen und der tatsächlichen militärischen Wirklichkeit. Deutschland als „vorgeschobene strategische Position", „Unterminierung der sowjetisch-kommunistischen Positionen" in den uns unmittelbar benachbarten westslawischen Ländern: Ist das reale Politik, ist das vielleicht noch heute die Außenpolitik unseres größten Natopartners, den wir unter allen Umständen auf dem Kontinent festhalten wollen als unerläßlichen Garanten unserer eigenen ebenfalls ausschließlich militärisch-strategisch verstandenen Sicherheit und als entscheidenden Vorkämpfer unserer Wiedervereinigung? Wir können uns der Furcht nicht erwehren, daß beides auf diese Weise bestimmt nicht zu erreichen ist. —

Und jetzt ein weiteres Wort zur Interpretation der „Politik der Stärke nach ihrem wahren politischen Sinn" und unter dem besonderen Gesichtspunkt unserer höchsten politischen Aufgabe, nämlich der Wiedervereinigung. Wir zitieren ein kluges, vorsichtiges realistisches Wort des Bundesverteidigungsministers F. J. Strauß:

„Die bestehenden Verträge sehen ausdrücklich vor, daß ein in seiner staatlichen Einheit wiederhergestelltes Deutschland nicht automatisch Mitglied der Nato wird, sondern seinen außenpolitischen Standpunkt frei bestimmen kann. Das schließt durchaus ein, daß die Frage der außenpolitischen Bindungen und der militärischen Verbindungen im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen geregelt werden kann. Es mag sein, daß ohne ein gewisses Junktim eine Regelung dieser Fragen nicht möglich ist...*). Dieses Junktim darf nicht nur Zugeständnisse für das angebliche Sicherheitsproblem der Sowjetunion enthalten, es muß ausreichende Garantien für Sicherheit und Freiheit des wiedervereinigten Deutschlands und der anderen europäischen Völker in sich gewährleisten."

Das sind genau die Kernprobleme, die Kennan in seinem dritten und vierten Vortrag behandelt, kritisch und enthüllend gegenüber dem, was wir als politische Haltung von Dulles fürchten, analysierend und abwägend, was in der Äußerung von Strauß realistisch ausgesprochen wird.

Die großen, miteinander eng verflochtenen politischen Schwierigkeiten Europas liegen für Kennan in zwei Teilbereichen, dem der Satellitenstaaten und Deutschlands. Aus dem scharf charakterisierten Dilemma einer unverhüllten Anwesenheit

*) Anm. d. Verfassers: d. h. doch wohl unbestreitbarer und wesentlicher Zusammenhang zwischen einer Übereinkunft über den künftigen politisch-militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands und der politischen Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt, die mit größter Wahrscheinlichkeit ohne dieses Junktim nicht zu erreichen ist.

sowjetischer Truppen und ihres gegebenenfalls brutalen Einsatzes beim Wiederaufflammen freiheitlicher Erhebungen einerseits und der nicht weniger erschreckenden Alternative allgemeiner Verzweiflung, Apathie und allertiefster Enttäuschung über den Westen in diesen unglücklichen Ländern sieht er keinen Ausweg, „der nicht den baldigen Rückzug der Sowjettruppen aus diesen Satellitenstaaten einschließen würde". Die Anwesenheit der Roten Armee in diesen Ländern erscheint ihm als der Kern der Schwierigkeiten in der militärischen und politischen Gesamtlage Europas. Erst der Abzug könnte den Weg frei machen für eine evolutionäre Entwicklung dieser Länder und für Institutionen und gesellschaftliche Systeme, welche diese Länder für sich zu schaffen wünschen. Es ist für ihn klar, „daß es keinen militärischen Rückzug der Sowjets aus Ost-Europa geben kann, wenn es nicht möglich ist, diesen ganzen Bereich der militärischen Rivalität zwischen den Großmächten zu entziehen". In diesem Zusammenhang muß an eine Äußerung G o m u l k a s erinnert werden, daß Polen den Abzug sowjetischer Truppen aus seinem Territorium in dem Augenblick in die politische Debatte zu bringen wünsche, wo das ganze Deutschland, die Bundesrepublik und die DDR, zu einer militärisch verdünnten und atomfreien Zone würde. — Dadurch aber „wird sofort das deutsche Problem aufgeworfen, nicht nur, weil es die Zurückziehung der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland bedeutet, sondern weil es für die Russen unmöglich sein wird, ihr Problem in Osteuropa anders als in unmittelbarem Zusammenhang mit dem allgemeinen militärischen Gleichgewicht zwischen Rußland und dem Westen zu sehen, solange amerikanische und andere westliche Truppen in Deutschland verbleiben". Das Satellitenproblem kann nur gelöst werden, wenn auch das deutsche Problem gelöst wird. Für K e n n a n ist schon deswegen die deutsche Frage nach wie vor „Mittelpunkt der Spannungen in der Welt", und er kann sich keinen größeren Beitrag zum Weltfrieden vorstellen, als „die Beseitigung des augenblicklichen toten Punktes in der Deutschlandfrage". Andernfalls hält er die „Friedensaussichten für sehr trübe".

Freie Wahlen sind für ihn eine Selbstverständlichkeit und ein unverzichtbarer Tribut gegenüber den ehrwürdigen Grundsätzen einer freien demokratischen Welt. Darüber hinaus aber ist in den Verträgen festgelegt, daß „eine künftige gesamtdeutsche Regierung die Freiheit haben soll, ihre eigene internationale Orientierung zu bestimmen und mit anderen Staaten militärische Verpflichtungen einzugehen. Darin dürfen sie im voraus keinerlei Beschränkungen unterworfen werden. Besonders haben die westlichen Regierungen darauf bestanden, daß eine solche gesamtdeutsche Regierung völlige Freiheit haben müsse, weiterhin bei der Nato zu verbleiben, wie dies die Bundesrepublik Deutschland heute tut, und es gilt überall als ausgemacht, daß eine gesamtdeutsche Regierung dies auch tatsächlich tun würde". K e n n a n stellt sich die Frage: Was würde in einem solchen Falle — wenn also ein künftiges wiedervereinigtes Deutschland die Entscheidung träfe, Mitglied der Nato zu bleiben — mit den jetzt auf deutschem Boden stationierten Truppen der verschiedenen alliierten Staaten geschehen? Die Sowjetunion ist kein Natomitglied, „man muß also annehmen, daß die sowjetischen Streitkräfte aufgefordert würden, das Land zu verlassen, während die westalliierten Streitkräfte in einem solchen Falle im Rahmen des Nato-Systems wahrscheinlich in Deutschland bleiben würden. Moskau würde also tatsächlich aufgefordert, als Teil eines Abkommens über die deutsche Wiedervereinigung seine militärische und politische Bastion in Mitteleuropa aufzugeben, die es durch seine militärischen Anstrengungen in den Jahren 1941 bis 1945 erobert hat — und dies ohne Rückzug der bewaffneten Macht Amerikas aus dem Herzen des Kontinents als Gegenleistung!" Es scheint K e n n a n äußerst unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion so etwas akzeptieren würde, und zwar aus Gründen dessen, was sie als ihre eigene innen- und außenpolitische Sicherheit ansieht. „Rea-

listischerweise kann man von Moskau einfach nicht verlangen, — falls man es auf ein Übereinkommen mit ihm abgesehen hat, — diesen Schritt so zu tun, daß sein Prestige dadurch ernstlich gefährdet würde. Ein russischer Rückzug ohne einen entsprechenden Rückzug auf westlicher Seite würde ganz allgemein den Eindruck einer Niederlage der sowjetischen Politik in Ost- und Mitteleuropa überhaupt erwecken. Die Sowjetführer werden darum in diesen augenblicklichen westlichen Vorschlägen so etwas wie die Aufforderung zu einer bedingungslosen Kapitulation des sowjetischen Interesses an der deutschen Frage überhaupt sehen". Die Hoffnung auf eine Beendigung der Spaltung Deutschlands in absehbarer Zeit, und damit zugleich auf die Beendigung der Spaltung Europas, kann man aufgeben, wenn es bei der westlichen Haltung bleibt, daß einer künftigen gesamtdeutschen Regierung im Hinblick auf die künftigen militärischen Verpflichtungen Deutschlands „die Hände in keiner Weise gebunden werden dürfen". Man kann das etwas nobler, aber ebenso sachgerecht ausdrücken: Wenn es zu keiner politischen diplomatischen Verhandlung und Vereinbarung über das kommt, was Bundesminister S t r a u ß die „außenpolitischen Bindungen und die militärischen Verbindungen" eines wiedervereinigten Deutschlands nennt, von anderen als sein „künftiger Status" bezeichnet.

K e n n a n spricht sehr offen aus, daß es in unserem westlichen Lager Leute gibt, die in diesem Zustand der Spaltung keine Ursachen sehen, sich besonders aufzuregen. „Sie halten die Fortsetzung der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Deutschland für die unerläßliche Sicherung und das Unterpfand des militärischen Interesses Amerikas am europäischen Kontinent, und der Gedanke, daß dieses Unterpfand je entfernt werden könnte, versetzt sie in Zittern und Beben. Es ist ihnen sehr angenehm, daß Amerika durch die Übernahme dieser besonderen Last auf unbegrenzte Zeit Westeuropa der Notwendigkeit enthebt, die deutsche Frage mit eigener Kraft anzupacken. Diese Ansicht mag für eine Zeit unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten berechtigt gewesen sein. Wenn man dieser Ansicht jedoch gestattet, zu einer Dauerhaltung zu versteinern, ist das gefährlich. Diese Einstellung verlangt zu viel und über eine zu lange Zeit hinweg von den USA, die keine europäische Macht sind. Sie wird der Stärke und den Fähigkeiten der Europäer selbst nicht gerecht".

Wir könnten eine solche Einstellung als den tiefsten Grad politischer Resignation und des vollkommenen Nihilismus in bezug auf die politische Zukunft Europas und Deutschlands verstehen, wenn wir uns bereit fänden, nur als Abschußbasis amerikanischer Atomraketen und als ständiger Brückenkopf der USA existieren und überleben zu wollen. Dieses Problem muß vielleicht noch drastischer formuliert werden. Eine außereuropäische, mit dem stärksten kontinentalen Imperium rivalisierende Macht, wie die USA, als entscheidenden Führungs- und Stabilisierungs- und Sicherheitsfaktor auf dem Kontinent fixieren zu wollen, ist auf die Dauer einfach ungeschichtlich, unfruchtbar und gefährlich. Es bedeutet den klaren Verzicht auf eine europäische Lösung. Sie kann und soll nicht g e g e n die USA versucht oder gefunden, sie muß aber von Europa s e l b s t geleistet werden. Sie schließt ein echtes europäisches Arrangement mit der Sowjetunion ein. Europa und in ihm ein wiedervereinigtes Deutschland ist als Klientel der USA auf die Dauer nicht denkbar, und alle Vorstellungen dieser Art entstammen reiner Resignation und purer Furcht.

Gegen den Rückzug der Streitkräfte beider Lager führt die regierungsoffiziöse „Diplomatische Korrespondenz" als stärkstes Argument an, daß der Westen dabei militärisch hoffnungslos ins Hintertreffen geraten würde, weil nämlich die westlichen Truppen einige tausend, die sowjetischen einige hundert Kilometer zurückgehen, wenn sich beide hinter die Grenzen ihrer Territorien zurückziehen würden. Darüber wird ein aufwendiges Lamento gemacht. Wollen denn diese klugen oder verzweifelten Lamentierer die physische und politische Weltkarte ändern? Müssen wir

denn nicht anerkennen, daß die Sowjetunion besten und zumutbaren Falles sich bis hinter die Ostgrenze Polens zurückzieht und dann legitimerweise sich auf ihrem eigenen Territorium befindet? Wollen diese timiden Abendländer im Ernste und in aller Zukunft verkennen, daß die natürliche und legitime Ostgrenze der Vereinigten Staaten einige Kilometer vor der Ostküste der USA liegt? Das mag unser Unglück sein, aber wir müssen damit fertig werden. Wir halten nicht viel von dem guten Rat der „Diplomatischen Korrespondenz": Man solle nicht nur die Diskussion, sondern erst recht die öffentliche Befürwortung des Rückzugsgedankens solange zurückstellen, bis man eine politisch und strategisch tragbare Lösung des Rückzugsplanes gefunden habe. Wenn man sich zurückzieht, werden die Russen natürlicherweise immer nur „einige hundert Kilometer, die US-Amerikaner, ebenso natürlicherweise, einige tausend Kilometer sich zurückziehen. Man mag das Problem solange vor sich herschieben, wie man will; es steht zu befürchten, daß wir mit der so dringend notwendigen Entspannung und mit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht einen einzigen Schritt vorwärtskommen, solange wir solche primitiven Gedankengänge monomanisch wiederholen. Dann sollte man schon besser die alte klassische Theorie von der bedrohlichen Gegenküste und der Notwendigkeit, auf ihr einen Brückenkopf zu errichten, deutlich aussprechen. Damit wäre das amerikanische Verteidigungsinteresse in Europa deutlich und sauber formuliert, und uns wäre ein Platz angewiesen unter den Fittichen des amerikanischen Adlers. Diese Vorstellung von dem politischen Zukunftsschicksal unseres altehrwürdigen Kontinents könnte uns als Abendländer traurig stimmen, wenn sie nur grotesk und paradox wäre; sie muß uns wachrütteln, weil sie so ungeheuer gefährlich ist und weil die in ihr gesuchte Sicherheit von Tag zu Tag fragwürdiger erscheint und eines Tages zur tödlichen Fiktion werden kann. Um Brückenköpfe auf Gegenküsten ist in der Geschichte oftmals gekämpft worden — und das wäre in unserem Fall für Europa das Ende. Oder sie wurden durch ein politisch-diplomatisches Arrangement eingegrenzt und entschärft und im besten Fall zuletzt überflüssig gemacht. Diese zweite Möglichkeit aber, die allein unser Überleben verspricht, muß ernsthaft ins Auge gefaßt und ebenso kühn wie sorgfältig vorbereitet werden.

K e n n a n stellt fest, daß in der letzten Zeit in Moskau bestimmt keine Anzeichen einer großen Begeisterung für irgendeine Regelung dieser Art anzutreffen war. Wie weit möglicherweise dieser „Mangel an Begeisterung jedoch eine Reaktion, vielleicht sogar eine Resignation angesichts der westlichen Haltung darstelle", darüber glaubt er nichts Genaues zu wissen. Unbedingt überprüfungswürdig erscheint ihm die allgemeine Annahme, „daß die Westmächte in einen hoffnungslosen militärischen Nachteil gerieten, falls es zu einem beiderseitigen Truppenrückzug aus dem Herzen Europas käme". Demgegenüber verweist er auf die fragwürdige Annahme und Denkgewohnheit, eine Invasion der Russen in Westeuropa in diesem Fall als allzuwahrscheinlich anzusehen, den Wert der Satellitenarmeen zu überschätzen, und auf die Unterschätzung der bändigenden, abschreckenden Kraft der Interkontinental-Geschosse. Letztlich macht er darauf aufmerksam, man solle doch „die Vorteile für die westliche Sicherheit, die sich aus einem Rückzug der Russen aus Ost- und Mitteleuropa ergeben würden, nicht unterschätzen".

Kurz und knapp und mit frappierender Nüchternheit erklärt er zum Schluß: „Es erscheint mir grundsätzlich wünschenswerter, die Sowjettruppen aus Mittel- und Osteuropa hinauszubekommen, als eine neue deutsche Armee auf- und auszubauen — mit dem Ziel, ein Gegengewicht zu den dort verbleibenden Russen zu bilden."

Sollten wir nicht einmal ernsthaft den Gedanken fassen, mit einem großen, deswegen niemals ungefährlichen Nachbarn zusammenleben zu müssen, und die Normalisierung dieses Zusammenlebens, soweit es an uns liegt, mit äußerster Behutsamkeit — mit Rückhalt an der freien Welt — vorzubereiten, statt in einer tatsächlichen

Klientel zu leben, möglicherweise in die globalen Streitigkeiten unseres Nachbarn mit unserem heutigen Patron hineingezogen zu werden? Wir pflichten Kennan bei, daß beim Vorherrschen des rein-militärischen Denkens und der geradezu naiven Vorstellung, ein wiedervereinigtes Deutschland könne ohne militärische Verdünnung Mitglied der Nato sein, so wie es jetzt die Bundesrepublik ist, keine Entspannung in dem gespaltenen Europa und keine Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands zu denken, geschweige denn zu erreichen ist.

Es wäre erstaunlich, sähe Kennan nicht all diese von ihm behandelten Probleme auf dem makabren Hintergrund unseres Atomzeitalters. Die Nationen sind seiner Meinung nach noch „nie einer größeren Gefahr ausgesetzt gewesen als heute, da sie sich der Atomwaffe gegenübersehen. Nicht nur die lebende Generation ist bedroht, sondern die genetische Zusammensetzung der Rasse, die Aussicht auf Gesundheit und Leben für unsere Kinder und für künftige Generationen. Diese Gefahr ist nicht nur entsetzlich, sondern auch unmittelbar. Die Bemühungen um die Beilegung größerer politischer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Russen und uns sind praktisch aufgegeben worden. Der Glaube an die Unvermeidlichkeit des Krieges — an sich schon der übelste Dienst, den man dem Frieden erweisen kann —, ist hemmungslos ins Kraut geschossen. Völlige Ungewißheit über die Absicht des Gegners und das höchste Interesse am Überraschungsfaktor können unter dem Druck der Furcht oder des Mißverständnisses zu Maßnahmen führen, deren Auswirkung nicht wieder gutzumachen wäre. An dieser fürchterlichen, unmittelbaren und fast unausdenklichen Gefahr müssen die Risiken einer Verhandlung über die Regelung politischer Fragen mit Rußland heute gemessen werden. Eine Vervielfältigung der Zerstörungskraft und Schnelligkeit unserer Waffen bietet keinen Ausweg. Manche Leute sind der Meinung, daß die Russen ihre Fähigkeit, auf große Reichweite massive Zerstörung anzurichten, beim geringsten Vorsprung sofort einsetzen würden, ohne Rücksicht auf die Vergeltungskapazität des Westens". Kennan fügt hinzu: „Nun aber, da die Fähigkeit der furchtbaren Zerstörung (durch Wasserstoffbomben) unbestreitbar auf Gegenseitigkeit beruht, und nun, da der entscheidende Akzent auf den Überraschungsfaktor gelegt ist, bin ich bereit, zuzugeben, daß die atomare Abschreckung ihren Wert als stabilisierender Faktor hat, — bis wir ein besseres Mittel zu unserem Schutz entwickelt haben ... Auf keinen Fall möchte ich den Eindruck erwecken, daß ich mich auch nur im geringsten für so etwas eingesetzt habe wie unsere Vergeltungskapazität außer Acht zu lassen oder zu vernachlässigen. Ich sehe jedoch nicht ein, warum wir uns den Glauben leisten können, die strategische Atomwaffe könne mehr sein als ein vorübergehendes und bedauerliches Hilfsmittel, das lediglich gestattet, über einen gefährlichen Augenblick in den internationalen Beziehungen hinwegzukommen. Besonders sehe ich keinen Grund zu der Annahme, daß eine irgendwie geartete Rettung oder irgendeine grundlegende Lösung unserer Probleme in der Steigerung der Schnelligkeit oder der Zerstörungskraft dieser Waffe oder im Auf- und Ausbau komplizierter Verteidigungsanlagen zum Schutz vor ihr liegen könnten. Was ihre offensive Durchschlagskraft oder ihren Wert als Abschreckungsmittel angeht, ist nicht die unablässige Vervielfältigung ihrer Potenz von Wichtigkeit oder für unser Problem erheblich, sondern sie braucht nur schrecklich genug zu sein, um ihren Einsatz gegen uns zu einem widervernünftigen und selbstmörderischen Akt für jedweden Gegner zu machen. Das ist sie aber meiner Meinung nach bereits seit vielen Jahren, und ihr Wert zu diesem Zweck wird nicht dadurch erhöht, daß man sie noch schrecklicher macht." Kennan sieht keine Steigerung der Sicherheit darin, daß wir uns „völlig der negativen Dynamik des Wettrüstens verschreiben".

Er erblickt sogar „den Anfang einer Verständigung in diesem erschreckenden Problem selbst, und zwar auf Grund der Erkenntnis, daß die Waffe der Massen-

vernichtung unfruchtbar und ohne Hoffnung ist". Sie kann nach seiner Auffassung „in keiner Weise den Zielen einer konstruktiven und zu Hoffnungen berechtigenden Außenpolitik dienen". „Der selbstmörderische Charakter dieser Waffe macht sie sowohl als Unterstützung der Diplomatie wie auch als Grundlage für ein Bündnis unbrauchbar. Eine solche Waffe kann einfach nicht als nützliche Unterstützung politischer Bedürfnisse verwendet werden. Zwischen einer solchen Waffe und den üblichen Zielen der Nationalpolitik kann keine sinnvolle Beziehung hergestellt werden. Eine Gesamtverteidigung, die um diese Waffe konzentriert wird, die Selbstmord bedeutet, kann letzten Endes nur dazu dienen, die nationale Politik zu lähmen, die Bündnisse zu unterhöhlen und jeden tiefer und tiefer in die Anstrengungen des Wettrüstens zu verstricken."

Frage: „Bilden etwa die taktischen Atomwaffen einen gangbaren Ausweg aus der Unfruchtbarkeit jener militärischen Doktrin, die auf der Fernwaffe und der Massenvernichtung beruht?" Kann man in diesem Zusammenhang etwa eine Politik gestaffelter Abschreckungswaffen befürworten? Liegt darin eine echte Alternative zur Wasserstoffbombe als Grundlage der nationalen Verteidigung? Nach K e n n a n s Meinung scheint „diese Alternative unglücklicherweise nicht mehr zu bestehen, zumindest nicht, soweit es sich um die großen Atommächte handelt".

Augenscheinlich hegen Mitglieder der amerikanischen und der englischen Regierung die Hoffnung, „daß wir uns durch die Beibehaltung und Weiterentwicklung der taktischen Waffen in die Lage versetzen könnten, die Natoländer erfolgreich zu verteidigen, ohne zu der strategischen Fernwaffe Zuflucht zu nehmen, daß unsere Gegner ebenfalls dazu gebracht werden könnten, von einem Einsatz der Fernwaffe Abstand zu nehmen, daß die Kriegsführung auf den Einsatz der jeweils entwickelten taktischen Waffe beschränkt werden könnte und daß auf diese Weise sich die apokalyptischen Auswirkungen des Atomkrieges mit Fernwaffen vermeiden ließen. Das ist aber genau die These, die ich nicht akzeptieren kann ... Es scheint mir fürwahr eine verschrobene und äußerst geringe Hoffnung zu sein, die nur dem Wunschdenken entspricht".

„Es scheint die fröhliche Annahme in den Köpfen herumzuspuken, daß diese taktischen Atomwaffen verhältnismäßig harmlose Dinge seien, die nur gegen die bewaffneten Streitkräfte des Feindes eingesetzt würden und keinerlei weitere Nachteile bedeuten. Das ist jedoch ganz gewiß nicht der Fall. Selbst die taktische Atomwaffe ist in einem Ausmaß zerstörerisch, daß die Fantasie sich sträubt, ihre Auswirkungen auszumalen ... Dürfen wir wirklich annehmen, daß das alte Europa, so tief und heimtückisch geschwächt durch die Auswirkungen der beiden vorhergehenden Kriege dieses Jahrhunderts, ein weiteres und noch schrecklicheres Gottesgericht aushalten könnte? Wir wollen einmal die Mathematik der Vernichtung und die grauenhaften Gleichungen vermutlicher militärischer Verluste hinter uns lassen. Wir wollen einmal an die Menschen denken, wie sie wirklich sind, an die Grenzen ihrer Stärke und ihrer Hoffnung, ihrer Leidensfähigkeit, ihrer Fähigkeit, an die Zukunft zu glauben. Und dann wollen wir uns einmal allen Ernstes fragen, wieviel Rettenswertes denn gerettet wird, falls der Krieg nun zum drittenmal in einem halben Jahrhundert über Europa hinwegbraust."

„Unglücklicherweise besteht die weitere Gefahr — und augenscheinlich in gar nicht allzu ferner Zukunft, wie die Dinge jetzt liegen, — daß strategische oder taktische Atomwaffen oder beides zugleich sogar bei unseren kontinentalen Bündnispartnern auf Lager gelegt werden." K e n n a n hält einen solchen Schritt für verhängnisvoll. Er muß nach seiner Meinung zu einer schwerwiegenden Erhöhung der bestehenden militärischen Spannungen in Europa führen. „Er würde die Russen vor ernste Probleme stellen im Hinblick auf ihre eigenen Verteidigungsplanungen und die Einbeziehung der übrigen Länder des Warschauer Paktes in eben diese

Planung. Das würde unvermeidlicherweise zu einer weiteren Komplikation des deutschen Problems und des Satellitenproblems führen. In einer atomaren Bewaffnung der westlichen Länder des europäischen Kontinents sieht er die Aussichten für einen russischen Rückzug aus Mitteleuropa vielleicht schon aus Gründen rein militärischer Vorsicht ein für allemal schwinden. „Und falls es dazu kommt, ist natürlich jede Möglichkeit einer politischen Regelung auf lange Zeit erschöpft." Kennan spricht es offen aus, daß ihm die Tatsache vollkommen bewußt sei, „daß ähnliche Warnungen gegen die Einfügung von Atomwaffen in die Rüstungen der Kontinentalstaaten Europas in litzter Zeit auch fester Bestandteil der Sowjet-Diplomatie gewesen sind". Er glaubt aber auch, „wir sollten uns davor hüten, Ideen einfach deswegen zurückzuweisen, weil sie mit denen identisch sind, die von der anderen Seite kommen. Moskau sagt viele schädliche und törichte Dinge. Es wäre jedoch falsch, wollte man annehmen, daß seine Äußerungen niemals mit dem zusammenfallen könnten, was Nüchternheit und Vernunft diktieren. Die Russen haben nicht immer Unrecht — genau so wenig, wie wir immer recht haben. Unsere Aufgabe besteht jedenfalls darin, unsere Entschlüsse wirklich unabhängig zu treffen."

Der Weg, auf dem wir z. Z. voranschreiten, ist aussichtslos. Gibt es eine Alternative? Kennan gibt auf diese Frage folgende Antwort: „Es handelt sich dabei genau um das Gegenteil des Versuchs, die taktische Atomwaffe der Verteidigung Westeuropas einzugliedern! Und wiederum geht es hierbei um die Möglichkeit, die Streitkräfte der großen Atommächte geographisch voneinander zu trennen, sie als direkte Faktoren in der künftigen Entwicklung politischer Beziehungen auf dem europäischen Kontinent auszuschalten und dementsprechend die Völker Europas dazu zu bringen, ein höheres Ausmaß an Verantwortung für ihre eigene Verteidigung zu übernehmen, als sie es in den letzten Jahren getragen haben. Diese Möglichkeit besteht nach wie vor. So nahe wir uns auch schon davor befinden, den endgültigen verhängnisvollen Schritt haben wir noch nicht getan! Die Kontinentalstaaten Europas haben ihre Fähigkeit für die Lösung kontinental-europäischer Probleme noch nicht durch jene Hypothek belastet, die wir unserer diesbezüglichen Eignung aufgebürdet haben, indem wir unsere Verteidigung auf die Atomwaffen gründeten. Wenn man sie veranlassen könnte, von einem gleichen Schritt Abstand zu nehmen, und wenn es zu einem allgemeinen Rückzug der westlichen und der russischen Streitkräfte aus dem Herzen Europas kommen könnte, dann bestünde zumindest die Chance, daß der Kampf um das Schicksal Europas und der Wettstreit zwischen zwei politischen Weltanschauungen so ausgetragen werden könnte, daß weder für die betreffenden Völker noch für die Sache des Weltfriedens katastrophale Auswirkungen eintreten müßten. Ich persönlich kann mir nicht denken, wo sonst diese Chance noch bestehen könnte." Kennan kennt durchaus die Skepsis vieler Menschen, und zwar besonders auf dem europäischen Kontinent, „die jedesmal sofort aufgeregt hochspringen, wenn vorgeschlagen wird, daß sie die nötigen Widerstandskräfte in sich selbst suchen sollten, und die sich an den Gedanken gewöhnt haben, daß ihre Gefährdung rein militärischer Art sei und daß ihre Rettung nur durch andere bewerkstelligt werden könnte. Die Nato-Länder benötigen im Falle eines beiderseitigen Truppenrückzugs zusätzlich zu den Garantien des Nato-Paktes eine Fortsetzung der lokalen Vorkehrungen für ihre Verteidigung". Er redet also keineswegs einer unbewaffneten Neutralität das Wort.

Einen offenen militärischen Angriff auf Europa hält Kennan für die am wenigsten wahrscheinliche Gefahr. Die Ereignisse vor dem Angriff Hitlers auf Rußland im Jahre 1941 sprechen nicht dafür, und wir sollten „von der fixen Idee loskommen, daß die Russen sich danach sehnen, Westeuropa anzugreifen und zu besetzen, und daß darin die Hauptgefahr bestünde. Die sowjetische Bedrohung, wie ich schon bei früherer Gelegenheit betont habe, besteht aus einer kombinierten militärischen und

politischen Bedrohung. Die Betonung liegt hier auf ‚politisch'. Wenn die Streitkräfte der USA und Großbritanniens sich nicht auf dem europäischen Kontinent befänden, bestünde das Verteidigungsproblem für die Nationen Europas in erster Linie darin, die innenpolitische Gesundheit und Disziplin in ihrer nationalen Gesellschaft sicherzustellen; es würde weiter auf der Art und Weise beruhen, in der diese nationalen Gesellschaften organisiert sind, um die Eroberung und die Unterjochung des nationalen Lebens durch skrupellose und von außen gelenkte Minderheiten in ihren eigenen Reihen zu verhindern". Hier spricht Kennan aus einem bemerkenswerten Vertrauen und mit positiven Hinweisen das aus, was als einziges wirksames Gegenmittel auf die Dauer gegen eine allzu pessimistische, nur in schwarz malende Haltung erprobt werden muß. Er wendet sich dagegen, daß bei Schaffung einer zu diskutierenden militärisch verdünnten und möglicherweise atomfreien Mittelzone wir unentrinnbar in einen östlichen Sog hineingezogen oder das Opfer einer auf den Westen einwirkenden Infiltration würden. Wollten wir uns resignierend einem solchen für unabwendbar gehaltenen Fatum beugen, so müßte die Geschichte die Politiker längst darüber belehrt haben, daß dieses Schicksal durch rein militärische Hilfe von außen auf die Dauer nicht aufzuhalten wäre. Die endgültige, heute nur höchst ungern ins Auge gefaßte, fast zum Tabu erklärte, aber auf die Dauer wohl unausweichliche, unser al er Mut und Nüchternheit einfordernde Alternative kann wohl nur lauten: mit einem großen, auch bei positiver Wandlung seiner weltanschaulich-politischen Ideologien immer gefährlichen Nachbarn ein politisches Arrangement zu suchen. Keine Möglichkeit zweiseitiger oder vielseitiger Vertragshilfen dürfte dabei ungeprüft und gegebenenfalls unbenutzt bleiben. Die größte Gefahr besteht darin, ein Gefangener der eigenen Propaganda, des Wunschdenkens und der rauschhaften Selbsttäuschung aus Furcht vor sehr harten Realitäten zu werden.

Dr. Hermann Etzel

Natodämmerung und Frankreichs geschichtliche Aufgabe

Politische Beunruhigung und Kritik in USA
Erneute Erkrankung des Präsidenten
Wissenschaftliche Mobilisierung

Die Schwierigkeiten und Erschütterungen des Westens häufen sich; er hat nur noch Sorgen. In seinen Bündnissen brechen breite und tiefe Klüfte auf. Die wissenschaftlich-technische Führung ist auf die Sowjetunion übergegangen. Amerika ist aus den Wolken seines Sicherheitsgefühls gefallen. Es erkennt, daß es auf seinen Lorbeeren ausgeruht und sein technisches Zeitalter allzu lange von dem Kapital früherer Grundlagenforschung gezehrt hat. Die sowjetischen interkontinentalen Raketen und Erdtrabanten beleidigen sein Selbstgefühl ebensosehr wie die bisherigen Mißerfolge seiner Raketenversuche. Die düsteren Aussagen und Urteile des Er-

politischen Bedrohung. Die Betonung liegt hier auf ‚politisch'. Wenn die Streitkräfte der USA und Großbritanniens sich nicht auf dem europäischen Kontinent befänden, bestünde das Verteidigungsproblem für die Nationen Europas in erster Linie darin, die innenpolitische Gesundheit und Disziplin in ihrer nationalen Gesellschaft sicherzustellen; es würde weiter auf der Art und Weise beruhen, in der diese nationalen Gesellschaften organisiert sind, um die Eroberung und die Unterjochung des nationalen Lebens durch skrupellose und von außen gelenkte Minderheiten in ihren eigenen Reihen zu verhindern". Hier spricht Kennan aus einem bemerkenswerten Vertrauen und mit positiven Hinweisen das aus, was als einziges wirksames Gegenmittel auf die Dauer gegen eine allzu pessimistische, nur in schwarz malende Haltung erprobt werden muß. Er wendet sich dagegen, daß bei Schaffung einer zu diskutierenden militärisch verdünnten und möglicherweise atomfreien Mittelzone wir unentrinnbar in einen östlichen Sog hineingezogen oder das Opfer einer auf den Westen einwirkenden Infiltration würden. Wollten wir uns resignierend einem solchen für unabwendbar gehaltenen Fatum beugen, so müßte die Geschichte die Politiker längst darüber belehrt haben, daß dieses Schicksal durch rein militärische Hilfe von außen auf die Dauer nicht aufzuhalten wäre. Die endgültige, heute nur höchst ungern ins Auge gefaßte, fast zum Tabu erklärte, aber auf die Dauer wohl unausweichliche, unser al er Mut und Nüchternheit einfordernde Alternative kann wohl nur lauten: mit einem großen, auch bei positiver Wandlung seiner weltanschaulich-politischen Ideologien immer gefährlichen Nachbarn ein politisches Arrangement zu suchen. Keine Möglichkeit zweiseitiger oder vielseitiger Vertragshilfen dürfte dabei ungeprüft und gegebenenfalls unbenutzt bleiben. Die größte Gefahr besteht darin, ein Gefangener der eigenen Propaganda, des Wunschdenkens und der rauschhaften Selbsttäuschung aus Furcht vor sehr harten Realitäten zu werden.

Dr. Hermann Etzel

Natodämmerung und Frankreichs geschichtliche Aufgabe

Politische Beunruhigung und Kritik in USA

Erneute Erkrankung des Präsidenten

Wissenschaftliche Mobilisierung

Die Schwierigkeiten und Erschütterungen des Westens häufen sich; er hat nur noch Sorgen. In seinen Bündnissen brechen breite und tiefe Klüfte auf. Die wissenschaftlich-technische Führung ist auf die Sowjetunion übergegangen. Amerika ist aus den Wolken seines Sicherheitsgefühls gefallen. Es erkennt, daß es auf seinen Lorbeeren ausgeruht und sein technisches Zeitalter allzu lange von dem Kapital früherer Grundlagenforschung gezehrt hat. Die sowjetischen interkontinentalen Raketen und Erdtrabanten beleidigen sein Selbstgefühl ebensosehr wie die bisherigen Mißerfolge seiner Raketenversuche. Die düsteren Aussagen und Urteile des Er-

finders der amerikanischen Wasserstoffbombe vor einem Unterausschuß des Senats und des Leiters der Raketenabteilung der Armee vor der Presse wirkten niederschmetternd. Schon vor ihnen und dem Anbruch der Sputnikära hatte der neue Generalstabschef vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses zugeben müssen, daß die Sechste Flotte im Mittelmeer mit einer einzigen sowjetischen Nuklearbombe ausgeschaltet werden könne und daß der Vergleich mit dem Osten nicht tröstlich sei. Dieser sei wissenschaftlich überlegen, seine Forschung wesentlich weiter entwickelt als die amerikanische und die Zahl seiner Ingenieure und Akademiker beachtlich. Dort arbeite die gesamte Bevölkerung an der Aufstellung einer bisher unerreichten Streitmacht. Während das Land unter der Wacht seines strategischen Bomberkommandos ruhig zu schlafen gedachte, zerriß der Auftritt der russischen Interraketen und Sputnike den hohlen Wahn. Die Öffentlichkeit ist aufgerüttelt und aufgewühlt, der Kongreß ergrimmt und aufgestört, das Pentagon wütend; es befürchtet, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1960 von der Sowjetunion völlig überflügelt sein werden. Die Kritik an Dulles, dem Erzvater des Antisowjetismus und Antäus des Kalten Krieges, der seine Erde ist, aus der er lebt, nimmt zu. Seine Politik ist ein schweres Hindernis auf dem Wege zu internationaler Verständigung. Wallstreet sollte ihm das Mandat entziehen. Britische Zeitungen fordern, daß ihm nicht mehr wie bisher freie Hand gelassen und blindlings gefolgt wird. François Poncet nannte ihn in Godesberg auf einer deutsch-französischen Parlamentarierkonferenz einen rigorosen Puritaner, dessen Kenntnisse von der arabischen Welt unzureichend seien.

Der Ansturm der hochgehenden Wogen der Enttäuschung und Erbitterung macht vor der Person Eisenhowers, des redlichen Ethikers und friedenswilligen Präsidenten, nicht halt. Die Minderungen seiner politischen und moralischen Stellung sind weitgehend. Sein Kopf-hoch-Feldzug konnte die tiefe Beunruhigung nicht beschwichtigen. Sein Bericht an die Nation wurde von den Politikern wie von den Forschern, von der demokratischen Opposition wie von großen Teilen seiner eigenen Partei als unzulänglich angesehen. Der Präsident habe sich, entdecken die Kritiker, mit Mittelmäßigkeiten und Personen des Big Business umgeben und die Intelligenz verachtet. So habe er auch Wilson, den Mann, der die Grundlagenforscher für träumende Phantasten gehalten habe, die zu ergründen versuchten, daß und warum das Gras grün sei, als Verteidigungsminister berufen und die Streitigkeiten und Rivalitäten zwischen den drei Wehrmachtsteilen nicht zu überbrücken vermocht. Eisenhowers Politik habe Schiffbruch erlitten. Seine Programme und Ziele, mit denen er 1952 antrat, seien nicht verwirklicht worden, seinen Befreiungsparolen keine Taten gefolgt. Seine Absicht, bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen mit der „Vorausabteilung" Stassen den Sowjets „auf halbem Wege entgegenzukommen", sei zu verschwommen und zögernd gewesen und habe kein Echo gefunden. In Nahost habe die Eisenhowerdoktrin das Erscheinen Rußlands und die ständige Vermehrung seines Einflusses nicht verhindert, sie vielleicht sogar begünstigt. Auch der Interventionsversuch in Syrien sei mißglückt und der Rückzieher der Vereinigten Staaten offenkundig. Die Stärkung des amerikanisch-britischen Einvernehmens werde durch die folgenschwere Entfremdung Frankreichs mehr als aufgewogen. Die Steuern seien nicht ermäßigt, die Staatsschulden nicht verringert worden. In der Rassenfrage sei es zu schweren Spannungen zwischen der Bundesgewalt und den Einzelstaaten gekommen. Und was der Vorwürfe und Anklagen mehr sind. Es ist der uralte menschliche Hang, einen Sündenbock für eine unglückliche Entwicklung und eine trübe, bedrängte Lage zu suchen, während doch alle schuld sind, der Kongreß und die Regierung, die Masse der Spießer und die Staatsmänner, Politiker und Militärs, die rückständigen Babbits und die smarten Leute von Wallstreet, und vor allem außerdem entscheidende Tatsachen die Umwälzung verursachen, wie jetzt der vom

Westen zu spät erkannte und widerwillig zugegebene unaufhaltbare Aufstieg des Ostens und die lawinenartige Zunahme eines globalen Neutralismus.

In dieser Krise der amerikanischen Planungen und Stimmungen rief die neuerliche Erkrankung des Präsidenten eine neue Panik hervor. Seine Lage und Rolle ist tragisch. Die hinter der Szene unternommenen krampfhaften Versuche seiner Umgebung, Sonderberater, „Geistschreiber" und der Wallstreetkreise, ihm Korsettstangen einzuziehen, seinen Mythos zu konservieren und seine äußere Erscheinung zur Schau zu stellen, sind für ihn vermutlich opfervoll, für menschlich empfindende Zuschauer peinlich und schmerzlich, im Ergebnis jedenfalls fragwürdig. Die zynischen Kaltblüter, die solches tun, sollten eigentlich wissen, daß durch die Ausstellung unverkennbarer Schwäche und Mattigkeit nur das Gegenteil des damit verfolgten Zwecks erreicht und die geschichtliche Gestalt des Präsidenten nur um so früher verbraucht wird. Aber was wollen sie denn in ihrer Ratlosigkeit machen? Der Dezembertagung der Nato könnte also die entscheidende Figur fehlen. Sie wird auch bei Teilnahme von Regierungschefs weder persönlich noch sachlich eine wirkliche Gipfelkonferenz, sondern im Kern voraussichtlich nur eine der üblichen Zusammenkünfte von Außen- und Verteidigungsministern sein. Nixon ist nicht Eisenhower.

Jetzt will die US-Regierung die wissenschaftlichen Kräfte des Landes mobilisieren, mit England in der Forschung etwas zusammenarbeiten und den einen oder anderen Bündnispartner zur Leistung von Forschungsdiensten heranziehen. Darum möchte sie auch prominenten Wissenschaftlern, die die Hexenverfolgung des McCarthyismus vor den Kopf gestoßen und verfemt hat, wieder in Huld und Gnade aufnehmen. Sie scheut — welch ein beschämender Selbstverlust! — nicht davor zurück, das nazistische kriegstreiberische Schlagwort von der Butter und den Kanonen aufzunehmen. Aber das Geheimhaltungsgesetz des McMahon, von der Mehrheit des Kongresses immer noch als Grundlage der amerikanischen Atommacht und Entscheidungsfreiheit angesehen, ist ein Sperriegel, und Frankreich, das den Ehrgeiz hat, die vierte Atommacht zu werden, dürfte sich versagen. Das Wunder soll ein amerikanischer Raketenzar vollbringen. Der Humanist und Antitrinitarier Killian ist dazu ausersehen. Er ist der Ansicht, daß „der Bestand und innere Wert unserer Zivilisation von der Befolgung der christlichen Moral abhängt". Vor zwei Jahren forderte er eine verstärkte Grundlagenforschung mit der Warnung, daß andernfalls die Sowjets die Spitze auf dem Gebiete der Raketenwaffen nehmen würden. Aber er ist kein Raketenzar, denn er besitzt weder Kabinettsrang noch unumschränkte Befugnisse, und die Hoffnungen auf wirksame und rasche Konzentration und Gleichschaltungen sind durchaus unsicher. So werden nicht einmal westliche ballistische Raketen mittlerer Reichweite vor mehreren Jahren zur Verfügung stehen. Utopische Vorschläge wie jener, ballistische Raketen mit atomaren Explosionen im luftleeren All abzuwehren, zeugen ebenso von der großen Beunruhigung wie die verschiedene Art, in der Ost und West auf Interrakete und Erdsatellit reagierten. Während der Westen nervös in seinem Arsenal rasselte, die Posaune der militärischen Stärke blies, die Sturmglocke der Natopolitik läutete und mit den Tag- und Nachtflügen der einschließlich der Zünder nuklear bestückten SAC- Bomber riskant und verwegen demonstrierte, plädiierte Chruschtschow auf der Jubiläumstagung des Obersten Sowjets am 6. November für Gewaltlosigkeit und Verständigung.

Veraltete und erschütterte Nato

Die Nato ist eine überholte militärische Formation, die noch auf den Planungen der bereits Jahre zurückliegenden Lissaboner Konferenz beruht. Sie ist das Erzeugnis einer Denkweise, die die Welt ideologisch und machtpolitisch ohne Rücksicht auf geopolitische und wirtschaftliche Gegebenheiten und Übereinstimmungen kate-

gorisieren möchte, ein mit inneren Gegensätzen und Spannungen geladenes Kunstprodukt. Die Versuche, sie auch wirtschaftlich und politisch auszufüllen, waren erfolglos. Die interkontinentalen und interplanetaren Proben der Sowjets haben die Nato durcheinandergewirbelt. Die Realität der Raketen und Trabanten ist zum Spaltpilz der Nato geworden, der die Gegensätze ihrer Interessen und Auffassungen freisetzt. Das bei dem Besuch McMillans in Washington eingefädelte angloamerikanische Zusammenspiel, das auch das Kernwaffenmonopol und die Waffenlieferungen an Tunesien einschloß, hat die Nato an den Rand des Einsturzes gebracht. Die Vereinigten Staaten, nun zum ersten Male unmittelbar in der Heimat bedroht, wollen keineswegs ihre politische und strategische Entscheidungsfreiheit preisgeben, die sie für den Konfliktsfall und ihren großen Dialog mit dem Osten brauchen. Das bedeutet im Ernstfall die Möglichkeit der Abkehr von Europa, dessen Territorium als Standplatz der Infrastruktur zudem an Wert verliert. Dem westdeutschen Außenminister ist es bei seiner Blitzreise von Rom nach Washington nicht gelungen, diese Frage zu klären. So ist sogar Bonn stutzig geworden und beunruhigt. Das schon bei dem Frühjahrsgespräch der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Königswinter hart zutage getretene beiderseitige Mißtrauen zwischen Westdeutschland und Albion breitet sich aus. Die geplante, mit großem Aufwand und Vorschußlorbeeren angekündigte Reise des Bundeskanzlers nach London noch vor der Natokonferenz unterbleibt. Die Grippeerkrankung des alten Herrn, die ihn möglicherweise auch von der Natotagung fernhält, dürfte trotz erfolgter Dementis als diplomatisch anzusehen sein. Denn er hält innig und treu zu dem mit England entzweiten französischen Herzbruder und zeigt sich solidarisch mit ihm nach dem Grundsatz: Dein Freund ist mein Freund und dein Feind auch mein Feind. Von der erwähnten eigenständigen Abkühlung des Drahtes zwischen Bonn und dem nach dessen wohlgefüllter Bundeskasse lüstern schielenden London abgesehen.

Erregung und Dilemma Frankreichs

Frankreich ist erregt und verzweifelt, es leidet. Seit der Genfer Konferenz über Indochina fühlt es sich von den Angelsachsen benachteiligt, distanziert und in den zweiten Rang gedrückt. Sues hat seine Vergrämung verstärkt. Es hat Tunesien und Marokko freigeben müssen. Sein Krieg in Algerien bleibt auch nach der Verabschiedung des neuen Statuts in der Kammer, da es auf der These beruht, daß das Land ein Teil Frankreichs sei, weiterhin hoffnungslos. Er zehrt seine Wirtschafts- und Finanzkraft auf und entzieht ihm den Großteil seiner europäischen Streitkräfte. Es betrachtet ihn als innerfranzösische Angelegenheit und weist die von London und Washington betriebene Internationalisierung des Problems zurück. Es hat in dieser Frage niemals eine Natomacht konsultiert. Andererseits wünscht es eine angelsächsische Rückendeckung mit der Begründung, daß der Verlust Algeriens auch die atlantische Gemeinschaft schwächen würde. Die Erfüllung dieses Wunsches wird ihm aber verweigert. In dem Augenblick, da eilfertige Hände den Zusammenbruch der Nato zu verhindern suchen, ist sie durch die amerikanisch-britische Waffenlieferung nach Tunesien, das mit den algerischen Freiheitskämpfern sympathisiert und zusammenarbeitet, erneut erschüttert worden. Frankreich schäumt. Es spricht von einem Bruch der atlantischen Solidarität und einem flagranten Bruch des Natovertrags und erblickt in dem heimlich hinter seinem Rücken unternommenen Schritt der Angelsachsen ein Komplott.

Nicht einmal der amerikanischen Delegation zur Konferenz der Natoparlamentarier in Paris waren die geplanten Lieferungen mitgeteilt worden. Frankreich glaubt wiederum seinen Verdacht bestätigt, daß es die Angelsachsen nach ihrem Mißerfolg in Nahost aus Nordafrika verdrängen wollen. Diese ihrerseits wenden ein, Paris habe sich geweigert, selbst Waffen nach Tunesien zu senden oder italienische Lie-

ferungen zu registrierender Waffen zu billigen, und den Vorschlag gemeinsamer Verkäufe abgelehnt, so daß die Gefahr sowjetischer Waffensendungen bestanden habe. Letzteres erwies sich als Vorwand. Pineau erklärte in Washington ausdrücklich, Moskau habe zugesichert, nichts dergleichen zu tun. Tatsächlich handelte es sich um eine ausgewachsene angelsächsische Tücke gegen das verbündete Frankreich. Sogar der konservative regierungsfromme Daily Telegraph urteilte: „Man kann sich wohl kaum einen unfreundlicheren Akt zweier Partner gegen einen dritten oder einen störenderen und unpassenderen Auftakt zu der bevorstehenden Natotagung vorstellen. Großbritannien und die Vereinigten Staaten glaubten eben, daß die Freundschaft der Tunesier wichtiger sei als die Freundschaft der Franzosen. Hier handeln zwei Natoländer gemeinsam gegen ein drittes. Hier prallen die Interessen innerhalb des Bündnisses direkt aufeinander. Das ist kein bloßer diplomatischer Zwischenfall." Le Figaro sprach von einer feindseligen Haltung Washingtons und Londons und einer unheilbaren Verständnislosigkeit der Angloamerikaner. In der Tat, es ist ein auf die Dauer nicht zu reparierendes Zerwürfnis. Der Groll der Franzosen ist so groß, daß ihre Delegation die Pariser Parlamentarierkonferenz der Nato verließ und auch nicht dorthin zurückkehrte. Die Begegnung Pineaus mit Dulles in Washington verlief unbefriedigend. Sie hat wie das Gespräch Brentanos mit Dulles mehr Verwirrung gestiftet als Klarheit geschaffen. Die Besprechungen McMillans und Selwyn Lloyds mit Gaillard in Paris waren ein glatter Mißerfolg. Sie waren einig darüber, daß Frankreich und England in den nordafrikanischen und atlantischen Fragen nicht einig sind. Ein französisches Vetorecht gegen weitere Waffenlieferungen nach Tunesien haben die Briten schroff abgelehnt. Auch der Gegensatz zwischen dem französischen und dem britischen Standpunkt zu dem Problem einer Freihandelszone hat sich verschärft.

Frankreich sieht sich militärisch in Algerien gefesselt, während die Aufrüstung Westdeutschlands voranschreitet. Wenn die Bundesrepublik zwölf Divisionen aufstellt, wird es die doppelte Anzahl haben wollen. Das aber übersteigt nicht nur während des Fortgangs des algerischen Krieges seine Kraft ebensosehr wie sein Anspruch, vierte Nuklearmacht zu werden. Es sucht nach einem Ausweg und vermeinte ihn in der Einführung der Konsultationspflicht für die Natoländer zu finden. Gleichzeitig dachte es, von dem kleineuropäischen Ausbund und EVG-Schwärmer Generalsekretär Spaak unterstützt, an eine Schwerpunktbildung in der Nato, an eine Union der sechs Messinamächte innerhalb der atlantischen Gemeinschaft mit militärischer Aufgabenteilung, Unterschieden in der Bewaffnung und gemeinsamer Außenpolitik. Durch eine solche militärisch-politische Inzucht möchte sich Frankreich gegen das gefürchtete künftige Übergewicht des steigenden westdeutschen Potentials und dessen atomare Ausstattung schützen. Zu der Montanorganisation, dem Gemeinsamen Markt und Euratom, der Westeuropäischen Union und dem Brüsseler Pakt hinzugefügt, wäre es ein Monstrum, ein Non-plus-ultra von Organisation widerstreitender Interessen und ein Mittel zu einer noch rascheren Hinausdrängung Englands aus Westeuropa. Das Projekt stieß denn auch alsbald auf die unbedingte Ablehnung durch die Angelsachsen. Amerika will opferbereite Satelliten und Vorwerke, aber keine „Dritte Kraft" in Europa. Der Baldachin, unter dem sich die Sechs wie „in einem Boot" ducken und drängen sollen, würde im Zeitalter atomarer und nuklearer Raketen keinen Schutzraum bilden können. Auch Bonn, das zwar vermehrte und engere Fühlungnahme zwischen den Natomitgliedern wünscht, ist gegen neue europäische Gruppenbildungen innerhalb der Nato.

So wird das Dilemma Frankreichs in der Welt immer ernster. Seine Politik stößt sich hart und wund an den Mauern des Natogefängnisses. Dem Lande drohen weitere Niederlagen, Isolierung und Entmachtung. Es mag sein, daß es in einer solchen Bedrängnis eines Tages den Blick über die Mauern hinaus auf die golden herüber-

blinkenden Kuppeln des Kreml richtet. Es hatte schon einmal seinen Pakt mit der Sowjetunion, als Laval im Januar 1935 nach einem Besuch beim Papst den von dem Christdemokraten Bidault gezeichneten Beistandsvertrag in Moskau feierlich bekräftigte. Auch in der Geschichte sind Wiederholungen nicht völlig ausgeschlossen.

Dezembertagung der Nato

Vor dem Hintergrunde westlicher Gärungen und Konflikte steht die Dezembertagung der Nato an. Die Zeichen stehen ungünstig — egal, ob Eisenhower und Adenauer persönlich erscheinen. Die Zeit der Vorbereitung ist zu kurz, um die Vielheit gegensätzlicher Interessen und Auffassungen wesentlich und rechtzeitig ausgleichen und sorgfältig gearbeitete, konstruktive Vorschläge und Pläne vorlegen zu können. Die in sich zerfallene westliche Welt wird auf der Tagung weder militärisch noch politisch geordnet und auf eine Linie gebracht werden können. Aus den Beratungen, von denen manche noch Halt, neue Ideen, kühne Maßnahmen und Führung erwarten, dürfte weder eine neue Politik, noch eine neue Strategie hervorgehen. Bereits Anfang November hat der Beratende Politische Ausschuß der Nato in einem von belgischen und niederländischen Parlamentariern verfaßten Bericht scharfe Kritik an der „Disintegration" der Landstreitkräfte der Nato und der „unangemessenen Führung" des Generals Norstad, also an der angloamerikanischen Atomstrategie geübt. Es war eine regelrechte Revolte. Die atomehrgeizigen Franzosen wenden sich gegen eine Aufgabenteilung, die den Angelsachsen die Herrenwaffen, Raketen und Kernwaffen, vorbehalten, ihnen selbst aber, dem gemeinen Fußvolk, die altmodischen Waffen überlassen würde. Wer also soll was tun? Werden alle atlantischen Verbündeten ballistische Raketen, wenn sie erst einmal zur Verfügung sind, überhaupt haben wollen? Werden die amerikanischen Sprengsätze rechtzeitig bereitstehen? Wer wird ihren Einsatz überwachen? Und wer löst gegebenenfalls, da es um Minuten gehen kann, den Druckknopfkrieg aus? Soviele Fragen, soviele Schwierigkeiten. Auch die politischen Probleme sind kaum lösbar: der Nahe Osten, Nordafrika, Zypern. Der Gedanke, ein koordinierendes Organ der Außenpolitik, eine Art Ältestenrat oder Direktorium, ein Politbüro sozusagen innerhalb der Nato einzurichten, ist ebenso schnell, wie er auftauchte, wieder in der Versenkung verschwunden. Der Versuch seiner Verwirklichung würde schon an den Schwierigkeiten der Auswahl der Mitglieder scheitern. So wird man auf der Tagung voraussichtlich von der Hand in den Mund leben und auf Fassade arbeiten, sich vielleicht über die Ausrüstung mit Kurzstreckenraketen einigen und auf alle Fälle von der Bundesrepublik Zahlungen verlangen.

Was will der Westen?

So ist die Lage. Der Westen sieht sich einer Kettenreaktion ihm widriger Entwicklungen und Ereignisse, einer wahren Unglücksserie gegenüber. Die Erfahrung zeigt, daß in einem dergestalt gehäuften Zusammentreffen von Widrigkeiten, Schlägen und Pannen regelmäßig nicht nur eine Pechsträhne zu erblicken ist, sondern eine schicksalhafte Tendenz hervortritt. Tatsachen machen sich geltend, Entwicklungskräfte brechen durch. Die Zeit wird reif, ein neuer Abschnitt zieht herauf. Es erscheint die Frage veranlaßt, was denn der Westen überhaupt will. Glaubt er wirklich, das Rad zurückdrehen zu können, oder will sich Amerika für die unaufhaltsam heranrückende Stunde seines großen Dialogs mit der Sowjetunion noch eine möglichst günstige Ausgangsstellung verschaffen? Es müßte erkannt haben, daß die Zeit nicht mehr für den Westen arbeitet. Die Zwiste im westlichen Lager zeigen sich immer bedenklicher, während sich im Osten gleichzeitig eine Straffung und Festigung vollzieht und die chinesische Weltmacht in demonstrativer Weise politisch und militärisch noch enger an die Seite der Sowjetunion tritt, mit der sich Mao

am 27. Februar in seiner berühmten Rede vor dem Obersten Staatsrat solidarisch erklärt hat. China, das Land der sechshundert Millionen, hat wiederholt seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, auch in Europa anwesend zu sein. Sein Verteidigungsminister, der jetzt wieder wie Mao in Moskau weilte, hat schon vor einigen Jahren angekündigt, China werde in Europa kämpfen, falls die Sowjetunion angegriffen werde. Im vergangenen Jahr war der chinesische Außenminister in Warschau und in Budapest.

Mögliche geschichtliche Aufgabe für Frankreich

Die Menschheit hat ein Recht auf Frieden, Europa, wenn es überleben will, ein Existenzinteresse an Entspannung und Verständigung mit dem Osten. Frankreich, das der Welt einmal die Menschenrechte geschenkt hat, könnte berufen sein, sich als Friedensmacht an die Spitze zu stellen und als Katalysator der Verständigung zu wirken. „Die Natomitgliedsländer mögen über Frankreich noch so ungehalten sein, es ist und bleibt aus geographischen, strategischen und psychologischen Gründen ein unentbehrliches Kernstück der Nato, dessen Herauslösung das gesamte Bündnis in sich zusammenfallen ließe", erklärte der Daily Telegraph am 16. November in seinem Artikel „Wichtiger als die Nato?". Frankreich möge also nicht zögern, sein ihm jetzt noch verbliebenes Gewicht in die Waagschale zu werfen und durch die Aufrollung der Alternative „Verständigung oder Abschied von der Nato" den durch vertrauliche diplomatische Fühlungnahme einzuleitenden großen Dialog der zwei Giganten zu erzwingen. Durch diese Großtat würde es dem Verhängnis in den Arm fallen, sich selbst und Europa retten und der Menschheit ein zweites geschichtliches Geschenk, das des Friedens und Fortschritts, machen. Voraussetzung allerdings wäre, daß es sich auf sich selbst, seine geistigen und moralischen Kräfte und seine materiellen Hilfsmittel besinnt, aus der Enge hinterwäldlerischer, kleineuropäischer Vorstellungen heraustritt und es fürderhin von sich weist, unwürdig aus fremder Tasche zu leben. Deutsche würden es vorziehen, daß sich die Bundesrepublik zu einer solchen kühnen Initiative aufraffte. Routiniers mögen lächeln und „Utopie!" rufen. Einmal aber muß und wird der Bann durchbrochen werden, ohne daß deshalb Winkelriede in den Speeren zu verbluten brauchen.

Senator a. D. Ernst Plate

Wiedervereinigung — Phantasie?

Mit entwaffnender Offenheit hat Bundeskanzler Adenauer in der Bundestagsdebatte über seine Regierungserklärung zum Thema Wiedervereinigung am 5. 11. 1957 gesagt: „... in der heutigen Zeit konkrete Wege aufzeigen, dazu gehört mehr Phantasie, als ich sie habe."

Muß man diesem Standpunkt ohne weiteres zustimmen? Kann man sich bescheiden mit den vielen, fraglos ehrlich gemeinten Appellen (Komitee Unteilbares Deutschland, Bundesminister Lemmer, Regierender Bürgermeister Brandt

usw.), durch persönliches Tätigsein, durch Sport- und Kultur-Austausch, aber vor allem auch durch eine „Volksbewegung" das Streben zur Wiederherstellung der deutschen Einheit hüben und drüben am Leben zu erhalten, sie zu stärken und so vielleicht doch eines Tages zum Ziel zu kommen?

Damit allein werden wir die Wiedervereinigung nicht schaffen. Deshalb neige ich mehr zu einer Maxime unseres Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuss (Die Neue Rundschau, 4. Heft 1956), der sagte: „Die Phantasie, was denn das Wünschbare sei, unter die Kontrolle der Nüchternheit nehmen, was denn das Mögliche sei." Ich möchte sagen, daß nach dieser Verhaltregel mein Vorschlag zu einer gesamtdeutschen Initiative der westdeutschen Bundesländer gestaltet ist.

Seine Konstruktion sei kurz nochmals dargelegt:

Nach dem Beispiel des aus Vertretern der westdeutschen Länderparlamente gebildeten Parlamentarischen Rates, der 1948/49 unser Grundgesetz konzipierte und darauf die Bundesrepublik Deutschland aufbaute, sollen Delegierte der DDR-Länderkammer (in etwa vergleichbar unserem Bundesrat) und unserer westdeutschen Länderparlamente zusammentreten und in parlamentarisch geordneten Gesprächen alle deutschen Themen ökonomischer, soziologischer, kultureller und sonstiger Natur behandeln mit dem dringenden Ziel, möglichst eine Abstimmung der gegenseitigen Standpunkte und Maßnahmen herbeizuführen. Einem weiteren Auseinanderleben, einem Sich-nicht-mehr-verstehen, soll vorgebeugt und dann eine Grundlage (nämlich eine Verfassung) für die Bildung einer angemessenen Zentralinstanz und die Schaffung von Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten erarbeitet werden.

Ich meine, daß mit dieser Arbeitsthese der Wiedervereinigungs-Phantasie vom „Wünschbaren" auf einer „nüchternen" (Länder-)Basis weitgehende Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind. Der Spielraum ist weit. Weder Bonn noch Pankow, weder Moskau noch Washington begeben sich bis zur Entscheidung irgendwelcher Rechte und Pflichten, selbst dann nicht, wenn sie das Zustandekommen und die Gestaltung der Gespräche nicht nur stillschweigend dulden, sondern unter Vorbehalt ihrer Zustimmung zu den Ergebnissen tatkräftig fördern.

Zwei besondere Einwände sind nun gegen meinen Vorschlag erhoben worden:

Herr Grotewohl erwähnt in seiner Stellungnahme dazu den Gesamtdeutschen Rat (von ihm doch selbst im Juli d. J. proponiert!) überhaupt nicht mehr. Er apostrophiert nur wiederholt die — angebliche — Souveränität der DDR, aus der er dann seinen Vorschlag zu einem Staatenbund mit der Bundesrepublik Deutschland herleitet. Herr Grotewohl bestreitet auch den föderativen Staatsaufbau der DDR.

Da Deutschlands gesamtstaatliche Existenz nicht untergegangen, findet ein Staatenbund der beiden Teile Deutschlands im Völkerrecht keinen Platz. Aber abgesehen davon: Ein solcher Vertrag würde die Teilung unseres Vaterlandes dokumentieren und deshalb keinen Brückenschlag, sondern eine Sperre, zumindest eine außerordentlich gefährliche Umleitung, wenn nicht gar eine Mißleitung für den Weg zur Wiedervereinigung bedeuten.

Daß die DDR, obwohl ihre Länderverwaltungen, nicht die Länder selbst, 1952 in Bezirks- und Kreisverwaltungen aufgelöst wurden, im Gegensatz zu Grotewohls Behauptung in ihrem Fundament föderalistisch gestaltet ist, ergibt sich nicht nur aus ihrer Verfassung; der unwiderleglich legale Beweis ist vor allem die Existenz der Länderkammer und deren Aktivität unserem Bundesrat gegenüber, gerade auch in der Wiedervereinigungsfrage (Appell vom 9. August d. J.).

Herrn Grotewohls Einwände sind also nicht stichhaltig. Das gilt auch für die jede Aktivität lähmenden Bedenken von Repräsentanten westdeutscher Bundesländer, nach denen im Gegensatz zum Parlamentarischen Rat, der seinerzeit den westdeutschen Bundesstaat baute, heute die Länder nicht mehr befugt und befähigt sein sol-

len, von sich aus den Versuch zur Erstellung eines gesamtdeutschen Rates und dann eines Staates zu machen.

Dagegen sei nochmals gesagt, daß sich nach meiner Konzeption in organischem Aufbau aus gesamtdeutschen Abstimmungsgesprächen erst in der Endentwicklung der Effekt der Wiedervereinigung herauskristallisieren soll. Natürlich erscheinen höhere Etagen (Viermächte-Regierungen, Adenauer/Grotewohl, Bundestag/Volkskammer) potenter als das von mir vorgeschlagene Länder-Niveau. Diese Potenzen sind aber doch nun einmal aus bekannten Gründen nicht verhandlungsfähig und sprechbereit. Deshalb müssen wir uns auf die Ebene der Landtage zurückziehen, die Professor Heuss im Parlamentarischen Rat einst — in dieser Beziehung — mit Recht als „nur Behelfsheime der deutschen Existenz" bezeichnet hat.

Um bei diesem Bild zu bleiben: Angesichts der Tatsache, daß Deutschland (versinnbildlicht in der provisorischen Hauptstadt Bonn und in dem geteilten Berlin) noch nicht über ein Einheitsgebäude verfügt, müssen wir noch einmal bescheiden in den Behelfsheimen der Länderparlamente Wohnung nehmen und von da aus versuchen, mit unserer eigenen Kraft einen neuen Reichstag, eine Nationalversammlung, oder wie immer man das Gebäude eines Zentralparlaments nennen will, zurechtzuzimmern. Der Bau wird nicht in kurzer Zeit, mit vorfabrizierten und genormten Teilen hochzuziehen sein. Er läßt sich nur errichten, wenn viele gutwillige Handwerker aus allen Teilen Deutschlands mitwirken und ihre individuellen Kenntnisse, Erfahrungen und Vorschläge zur Verfügung stellen. Der genossenschaftliche Bauherr, das deutsche Volk, sollte auf diese Weise eine gediegene, neue Heimstatt erhalten. Sie könnte so ohne allzuviel oder gar ausschließlich östliches und westliches Fremdmaterial und -kapital gebaut werden.

In meinem ersten Aufsatz („Die Welt" vom 21. 9. d. J.) habe ich von den vielen Bekundungen einer Wiedervereinigung gesagt: „Das Proklamieren bringt uns nicht weiter." Ich erkenne natürlich, daß ich auch nur beim Proklamieren enden werde, wenn die hier und drüben Angesprochenen sich nicht zum Versuch entschließen und wenn sich mein Vorschlag deshalb — wie in einem verbittert-sarkastischen Brief zu lesen war — erledigen würde nach der Berliner Redensart: „Et jinge schon'st, aber et jeht nich."

Noch hoffe ich auf einen Fortgang und Erfolg der außerordentlich lebhaften Diskussion. Sie ist aber nur vollwertig, wenn alle amtlich-kompetenten Instanzen und die politischen Parteien, auch zahlreiche Verbände, unter sorgfältiger Abwägung aller Pro und Contra Stellung beziehen und gegebenenfalls Varianten erarbeiten und in Vorschlag bringen. Was von oben derzeit nicht geschehen kann, müßte von unten her getan werden.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Der amerikanische Mythos

Dollarkredite und Politik

Nach seinem Wahlsieg hat der Bundeskanzler feierlich erklärt, daß die Außenpolitik der Bundesregierung auch weiterhin durch die Mitgliedschaft in der von den USA geführten Nato bestimmt wird. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß dieser Blankoscheck eingelöst wird. Washington dürfte also auch weiterhin die zweite Hauptstadt unseres westdeutschen Teilstaates bleiben.

Nehmen wir einmal diesen Sachverhalt als vorläufig unabänderlich hin, so ist die Frage berechtigt, in wessen Hände damit unser nationales Schicksal gelegt wird. Bündnisse können Nutzen bringen, aber Abhängigkeiten diesen Ausmaßes müssen einem Lande zum Verhängnis werden, wenn eine starke Diskrepanz zwischen den Interessen der Partner besteht oder entsteht. Das mußte das faschistische Italien in der „societas leonina" mit dem Dritten Reich erfahren und das kaiserliche Deutschland in seinem Bündnis mit der habsburgischen Monarchie. Die „Achse" Bonn—Washington ist gewiß eine societas leonina, aber hinter ihr steckt zugleich etwas von einer „Nibelungentreue". Nur so wird es verständlich, warum die Mehrheit der Bundesbürger die Bonner Abhängigkeit von Washington erneut durch ein Mehrheitsvotum bestätigt hat.

Zweifellos ist es der nationalsozialistischen Propaganda nicht gelungen, im deutschen Volke die anti-amerikanischen Affekte in gleichem Maße zu verbreiten wie den Haß gegen den „Weltbolschewismus". Das deutsche Volk ist eindeutig westlich orientiert. Auch die amerikanischen Kampfmethoden gegen das Dritte Reich, die Haßgesänge Roosevelts, die Aufteilungspläne des State Departement, der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, das Aushungerungsprogramm für die Besiegten, die Gerichtsmethoden der Militärtribunale vermochten einen echten Haß gegen die Amerikaner nicht zu erzeugen. Bei aller Brutalität der Methoden erwies sich der einzelne Amerikaner gewöhnlich als menschlich und zugänglich, empfand man seine Anwesenheit im Schatten der letzten kriegerischen Grausamkeiten als einen willkommenen Schutz, und sehr bald gewannen die Amerikaner wie nach dem ersten Weltkrieg mit ihren großartigen karitativen Leistungen viele dankbare Freunde. Wichtiger aber war, daß die amerikanische Deutschlandpolitik im Zeichen der wachsenden amerikanisch-sowjetischen Spannung eine Wendung um 180 Grad vollzog und mit jener Konsequenz, welche dieses erstaunliche Land auszeichnet, seinen militärischen Brückenkopf wirtschaftlich, politisch und militärisch schnell und großzügig ausbaute. Die USA wurden für die Massen der enttäuschten und geschlagenen Deutschen der große Bruder, dessen Freundschaft Schutz nach außen und Wohlstand im Innern brachte.

Heute sind sich die Einsichtigen darüber einig, daß die unverhoffte Abkürzung unserer Bußezeit ein Danaergeschenk war, denn sie hat uns die Zeit zur Besinnung und zur geistigen Neuorientierung geraubt. Auch die überstürzte Herstellung eines trizonalen Staatswesens sollte sich bald als ein gefährliches Präjudiz für die Wiedervereinigung erweisen. Noch gefährlicher waren die Konsequenzen einer von Amerika nachdrücklich betriebenen westdeutschen Aufrüstung und Natomitgliedschaft. Aber den von Zusammenbruch und Verelendung zerrütteten Massen brachte die amerikanische Wirtschaftshilfe die Erfüllung aller ihrer materiellen Wünsche, feste Währung, Wiederaufbau des Zerstörten, Vollbeschäftigung und steigenden Wohlstand. Das amerikanische Wunderland wurde zum Leitbild einer von Idealen entblößten Nation, vor allem einer Jugend, die in noch höherem Maße als nach dem ersten

Weltkrieg die amerikanische Art zu leben bereitwillig übernahm. Viele Tausende von Politikern, Publizisten, Beamten, Erziehern folgten mit Freuden amerikanischen Einladungen, um die „Neue Welt" noch einmal für sich zu entdecken; amerikanische Funktionäre und Besucher entfalteten in der Bundesrepublik eine erfolgreiche Kulturpropaganda, unterstützt von einer in amerikanischen Gedankengängen geschulten und ausgerichteten Publizistik. Ausländische Beobachter sind sich einig darüber, daß die Bundesrepublik heute das „amerikanischste" Land in der alten Welt ist, nicht nur in ihrer Politik und in ihren Wirtschaftsformen, sondern in ihrer Weise zu denken und zu handeln.

Die amerikanische Art zu leben

Die USA sind seit einem Jahrhundert das klassische Land der wirtschaftlichen „efficiency" und Rationalisierung. Die Gewohnheit, die persönlichen Leistungen mit vorwiegend materiellen Maßstäben zu messen, hat zu einer enormen Entfaltung der natürlichen Reichtümer und dynamischen Energien dieses großen Landes geführt. Auf die Gesellschaft des alten Europa übertragen, bilden diese Maßstäbe eine ernste Gefahr für die andersartigen Traditionen und Weltordnungen. Der bedingungslose Glaube an den Wert des zivilisatorischen Fortschrittes hat den Amerikaner zu einer hohen Wertschätzung der technischen und organisatorischen Perfektion geführt, deren Erfolge mit Recht das Erstaunen der Welt bilden; auf ein Land mit den begrenzten natürlichen Hilfsquellen Deutschlands sind aber diese Lehren nur bedingt anwendbar. Geistige und forscherische Leistungen um ihrer selbst willen werden in den USA im Zeichen der Technokratie erheblich unterbewertet, eine Erkenntnis, die anläßlich der technischen Überflügelung durch die Sowjets von den maßgebenden Stellen mit Erschrecken eingestanden wurde; auch in der Bundesrepublik begegnen wir heute im Zeichen des Wirtschaftswunders einer verhängnisvollen Unterbewertung der schöpferischen geistigen Leistung. Es ist nicht zuletzt auf die Nachahmung des amerikanischen Leitbildes zurückzuführen, wenn unser junger Wohlstand so hektische Züge trägt und wenn er auf so labilen Fundamenten ruht.

Unsere Nachkriegsvorstellungen von einer demokratischen Lebensordnung sind maßgebend vom amerikanischen Vorbild bestimmt worden. Für ein Land mit einer 180jährigen ungebrochenen demokratischen Tradition, das bis zum heutigen Tage eine fast insulare Abgeschlossenheit und Sicherheit und fast ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufstieg genoß, bedeutet die plebiszitäre Massendemokratie kein lebensgefährliches Risiko. Auf dem deutschen Volke dagegen lastet der Druck nationaler Spaltung, unmittelbarer Nachbarschaft zum Osten und totalitärer Erinnerungen; es kann durch die Methoden der modernen Massendemokratie leicht wieder in den Abgrund einer Diktatur gerissen werden. Man darf sich nicht wundern, daß die Amerikaner, welche die Formen unseres heutigen öffentlichen Lebens, unserer Verfassung und Verwaltung maßgebend bestimmt haben, für diese deutschen Besonderheiten und Risiken wenig Verständnis zeigen. Aber es ist befremdend, daß in der politischen Elite der Bundesrepublik Warnungen vor diesem plebiszitären Modell so spät und so spärlich erfolgt sind. Viele sind sogar stolz auf den in den Wahlen sich durchsetzenden Hang zum Zweiparteiensystem, weil es in den USA (und in England) so gut funktioniert. Demokratie amerikanischen Stiles setzt Eigenschaften voraus, die in Deutschland Seltenheitswert besitzen: eine Publizität und Soziabilität, die eine Brücke zwischen reich und arm, Mächtigen und Abhängigen, Wissenden und Unwissenden schlagen; ein Service-Ideal, das mehr ist als ein bloßes Mittel der Public relations, eine Form von gelebter Humanität, die auch für religiös Glaubenslose zum Glaubensartikel geworden ist. Solche Eigenschaften lassen sich freilich nicht einfach nachahmen oder investieren wie Dollarkredite.

Ein Leitbild anerkennen bedeutet noch nicht politische Selbstauslieferung. Dafür bieten die Bewunderer der französischen und englischen Lebensformen überzeugende Beispiele. Eine solche Auslieferung ist nur dann zu verantworten, wenn die nationalen Ziele und Interessen mit der Politik des mächtigeren Partners völlig konform gehen. Niemand wird diese im Ernst im deutsch-amerikanischen Falle behaupten wollen. Die Vereinigten Staaten sind heute eine Weltmacht mit globalen Machtinteressen und einem durch Ozeane und modernste Waffen geschützten Kernland; die Bundesrepublik dagegen ist ein Staat dritter Ordnung mit begrenzten Interessen und Möglichkeiten und in äußerst gefährdeter Randlage. Identifizierung mit der Washingtoner Politik bedeutet Belastung mit allen Hypotheken und Risiken globaler Machtverstrickungen ohne den Schutzpanzer einer echten Weltmachtstellung. Die Vereinigten Staaten sind ideologisch und wirtschaftspolitisch in hohem Grade expansiv und mischen sich mit dem Anspruch eines Arbiter mundi unter Parolen wie „Freiheit", „Fortschritt", „Selbstbestimmung" in die inneren Verhältnisse zahlreicher Länder, die nur zum Teil westlich-demokratisch, vielfach sozialistisch, teilweise kolonial und totalitär regiert werden. Diese Politik globaler Einmischung vollzieht sich vielfach in der Nachbarschaft der Sowjetunion (Koreadoktrin, Nahostdoktrin, Deutschlanddoktrin) mit dem eingestandenen Zweck, die Sowjetunion machtpolitisch auf ihre Grenzen zurückzudrängen. Die UdSSR hat ihrerseits ihr militärisches Vorfeld als Verteidigungs-Glacis organisiert. Deutschland, selber das Opfer vielfältiger Einmischung von beiden Seiten, hat allen Anlaß, sich aus diesem Machtkampf herauszuhalten und jede Mitwirkung an amerikanischen Einmischungsversuchen peinlichst zu vermeiden, anstatt sie ideell und materiell zu unterstützen. Für die USA ist die Bundesrepublik einer der zahlreichen militärischen Vorposten gegen die Sowjetunion, die den Krieg vom amerikanischen Mutterland fernhalten und auf das Vorfeld ablenken sollen. Die Bundesrepublik aber hat ein vitales Interesse daran, aus einem vorgeschobenen atomaren Stützpunkt möglichst schnell zur Etappe zu werden, weil ein Atomschlag ihre Existenz vernichten würde.

Doktrinen und Schlagworte

In der Koblenzer Straße in Bonn betrachten viele das State Department und das Pentagon als die Quelle einer höheren Weisheit. Die Erfahrungen der Vergangenheit sollten indessen darüber belehrt haben, wieviele Fehlgriffe der Washingtoner Politik bisher unterlaufen sind. Zwar hat die amerikanische Regierung einen weltumspannenden Informationsdienst aufgebaut, wie ihn quantitativ wohl nie zuvor eine Großmacht besessen hat. Aber sie verbaut sich die richtigen Einsichten und Entschlüsse durch Vorurteile, die für jede schwächere Macht längst tödlich geworden wären. Die Magna Charta, welche seit 180 Jahren alle die vielen Rassenelemente und Ideologien der USA zusammenhält und auch die auswärtige Politik bestimmt, ist die Verfassung von 1776, die Grundlage für die „amerikanische Art zu leben und zu denken". Dieses Evangelium demokratischer Freiheiten soll allen Völkern gepredigt und gebracht werden, und da der Amerikaner alle Menschen für erziehbar zu den gleichen Idealen hält, glaubt man an die Durchsetzung dieser Freiheiten mit Überredung und notfalls mit sanfter Gewalt.

Dieser missionarische Gedanke steht letzten Endes hinter allen Großaktionen der USA, soweit sie nicht offensichtlicher Machtpolitik entsprungen sind. Mit dem erklärten Ziele, diese Freiheitsdoktrinen zu verwirklichen, haben die USA zweimal in einen europäischen Krieg eingegriffen; beide Male haben sie ihn militärisch gewonnen und politisch verloren; weder Wilsons noch Roosevelts Parolen haben der Wirklichkeit standgehalten. Mit dieser Doktrin sind die USA in den „kalten Krieg" gegen die Sowjetunion eingetreten, in die Besetzung Koreas, in die Einmischung im Nahen Osten, in die Hexenjagden des McCarthyismus, in den

größten und gefährlichsten Rüstungswettlauf der Geschichte. Für die siegreiche Durchsetzung dieser Doktrin wurden ungeheure wirtschaftliche Opfer und hohe Blutopfer gebracht. Sie bestimmte Amerikas Politik gegenüber den Entwicklungsländern, den Satellitenstaaten, dem roten China und nicht zuletzt gegenüber der Bundesrepublik. Zur Verteidigung dieser Doktrin sind Millionen von Amerikanern bereit, in den schrecklichsten und vielleicht letzten Krieg der Geschichte zu ziehen. Gewiß gibt es viele Amerikaner, die hinter dieser Doktrin ihr Geschäfts- oder Machtdenken verbergen, viele, die vor den letzten Konsequenzen zurückscheuen oder an der ewigen Gültigkeit dieses Missionierungsideals zweifeln. Aber nur wenige wagen es, der beherrschenden Macht dieser Idee entgegenzutreten, die in Dulles ihren diplomatischen Interpreten gefunden hat. McCarthy ist tot, aber seine Idee überlebt ihn, weil sie schon vor ihm gelebt hat.

Die Staatsmänner der alten Schule, ein Bismarck, ein Clemenceau, ein Smuts, haben niemals geglaubt, daß man mit Doktrinen Realpolitik treiben kann, daß sich die tausendfältigen und ewig wechselnden Probleme der Welt auf ein paar einfache Formeln bringen lassen. Selbst die Begründer der Heiligen Allianz, ein Metternich, ein Zar Nikolaus, waren sich bewußt, daß diese Allianz vor allem realpolitischen und nicht ideologischen Zielen zu dienen hatte und daß grobe Vereinfachungen der Tod aller Politik sind. Für die Londoner Regierung sind Suez und Atomraketen Realitäten, nicht aber die doktrinären Fiktionen des kalten Krieges; für die wechselnden Pariser Kabinette ist Nordafrika wichtiger als die durch Algier gefährdete Einheitsfront der Nato. Nur in Bonn hat man sich die Washingtoner Doktrin gehorsam zu eigen gemacht, hier fand diese Doktrin ihren Ausdruck in dem Schlagwort „Christentum oder Bolschewismus". Dabei sollte man aus der mitteleuropäischen Nahsicht und aus jahrhundertelanger Erfahrung besser als in Washington wissen, daß die „Freiheit des Christenmenschen" schon viele Metamorphosen durchgemacht und manche Verzerrungen erfahren hat, die nicht durch eiserne Vorhänge abzugrenzen sind.

Ein Mythos verweht

Nur weil die Washingtoner Doktrin Leitbild für die Bonner Außenpolitik und für Millionen von Bundesbürgern geworden ist, läßt sich die an Panik grenzende Verwirrung begreifen, als sich auf der Londoner Konferenz die Möglichkeit einer direkten amerikanisch-sowjetischen Verständigung abzeichnete. Nur so erklärt es sich, daß der neue Schlaganfall des Präsidenten Eisenhower bei uns fast ebensoviel Beunruhigung hervorgerufen hat wie in den USA. Bekanntlich verdankt Eisenhower seine Wiederwahl vor allem der Erwartung seiner Landsleute, daß er das Land vor dem „Heißen Krieg" bewahren werde. Als dann die zwei sowjetischen Erdsatelliten in den Weltraum stiegen und die Illusionen von der unantastbaren Vormachtstellung des amerikanischen Arbiter mundi zerstoben, forderten Presse und öffentliche Meinung gebieterisch von dem gleichen Präsidenten die höchsten militärischen Anstrengungen als Antwort auf die sowjetische „Herausforderung". Wie einst in den Tagen von Pearl Harbour oder wie im Winter 1945/46 schlug die amerikanische Volksmeinung plötzlich in ihr Gegenteil um und zwang dem State Department und dem Pentagon ihren Willen auf. Das rein militärische Weltbild verdrängte die Ideen von friedlichem Ausgleich und atomarer Abrüstung. Man lauscht jetzt angespannt den Worten des Pentagons und der „Eierköpfe", deren Grundlagenforschungen man bisher belächelt hat. Es begann die „Sputnik-Diplomatie", aber nicht in Moskau, wo Chruschtschow fortfuhr, den sowjetischen Friedenswillen und die Bereitschaft zu Gesprächen zu verkünden, sondern in der „von Amerika geführten Nato", die sich auf ihre Pariser Konferenz vorbereitet.

Der Sputnik-Schock wurde nicht von einer weisen Staatsführung aufgefangen und in diplomatische Initiative umgesetzt, sondern er führte unter dem Druck der Volksmeinung zu einer neuen Verschärfung der „Politik der Stärke". Der amerikanische „Babbit" regiert die Stunde, — auch in der Koblenzer Straße kann man sich seinem Votum nicht entziehen! Weil Neurasthenie eingestandenermaßen die Zeitkrankheit der Amerikaner ist und weil der Babbit auf Chruschtschows „Herausforderung" mit Panik und Hysterie reagiert hat, wurden die Nato-Mächte zusammengetrommelt, um ein Beruhigungsmittel zu finden. Aber in England und Frankreich sieht man die Dinge anders. Bevan stellte nach seiner Rückkehr aus den USA fest, daß die Amerikaner in einer Atmosphäre von Haß und Angst lebten; Angst aus gekränktem Hochmut und Minderwertigkeitskomplexen, Haß als Folge einer seit Jahren betriebenen anti-kommunistischen Hexenjagd. Und in Paris erklärte François-Poncet, daß die Franzosen nicht bereit wären, sich in ihrer nationalen Politik auf die Weisheit des Herrn Dulles zu verlassen. Frau Clare Boothe-Luce, eine der bewundernswertesten Frauen unserer Zeit, stellte auf einem New Yorker Bankett die Frage: „Warum klingt der piepende Ton des moskowitischen Mondes wie ein Signal des jüngsten Gerichts? Nicht weil er unsere Verteidigung überholte, sondern weil er unsere Anmaßung durchlöchert hat." Die Sputniks und die Negerzwischenfälle in Little Rock hätten das Leitbild von einer Nation zerstört, „die als materiell überlegen gelten will, weil sie es moralisch ist, und als moralisch überlegen, weil sie es materiell ist".

Aus Bonn fehlt jedes Wort der Beruhigung oder Distanzierung. Man entfaltet eine geheimnisvolle Geschäftigkeit und bleibt der Öffentlichkeit Aufklärung darüber schuldig, was die Regierung angesichts der neuen Lage zu tun gedenkt. Man wartet offenbar auf das Washingtoner Stichwort. Sicherlich will das State Department den Zusammenhalt der Natomächte und die Wirksamkeit der Atomrüstung steigern; aber man denkt nicht daran, das nationale Schicksal an einen Kollektivbeschluß von 14 Mächten zu binden. Für Washington ist die Nato nur ein Mittel und nicht Selbstzweck. In der Verfassung ist der Fall nicht vorgesehen, daß fremde Mächte über Leben und Tod der eigenen Nation entscheiden. Wir aber haben den Deutschlandvertrag, den uns nicht die Sowjetunion, sondern Washington auferlegt hat, und wir haben Verpflichtungen und freiwillige Zusagen gegenüber Washington übernommen, die sogar noch über diesen Vertrag hinausgehen. Nur der amerikanische Mythos verdeckt unserer Öffentlichkeit diesen bestürzenden Tatbestand. Was wird geschehen, wenn dieser Mythos eines Tages in nuklearen Sprengwolken zerplatzt?

Dr. Hermann Rauschning

Kreuzzug der Wahrheit

I

„Zahlen Sie Ihren Wahrheitsdollar für den Kreuzzug der Wahrheit!" So liest man auf Plakaten, die zwischen den Zeilen die Enden eines durchschnittenen Stacheldrahtes zeigen. Kein eiserner Vorhang kann der Wahrheit den Weg verlegen, heißt es weiter. Man stutzt: was soll das heute und hier an den Ladenfenstern in entfernterer Wohngegend dieser Stadt im allerfernsten Westen? Man reibt sich die Augen: Wie steht es denn bei uns selbst um die Wahrheit, daß wir anderen die Augen dafür öffnen müßten, anstatt vor eigener Tür zu kehren? Just heute, da der Unwille sich in der Nation zu regen beginnt, daß ihr jahrelang n i c h t die Wahrheit, die „volle Wahrheit und nichts als die Wahrheit", gesagt worden sei. Wohlan meine Damen und Herren in Bonn, in Washington, in London und Paris, folgen wir der Aufforderung zum „Kreuzzug der Wahrheit". Aber beschränken wir uns nicht darauf, Dollars für den Münchener Wahrheitssender zu sammeln, sondern fragen wir uns lieber, was wir, jeder einzelne Bürger, mit eigener Wahrhaftigkeit und mit Mannesmut vor Kanzler- und Präsidententhronen dazu beitragen können.

Was ist geschehen, daß Unruhe, Besorgtheit und sogar Unwille die Nation durchzittern, mindestens einen Teil von ihr? Der Anlaß ist gewiß nicht die allerdings unerwartete Tatsache, daß die Sowjetunion den Vereinigten Staaten in der Eroberung des kosmischen Raumes zuvorgekommen ist, und daß nicht nur ein, zwei Sputniks den Erdball jetzt schon umkreisen, sondern am Ende gar ein russischer Flug zum Monde keine bloße Geschichte von Jules V e r n e mehr sein werde. Gewiß, der Amerikaner ist recht empfindlich, wenn ihn andere Nationen in irgendeiner Errungenschaft übertrumpfen. Entgegen seiner eigenen Meinung von sich, und trotz aller Erziehung zu „fairness" im Sport, ist er keineswegs ein guter Verlierer. So ist die Tatsache, daß die Sowjets das Rennen um den „künstlichen Mond" als erste machten, von einer gewissen psychologischen Bedeutung und hat die Kreise der wachsenden Unruhe sich weiter ausbreiten lassen. Ihr eigentlicher Grund aber liegt tiefer. Wer, wie der Verfasser dieses Aufsatzes, im Herbst 1955 als Beobachter der Außenministerkonferenz in Genf war, wird sich noch der dramatischen Wendung der Verhandlungen erinnern, als der damalige sowjetische Außenminister M o l o t o w, von Moskau wieder zurückreisend, in Berlin ein Wort über das „bessere Gepäck" fallen ließ, mit dem er nach Genf zurückkehre. Besser für Sowjetrußland, nicht für den Fortgang der Verhandlungen. Damals munkelte man in den informierten Kreisen in Genf davon, dieses bessere Gepäck bestünde in geglückten Versuchen einer gelenkten Rakete von enormer Reichweite, die, wenn erst ihre Serienfabrikation durchgeführt wäre, Sowjetrußland ein entschiedenes Übergewicht über die amerikanische Rüstung gewähren würde. Der Ring der Flugbasen für die strategischen Luftwaffeneinheiten der Vereinigten Staaten, die das Hauptinstrument jener den Frieden sichernden, abschreckenden Wiedervergeltungsmacht darstellten, wäre dann gebrochen. Gelänge es den Sowjets auch noch, diese Raketen zu transkontinentaler Reichweite zu entwickeln, dann sei eine völlig neue machtpolitische Lage entstanden.

Wie es mit solchen, die eigenen Pläne störenden unliebsamen Nachrichten zu gehen pflegt, sie wurden von denen, die es am meisten anging, nicht ernst genommen. Bonn, wie immer mit seinen Einsichten den Ereignissen wie ein Fußkranker seiner Truppe nachhinkend, setzte seine Zuversicht in das ungebrochene „Junktim" von Abrüstung und „Wiedervereinigung", und ließ es dabei bewenden. In den Vereinigten Staaten, in den allergeheimst informierten Kreisen verbreitete sich indessen die Nachricht,

daß das Gerücht von großen geglückten Fernraketen-Versuchen der Sowjetunion allerdings auf Wahrheit beruhe. Überdimensionale amerikanische Radargeräte in der Türkei und anderwärts hatten das außer Zweifel gestellt. Die politische Führung der Vereinigten Staaten war daher keineswegs von der Existenz höchstleistungsfähiger transkontinentaler russischer Raketen so überrascht, wie es die breitere Öffentlichkeit ist. Sie ist seit rund zwei Jahren darüber unterrichtet, und sie hat geschwiegen. Sie hat dem amerikanischen Volk die drohende Gefahr einer russischen Überlegenheit in Atomwaffen und den Mitteln, sie über Kontinente und Meere zielgerecht auf die amerikanischen Städte und Industriestätten zu werfen, glattweg vorenthalten. Wie groß die Gefahr ist, das ist soeben in einer Untersuchung des Senats unter dem Vorsitz des demokratischen Führers Lyndon Johnson mit den Worten unterstrichen worden, daß die sowjetische Bedrohung der US-Sicherheit vielleicht „die größte, die wir je erfahren haben" sei. Professor Teller, der Architekt der amerikanischen Wasserstoffbombe, dem die Aufgabe zugefallen war, die technischen Gründe für diese Bedrohung darzulegen, verstieg sich sogar zu dem Urteil, man habe „eine Schlacht wichtiger und größer als Pearl Harbour" verloren, in der ein erheblicher Teil der amerikanischen Flotte zu Beginn des amerikanisch-japanischen Krieges zerstört worden war.

Warum, fragt die amerikanische Öffentlichkeit, macht man erst heute die Feststellung, zwei Jahre zu spät und vielleicht für immer zu spät, wenn die Regierung seit eben diesen zwei Jahren wußte, was man in der Sowjetunion vorhabe? Warum hat die Regierung geschwiegen, beruhigt, abgeschwächt, statt den Ernst der Lage zu unterstreichen und Gegenmaßnahmen rechtzeitig zu treffen? Warum hat sie statt dessen sogar im Angesicht solcher Bedrohung ihre Rüstungsmaßnahmen noch eingeschränkt, ihre Ausgaben dafür gekürzt? Was ist die Ursache für die Vorenthaltung der Wahrheit? Glaubt man nicht an die Realität der Gefahr? War es wieder Unterschätzung des Gegners, seiner technischen Fähigkeiten, wie schon einmal, wie schon mehrmals, als man der Sowjetunion nicht die Lösung der technischen Probleme der Atom- und Wasserstoffbomben zutraute? Keineswegs! Man erfährt vielmehr, daß der Präsident vorhatte, der Nation reinen Wein einzuschenken und sie aufzufordern, sich abermals, wie zu Beginn des zweiten Weltkrieges, in die Sielen zu werfen, um jenes technische Wunder der Aufrüstung zu wiederholen, das sich in den Jahren 1942/43 verwirklicht hatte. Ein „Unternehmen Aufrichtigkeit" — operation candor — war geplant. Aber es kam nicht zum Zuge. Statt dessen wurde von den persönlichen Ratgebern des Präsidenten und einigen wichtigen Persönlichkeiten eine Politik empfohlen, die heute von den besorgten und entrüsteten Politikern, die eine unabsehbare Einbuße an politischem Gewicht für USA voraussehen, „operation soothing syrup" genannt wird, „Unternehmen süßlindernder Syrup". Wiederum steht man vor der Frage: warum? Warum ist der Präsident nicht seiner ersten Eingebung gefolgt und hat der Nation die Wahrheit freimütig offen bekannt, die heute in einer Weise dramatisiert wird, daß es den nüchtern Urteilenden dabei angst und bange zu werden beginnt, wenn sie an die möglichen Folgen denken?

II

Nur eine Begründung für die Sinneswandlung des Präsidenten ist bisher in die Öffentlichkeit gedrungen. Sie überrascht, um das mindeste zu sagen. Wenn die Nation den Grad ihrer Bedrohtheit unbeschönigt erführe, so lautet das Argument, dann würde sie vermehrte Rüstungen fordern, und das bedeute vermehrte Ausgaben. Das aber müsse die ohnedies in eine delikate Verfassung zwischen Inflation und Deflation gezerrte Privatwirtschaft empfindlich stören. Hohe Steuern, hohe Regierungsausgaben, die Defizit-Finanzierungspolitik seien in längerer Sicht eine größere Gefahr für die amerikanische Sicherheit als die Wasserstoffbomben in Sowjethand.

Besser daher „business as usual", wie es in jenen Jahren in London hieß, als Hitler ante portas stand. Wie denn, fragt man sich, hieß es nicht vor kurzem noch, daß allein das Privatwirtschaftssystem Amerikas die hohen Kosten einer Atomrüstung tragen könne, ohne den allgemeinen Lebensstandard senken zu müssen? Beides war in Amerika zugleich möglich, Kanonen und Butter, nicht wie in Hitlerdeutschland Kanonen oder Butter. Beruhe hierauf nicht die Erwartung, daß die mit einer Atombombenrüstung und der Hebung des Lebensstandards zugleich belastete Sowjetwirtschaft zum Erliegen kommen müsse? War das nicht eine der gerühmten „Positionen der Stärke" des Westens, daß er sich leisten konnte, was dem Osten versagt war, die Fortsetzung des Kalten Krieges und des Rüstungswettlaufs bei anhaltender wirtschaftlicher Prosperität und einer immer noch steigenden Konsumproduktion? Beruhte auf dieser Annahme nicht sogar bei einigen besonders klugen Leuten der Entschluß, es weder zur Abrüstung noch zu einer Entspannung kommen zu lassen, damit die Sowjets, von ihren Rüstungsausgaben entlastet, nicht auf dem Weltmarkt als Konkurrenten des Westens auftreten könnten? War nicht die Überlegenheit der Wirtschaft die Trumpfkarte, die im politischen Spiel um die weder auf der Seite des Westens noch Ostens stehenden Völker stechen sollte? Und nunmehr sollte es gerade umgekehrt sein, die Wirtschaft des Westens nicht leistungsfähig genug sein, um ohne Gefahr vermehrte Rüstungsausgaben bei annähernd gleichbleibendem Lebensstandard zu tragen? Man wird kaum irren, wenn man annimmt, daß dabei mindestens eine Befürchtung verschwiegen wird. Es ist immer dieselbe, wenn in gewissen kritischen Lagen „Ruhe als die erste Bürgerpflicht" erklärt wird. Es ist die Befürchtung sozialer Bewegungen, die ohnedies unter der Decke schwelen, eine zweite Auflage jener neuen „Einkommensverteilung", die Roosevelts New Deal zu einer Art eigenwüchsigem amerikanischem Sozialismus machte. Ohne Verschärfung der bisher langsamen und von der in diesem Punkt unerfahrenen amerikanischen Bevölkerung nicht recht ernst genommenen Inflation ist eine neue Rüstungsanstrengung kaum zu finanzieren. Das aber bringt mit Sicherheit die berühmte Schraube ohne Ende ins Spiel, Lohnsteigerung, Preissteigerung und so fort, wenn nicht eine starke Hand regelnd eingreift.

Man wird noch andere Gründe für das Unternehmen „süßer Syrup" annehmen müssen, das in so auffälliger Übereinstimmung mit gewissen väterlichen Gepflogenheiten in Bonn steht, dies begütigende, beruhigende, freundliche schulterklopfende „daddy knows best", wie man das hierzulande nennt, „Papa weiß Bescheid". Es ist keineswegs so sicher, daß, wenn der Präsident sein anfänglich beabsichtigtes „Unternehmen Aufrichtigkeit" durchgeführt hätte, die öffentliche Meinung so ohne weiteres nur vermehrte Rüstungen verlangt haben würde. Vielmehr ist es sehr wohl denkbar, daß sie auch eine andere Außenpolitik der USA gefordert hätte, als die „am Rande des Krieges" dahinsegelnde des Außenministers Foster Dulles. Es hätte zudem geschehen können, daß man in USA allgemein die politische Situation in ihrer völligen Unsinnigkeit und Untragbarkeit erfaßt hätte, die Tatsache nämlich, eine Machtpolitik im alten Stil des 19. Jahrhunderts führen zu wollen, ohne die ultima ratio einer solchen anwenden zu können, den Krieg, die „Politik mit anderen Mitteln". Und zwar nicht nur zur Lösung strittiger politischer Fragen, sondern sogar in der elementarsten Form der Selbstverteidigung, der Selbsterhaltung mit den Mitteln äußerster Gewalt. Diese völlig neue, diese wahrhaft revolutionäre Tatsache, die alle bisherigen politischen Regeln und Gepflogenheiten über den Haufen wirft, einzusehen und die unerläßlichen Folgerungen daraus zu ziehen, das ist etwas, das nicht alle Interessenpolitiker gerne sehen und von der Nation realisiert sehen möchten, weil es auch zu fundamentalen inneren politischen Änderungn führen könnte, ja, müßte.

Gewiß sagte der bekannte amerikanische Verleger William R. Hearst jr. in dem

mehrstündigen Gespräch, das Chruschtschow ihm und zwei Mitarbeitern in Moskau am 22. November dieses Jahres gewährte, mit Recht, „nicht eine einzige Seele in den Vereinigten Staaten will den Krieg". Aber zwischen dem „keinen Krieg wünschen" und dem in die einzig möglichen Bedingungen eines Friedens einwilligen ist ein großer Unterschied. Das eine ist ein bloßes Gefühl; das andere beruht auf einer begründbaren Einsicht. Das eine ist ein Spinnweb, das jeder Hauch in die Weite bläst. Nur das andere könnte einen Krieg verhindern. Diese Einsicht und Einwilligung in die Bedingungen eines Friedens setzen indes die wirkliche Erkenntnis der Lage voraus, einer Lage, die weder durch die zeitweise Überlegenheit der einen Seite noch durch die Überflügelung der machtpolitischen Stärke durch die andere Partei noch wesentlich geändert werden könnte. Gerade diese Erkenntnis wird durch die bisherige Vorenthaltung der Wahrheit verhindert oder erschwert. Sie wird durch das gegenwärtige andere Extrem, die Dramatisierung der Gefahr Amerikas, nicht besser. Man wird somit noch andere Motive als möglich unterstellen müssen. Das Wort des Atomphysikers Teller über die verlorene Schlacht, die größer sei als Pearl Harbour, deutet mindestens auf ein solches hin. Das bisherige Schweigen über die sowjetischen Raketenerfolge könnte auf einer richtigen psychologischen Überlegung beruhen. Wie Roosevelt seine kriegsunwillige Nation kriegsbereit machte durch das, was man als politische „Schocktherapie" bezeichnete, durch den allerdings weit über das vermutete Zerstörungsmaß hinausgehenden und als „kalkuliertes Risiko" in Rechnung gestellten Überfall Japans, — so ähnlich soll auch gegenwärtig die Nation durch den Schock der ihr plötzlich zum Bewußtsein gebrachten Gefährdung ihrer Städte bereitwillig gemacht werden, die Reihen zusammenzuschließen, die Eigeninteressen zurückzustellen und sich Einschränkungen im Dienst der gemeinsamen Not gefallen zu lassen. Eine allmähliche Belehrung über eine erst mögliche zukünftige Gefahr würde solche freiwillige nationale Disziplin nicht zustande gebracht haben. Vielmehr würde es statt dessen zu gegenseitigen Anklagen, Suchen nach Schuldigen und weitschweifiger Kritik gekommen sein, in der die Willenseinheit der Nation und ihre Entschlußfähigkeit gelitten hätten.

Man wird das als eine mögliche Erklärung plausibel finden. Aber die Frage bleibt weiterhin: warum? Also doch um das Wettrüsten mit voller Kraft aufzunehmen und den Vorsprung Rußlands wieder einzuholen? Also doch statt Rüstungsbeschränkung und politischer Verständigung die Fortsetzung des Kalten Krieges? Ein schauerliches Wort aus dem engeren Kreise des Präsidenten erfährt damit seine Beleuchtung. Man müsse mit einer Dauer der Zweiteilung der Welt für drei Generationen rechnen. Rund hundert Jahre Kalter Krieg! Welche Aussicht! Welche Entschlossenheit! Es ist immerhin eine Erleichterung, daß man hier nur sein Jahrhundert in die Schranken fordert, statt wie ehedem ganze Jahrtausende. Man wird somit befürchten müssen, daß die Erkenntnis der eigenen Gefährdung und der Verlust der Selbstsicherheit und unbedingten Überlegenheit der Amerikaner, statt den Blick zu weiten und das Urteil zu klären, zu einer Verdunkelung der wahren Lage führen könnte. Damit stünden wir vor einer wahrhaft tragischen Zuspitzung der Konflikte, in der uns fast nur noch ein Wunder vor dem Kriege retten könnte. Denn im Wahn ihn verhindern zu können, wird man gerade das tun, was ihn unweigerlich heraufbeschwört. Gewiß klingt das alles sehr plausibel, was man gegen Verhandlungen in der heutigen Lage einwendet. Man könne nicht in einer Position der Schwäche auf Erfolg rechnen. Aber waren nicht die Vorstellungen über Erfolge auf Grund vermeintlicher oder wirklicher „Positionen der Stärke" von Grund aus falsch? Sollten es nicht auch die über vermeintliche Schwäche sein? Geht es nicht vielmehr bei dem Versuch einer allgemeinen Entspannung um etwas ganz anderes als um ein Abwägen der Machtpositionen, nämlich um eine Ordnung, in der nicht mehr das materielle Gewicht der Rüstungen entscheidet, sondern die politische Funktion

der verschiedenen Machtgruppen? Sollte sich nicht endlich die Erkenntnis Bahn brechen, daß weder das absolute Machtübergewicht einer noch ein ausgewogenes Gleichgewicht zweier Machtgruppen in Zukunft den Frieden wird sichern können, geschweige denn einen Fortschritt ermöglicht?

III

Die Grenzen des Erreichbaren erkennen, ist keine Kapitulation, sondern die Reife der eigenen Einsicht. Auch für die USA ist die Außenpolitik nicht ein Feld unbegrenzter Möglichkeiten. Der Friede ist nur zu erreichen im Verzicht aller Mächte auf den alleinigen Führungsanspruch und die ausschließliche Geltung ihrer eigenen Ordnungsprinzipien. Darum geht es, um die Grundlegung dieser Einsicht und ihre Artikulation in politischen Kategorien und Ordnungsformen. Daß russischerseits die Bereitschaft dazu vorhanden sein dürfte, kann man dem großen Interview des Führers der kommunistischen Partei mit Hearst jr. bei einigem guten Willen wohl entnehmen. Man kann nicht überall „politische Verführung" vermuten und mit der alten Leierkastenmelodie von den „Leistungen statt bloßer Worte" daherkommen. Schließlich ist Vertrauen etwas, das man nicht kaufen kann, sondern das man, mit dem weisen sprachlichen Ausdruck „schenkt". Vertrauen ist ein Risiko, das man einsetzt. Die Frage ist die, welches Risiko größer ist, die Verschärfung des Kalten Krieges oder der Versuch, mit dem beiderseitigen Vertrauen als einer „Arbeitshypothese" neue Verhandlungen zu beginnen.

Was in der bevorstehenden Nato-Konferenz vorgeschlagen und vermutlich beschlossen werden wird, kann einen nur mit schwerster Sorge erfüllen. Es würde eine Katastrophe werden, wenn Bonn die Flammenschrift an der Wand abermals verkennen und die Danaergabe der Atomwaffenrüstung entgegennehmen würde. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen oder die Herstellung solcher auf deutschem Boden würde eine geradezu frevelhafte Verschärfung der Krise bedeuten. Was würde der Westen tun, wenn die Sowjetunion es zum Anlaß einer erneuten Abriegelung Berlins nehmen und eine „Luftbrücke" als „Kriegsfall" erklären würde? Die Gefährlichkeit der gegenwärtigen Lage ist so groß, weil ihr jedes Element der Pufferung mangelt, so daß jeder, auch der kleinste Stoß, der geringste Zufall die Katastrophe auslösen kann. Was die Nato-Konferenz zu Wege bringen wird, wenn es nicht bei bloßen Worten bleibt, ist eine weitere Verschärfung dieser Lage, anstatt daß alles getan wird, um den Konflikt zu entschärfen.

Gewiß hat das deutsche Volk heute nicht mehr die Entscheidung über Krieg und Frieden in seiner Hand, wie 1914 und 1939. Wohl aber kann es Gewichtiges auf beide Schalen der Waage legen, die eine oder andere zum Niedergehen bringen. Was es tun könnte, wie es seine Politik von Grund auf verändern müßte, auf welcher Grundlage überhaupt eine Entspannung, eine Verständigung von USA und UdSSR möglich wäre, das muß in einem folgenden Artikel erörtert werden. Zweierlei ist allerdings im voraus zu sagen. Die bisherigen Pläne und Vorschläge sind in der Mehrzahl samt und sonders überholt. Es muß von neuen Punkten ausgegangen werden. Weder Abrüstungsmaßnahmen noch militärfreie Zonen allein, sondern vor allem Überlegungen über die politischen, nicht bloß die militärischen Voraussetzungen einer Entspannung sind erforderlich. Die Entspannungsgespräche müssen fortan auf einer ganz anderen Ebene und in einer viel größeren Breite stattfinden, als dies bisher für möglich gehalten wurde. Dahinter treten Einzelprobleme, wie es die den Deutschen mit Recht im Vordergrund stehende Wiedervereinigung ist, zurück. Mit solchen Formeln wie „Junktim" zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung wird man nicht viel Seide spinnen können. Das zweite aber ist, daß eine Verständigung zwischen West und Ost den Westen, und vor allem Bonn, viel mehr kosten wird, als es in früheren Phasen wahrscheinlich der Fall gewesen wäre. 1954/55 hätte Bonn es ver-

mutlich in der Hand gehabt, dem Frieden einen entscheidenden Dienst zu leisten, wenn es sich nicht zur Aufrüstung und den Pariser Verträgen entschlossen hätte. Es hätte damit zugleich auch das deutsche Problem einer Lösung näherführen können. Das einmal Versäumte ist nicht wiederzugewinnen. Es hat keinen Zweck, heute über verschüttete Milch zu jammern. Aber darauf ist warnend hinzuweisen, daß in der deutschen Politik sich ein geradezu grausiger „Wiederholungszwang" geltend macht, dieselben Fehler in neuer Markierung immer und immer wieder aufs neue zu begehen: Politik aus doktrinärer Besessenheit, mit Illusionen und Zwangsvorstellungen. Es ist trotz zweimaliger Katastrophen nicht geglückt, in die nüchterne Wirklichkeit durchzustoßen. Hält man es für einen Charaktermangel, einen Irrtum einzugestehen und sein Urteil von der Realität korrigieren zu lassen? Aber nicht der Irrtum selbst führt zur Katastrophe. Im Gegenteil, er ist die Vorbedingung einer tieferen Erfassung der Wahrheit. Erst im Irrtum verharren führt in die Katastrophe. Das ist die Stärke der Deutschen. So war es im ersten Weltkrieg, so war es unter Hitler. Soll es heute zum dritten Mal geschehen, das Verharren im Irrtum?

Es wird im Westen viel von Freiheit geredet, von der „Wiedervereinigung in Freiheit" und anderen schönen Dingen. Worüber viel geredet wird, da beginnt es mit der Sache selbst zu hapern. Man kennt das alte Wort galanterer Zeiten über die Keuschheit der Frauen. Immerhin ist noch eine kräftige Pflanze Freiheit im Westen lebendig. Aber ein Wort — dazu noch ein christliches — scheint in den sich mit Nachdruck als die Hüter des Christentums wissenden Nationen des Westens vergessen worden zu sein. Das Wort: Die Wahrheit wird euch frei machen. Es bedarf dazu keines „Kreuzzuges", sondern nur des einfachen schlichten Bürgermutes zur Wahrheit.

Dr. Friedrich Heer

Die Intelligenz, die Politik und das Geschäft des Friedens

Jede Gesellschaft schafft sich ihre Intelligenz

Das Wettrüsten, das Ringen um neue Waffen, fordert von den Beteiligten die Ausbildung einer technischen Intelligenz; einer Spitzengruppe genialer Köpfe und einer breiten Schicht, die einige hunderttausend Menschen umfaßt. Dieses „Menschenmaterial" wurde, kurz nach dem letzten Kriege bereits, auf dem schwarzen Markte handelsmäßig vertrieben, wobei sich zeigte, daß die Russen klüger waren als die Amerikaner, die sich vor allem nur um einige Primadonnen der deutschen technischen Intelligenz bewarben. Hitler hat, unter anderem, seinen Krieg auch deshalb verloren, weil er eine Spitzengruppe der technischen Intelligenz austrieb, beziehungsweise sich zu Todfeinden machte; es waren eben diese Männer um Teller und Oppenheimer, die die Atombombe entwickelten.

Jede Gesellschaft hat die Intelligenz, die sie sich schafft, die sie sich erzieht, um ihren primären Bedürfnissen zu entsprechen. Die westeuropäische Gesellschaft des Hochmittelalters schuf sich, um in der permanenten Auseinandersetzung mit dem in breiten Strömen vom östlichen Mittelmeerraum einströmenden Geistesgut grie-

chischer, mohammedanischer, jüdischer Denker theistischer, pantheistischer und atheistischer Provenienz einen gleichrangigen Partner abgeben zu können, ihre Schulwissenschaft, die Scholastik. Die Fürsten der frühen Neuzeit schufen sich, um ihr „Kriegstheater" (Clausewitz übernimmt noch diesen Begriff des Barock, um ihn abzusetzen gegen das neue Kriegswesen, das mit der französischen Revolution heraufzieht) und ihre Feste feiern zu können, eine technische Intelligenz von Festungsingenieuren und Theateringenieuren. Die Erfinder neuer Kriegsmaschinen und von Maschinen, die in der Oper, im Feuerwerk, im prunkhaften Verwandlungsstück benötigt wurden, waren oft dieselben Persönlichkeiten. Ein frühes Beispiel ist Leonardo da Vinci. Dieser rätselhafte, hintersinnige Mann, der mit seiner Erfindung einer „Maschine, um Schrecken zu erzeugen" ein Leitmotiv der neueren Jahrhunderte ansprach, wirkt besonders durch einen Ausspruch symbolhaft: „Ich diene dem, der mich bezahlt."

Die bürgerliche Gesellschaft des 18. und 19. Jahrhunderts schuf sich zwei verschiedene Arten von Intelligenz, um zwei Bedürfnissen zu entsprechen, die äußerlich nicht miteinander korrespondieren: eine humanistisch-geisteswissenschaftliche Intelligenz, um die Neugier zu befriedigen und die Herrschaftsmacht des Klerus und seiner Theologie endgültig zu überwinden durch „Weltweisheit" und Philosophie; und eine naturwissenschaftlich-technische Intelligenz, um sich die Welt als Raum der Wirtschaft zu unterwerfen. „Wissen ist Macht", dieser Slogan zeigt recht gut an, was eine Gesellschaft von ihrer Intelligenz will: sie soll ihr zur Macht verhelfen: über „Gott", über das Herrschaftswissen eines inneren, niederzuringenden Gegners, über einen äußeren „Feind".

Die Gesellschaft heute geht in allen Staaten und Kontinenten daran, sich eine technische Intelligenz zu schaffen, da sie sich ohne diese nicht zu behaupten vermag. Indien, China, die neu in Afrika entstehenden Staaten versuchen mit Riesenschritten und Riesenopfern, wie Rußlands Geschichte der letzten vierzig Jahre und Chinas Geschichte seit der Machtübernahme durch Mao zeigen, sich eine technische Intelligenz zu schaffen: aus dem riesigen „Material", aus dem Schoß ihrer Volkskörper. Millionen und Milliarden Gelder werden flüssig gemacht, um die Hirne einiger hunderttausend Menschen „auszurichten" auf ein technisches Denken. Darüber hinaus werden, als Mitarbeiter der technischen Intelligenz, viele Millionen Arbeiter erzogen, geschult, innerlich und äußerlich „geschaltet", so daß sie Maschinen ohne besondere Reibungen und „Ausfälle" bedienen können. Diese Schulung zur Anpassung des Menschen an das hochkomplizierte Gerät, das er zu bedienen hat, ist bereits strukturell mit einer gewissen militärischen Disziplin verwandt.

Man kann, mit dem hintersinnigen Pessimismus eines Günther Anders, klagen über die Einpassung des Menschen in die Maschinenwelt und über die damit verbundenen Gefahren. Ich weiß nicht, ob diese Klage den Eros entbindet, eine neue Welt zu schaffen, eine bessere Welt. Ohne Eros, ohne elementare innere Ergriffenheit des ganzen Menschen, läßt sich kein Gegengewicht schaffen zur technischen Intelligenz. Die Welt könnte wieder ins Lot kommen, die großen harten Auseinandersetzungen der Zukunft in neuen Formen austragen, wenn unsere heutige Gesellschaft verstehen lernt, daß sie neben der technischen Intelligenz eine spirituelle Intelligenz ausbilden muß. Im Balance-Akt zwischen technischer und spiritueller Intelligenz (zum Teil vielleicht in einer Brust, einer Person) können die noch unübersehbaren Energien, die heute dem Schoß der Welt und der Menschheit gegeneinander entrissen werden, entbunden werden, so daß sie zusammenströmen und in steter Spannung und Auseinandersetzung die gefährlichen Übergänge von den geschlossenen Gesellschaften der Vergangenheit und Gegenwart zur offenen, pluralistischen Gesellschaft der Einen Menschheit meistern.

Wissenschaft ist nicht nur Facharbeit

Auf dem Papier kirchlicher Handbücher und auch in anderen Statistiken finden sich an 400 Millionen Katholiken und nicht ganz so viele Mitglieder anderer christlicher Konfessionen. Die Zahlen der Schulen, Hochschulen, Seminare und anderen Lehranstalten der Kirchen und Konfessionen der christlichen Gruppe in der Einen Menschheit gehen in die vielen Tausende. Besondere Beachtung verdienen dabei vielleicht kirchliche Ingenieurschulen, wie sie zumal der spanische Zweig der Gesellschaft Jesu pflegt. Neben den kirchlichen und konfessionellen Schulen und Hochschulen gibt es, in der ganzen Welt, eine stattliche Anzahl humanistischer Fakultäten an Universitäten, Akademien, technischen Hochschulen und höheren Lehranstalten verwandter Art. Rein äußerlich gesehen stünde also unserer Gesellschaft ein bedeutendes Potential zur Heranbildung einer spirituellen Intelligenz zur Verfügung. Dieses Potential wird weithin nicht genützt, nicht erschlossen, da die verantwortlichen Männer, wie es scheint, nicht wissen, worum es heute geht. Sie kennen zumeist nicht einmal den Begriff „spirituelle Intelligenz", geschweige denn die Wirklichkeit, die hier angesprochen wird. Also werfen sie alle verfügbaren Mittel und Menschen in den Rachen der technisch-militärischen Aufrüstung, und übersehen dabei, daß das größte, das Geschäft des Friedens in der Einen Welt, nur mit Hilfe einer spirituellen Intelligenz zu meistern ist.

Spirituelle Intelligenz ist nicht identisch mit der Intelligenz humanistischer und konfessioneller Facharbeiter. Deren ehrsames Gewerbe, als Philologen, Kanonisten, Apologeten ihrer Wissenschaft, Ideologie, Theologie oder Fachgruppe soll hier in keiner Weise in Frage gestellt werden. Diese Facharbeiter können ihre Funktion erfüllen in einer Friedens-Gesellschaft; sie können da, nach Herzens- und Geisteslust, an der Ausgestaltung ihrer Wissenschaft und ihrer Hobbies arbeiten. Eine Gesellschaft aber, und Frieden, schaffen sie nicht. Im Gegenteil: sie brauchen, um ihre partikularen, fruchtbaren und weniger fruchtbaren Streite austragen zu können, den Schutz einer Gesellschaft und eines Friedens.

Die humanistischen Fakultäten und hohen Schulen und die konfessionellen Lehranstalten und theologischen Hochschulen haben für die innere Aufrüstung, für das Geschäft des Friedens in den letzten hundert Jahren keinen sehr nennenswerten Beitrag geleistet. Das ist eine schlichte Feststellung, die aber von vielen nicht in ihrer Tragweite eingesehen wird. Sie konnten diesen Beitrag auch gar nicht leisten, da nichts in ihnen angelegt war auf die Ausbildung einer spirituellen Intelligenz, die zur technischen Intelligenz ein gesundes Gegengewicht hätte bilden können. Die berühmten Friedensappelle Papst B e n e d i k t s XV (Des le debut, vom 1. August 1917) und der Piuspäpste unseres Zeitalters z. B. konnten selbst von der Christenheit nicht verstanden werden, da dieser jedes spirituelle Organ für das eigentliche Geschäft der Politik, den Frieden, fehlte. Alle diese humanistischen Professoren, Theologen, Seelsorger waren wohl gebildet in ihrem Fach, besonders im deutschen Raum, aber neben ihrer Fachlehre und Fachwissenschaft fiel ihnen nichts ein: also waren sie, und sind es vielfach bis heute, völlig unvorbereitet, um die Aufgaben und Funktionen einer spirituellen Intelligenz zu sehen.

Diese Tatsache weist auf ein anderes hin, ein schwerwiegendes Faktum: auch einige tausend humanistische und konfessionelle Hochschulen und Schulen mehr, in aller Welt, würden das innere Klima nicht wesentlich verbessern, würden nicht die pluralistische Gesellschaft der Einen Menschheit entwickeln als eine offene Gesellschaft des Friedens. Nichts berechtigt zur Annahme, daß eine Fachintelligenz, in Indien, China, Afrika, beiden Amerika, morgen herangebildet in neuen Schulen, Hochschulen, Seminaren, das Geschäft des Friedens auf sich nehmen wird. Sie fühlen sich dazu nicht berufen, diese Facharbeiter. Sie haben Philologie zu treiben und Theologie, sie haben für ihr Fach und ihre Konfession tüchtige Arbeiter, Parti-

sanen ihrer Sache, auszubilden. Ein anderes geht sie nichts an. In scharfer Disziplinierung stoßen die Zünfte der humanistischen und konfessionellen Lehr- und Forschungsinstitutionen jene Wissenschaftler als Außenseiter aus, die es wagen, den strengen „objektiven" Raum ihrer Fachwissenschaft und Fachkonfession zu überschreiten. Das Schicksal Friedrich Wilhelm Försters, des einsamen Greises in New York, und das Schicksal des vor wenigen Jahren im Exil in New York verstorbenen Pierre de Chardin, des großen Paläontologen, Mitglied der Gesellschaft Jesu, dessen „weltanschauliche" Werke bekanntlich zu seinen Lebzeiten nicht einmal gedruckt werden konnten, beleuchten erregend diesen Tatbestand.

Nun aber glauben bekanntlich die Politiker unserer westlichen Welt, daß sie für Freiheit, Humanität, Christentum und Kultur das ihre tun, wenn sie, geringfügig genug, kleine und kleinste Posten in ihren Jahresbudgets für Anstalten und Arbeiten obiger Art bewilligen. Um nicht gänzlich mißverstanden zu werden: der Autor dieser Aktennotiz zu den Verhältnissen unserer Gegenwart ist nicht der Überzeugung, daß diese Bettelsuppen, mit denen die humanistische und konfessionelle Intelligenz heute abgespeist wird, irgendwie zureichend sind oder in dieser „Höhe" gerechtfertigt werden könnten. Die Budgetposten für Schulen, Konfessionen, Fachschulen aller Art, können als funktionsgerecht nur dann verstanden werden, wenn sie zu den Ausgaben eines Staates für Rüstung und eines Volkes für Narkotika und Rauschgifte, für „Genußmittel" aller Art, in einem zureichenden Verhältnis stehen. Sage mir, wieviel Du (als für den Haushalt Deines Volkes und Deines eigenen Hauses Verantwortlicher) für „Kultur" (als Sammelposten für obige Fächer verstanden) ausgibst, und ich sage Dir, wer Du bist. Das oft von den Repräsentanten der „Fächer" selbst nicht ganz ernst gemeinte Schlagwort: „Mehr Gelder für Bildung, Erziehung, Forschung und Lehre" kann also durchaus unterstrichen, ja als ernste Forderung vertreten werden. Geld den „Fächern", das ihnen gebührt, das sie brauchen, um ihre Arbeit in ihren Sparten zu leisten. Vieles würde noch mehr verkümmern, würde etwa die altenglische Philologie oder die kirchenrechtliche Forschung und mit ihnen der Betrieb unserer humanistischen Fakultäten und konfessionellen Lehranstalten noch weiter eingeschränkt, beziehungsweise in den gegenwärtigen Kümmerformen aufrecht erhalten bleiben. Alle Gelder, Mittel, Förderungen dieser Fachanstalten „bringen" aber, und das ist hier in geziemender Offenheit anzudeuten, „uns nicht weiter": sie schaffen keine neuen Räume, keine neue Bewegungsmöglichkeit für den Menschen; sie haben keine funktionelle Bedeutung für die Politik, für das Geschäft des Friedens. Sie bilden keinen neuen Menschen, der sich mitten in tausend neuen Auseinandersetzungen, im Spannungsfeld der Einen Menschheit, mit Asiaten, Afrikanern, Theisten, Atheisten, mit Linken und Rechten aller Art dynamisch und vital zu bewegen weiß: Als ein „ehrlicher Makler", ein Mittler und Vermittler, als ein Anwalt seiner Sache, gleichzeitig Rücksicht nehmend auf die sichtbaren Stärken und unsichtbaren Schwächen, auf die sichtbaren Schwächen und unsichtbaren Kräfte seiner Partner im eigenen Volk, in der europäischen Gemeinschaft, in der Geschäftsverbindung (politisch, wirtschaftlich und mental) mit Asien, Afrika und beiden Amerika.

Spirituelle Intelligenz allein ist befähigt und wird gewillt sein, das harte Geschäft der notwendigen, über Generationen sich hinziehenden Auseinandersetzungen tatfroh und zielstrebig auf sich zu nehmen. Denn sie wird sehr zum Unterschied von der Fachintelligenz von einem Eros getragen, dem es um die Erfahrung des größeren Gottes und des größeren Menschen im Spannungsfeld der gesellschaftlichen und geschichtlichen Gegensätze von Heute geht. Spirituelle Intelligenz besitzt eben jene Glaubenskraft, die heutigen Politikern, Kirchenführern, Humanisten und Theologen oft in hohem Maße zu fehlen scheint: Glaubenskraft als „Phantasie", als Bildvermögen spirituell erhellter Sinne, einer Vernunft und eines „Herzens", die so er-

griffen sind von der Gegenwart Gottes in jedem Mitmenschen, Gegner, Feind, Partner, daß ihnen aus dem Grunde dieser Ergriffenheit tagtäglich buchstäblich etwas neues einfällt!

Kommunikation erfordert Einsicht

Die manchmal sogar offen einbekannte Phantasielosigkeit unserer Politiker und Staatsmänner — Kafka hat 1916 zum ersten Weltkrieg gesagt: Dieser Krieg ist aus einem entsetzlichen Mangel an Phantasie entstanden — sowie der Repräsentanten unserer Konfessionen (denen „Neuerern" gegenüber buchstäblich nichts einfällt, als sie zu verbieten) ist die direkte Folge des Ausfalles der spirituellen Intelligenz. Wem heute nichts einfällt, nämlich neue Kommunikationen mit den Völkern der Welt, also im deutschen Raum vor allem neue Formen der Auseinandersetzung mit den Slawen, den Afrikanern und den Völkern der Bandung-Staaten als vordringlichste Aufgabe, dem bleibt nur das „Manöver", die Phrase und das fatalistische Mitspielen bei Kriegsspielen, die andere phantasiearme Manager in ihrer eigenen Angst und Enge „finden" und erfinden. Gerade das Fehlen an Glaubenskraft ist die gefährlichste Schwäche aller Repräsentanten unserer westlichen Welt. Womit nicht gesagt ist, daß alle Repräsentanten der östlichen und anderen Welten über eine solche Glaubenkraft verfügen; denn Glaubenskraft in dem hier angesprochenen Sinne ist etwas fundamental anderes als der Glaube an den Sieg „meiner" Sache. Friede, Freiheit, Menschlichkeit und frommer Sinn wachsen nicht durch Fachwissen und Fachkonfession, die in der Überzeugung „Gott mit uns" in diese zerklüftete Welt einige tausend Burgen ihres Faches einbauen wollen, Burgen, deren Partisanen dann ausschwärmen sollen, um Eroberungen im „heidnischen" Land zu machen. Die Missionen der europäischen Konfessionen sind, ebenso wie unsere Wirtschaftsmissionen und politischen Missionen, in der Welt der asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Völker zur Sterilität und zur Unbeweglichkeit verdammt, wie sie zur Zeit, von redlichen Facharbeitern getragen, unter der Fahne „Gott mit uns" marschieren. Unter dieser Parole allein gibt es keine Kommunikation mit anderen Menschen, anderen Völkern, sondern nur ein gefährliches Warten und Hoffen auf einen Tag X, der diese Völker und Kontinente zurückführt, gewinnt oder wiedergewinnt für die starr vorgestellte „Ordnung".

Die Unbeweglichkeit und Hilflosigkeit westlicher Politik in der Einen Welt ist ein sehr betrüblicher Ausdruck der fehlenden inneren Kommunikation. Man kann nur mit anderen Menschen und Völkern „verkehren", mit ihnen Geschäfte treiben und politisch reden, wenn zuerst die innere Kommunikation errungen ist. Die spirituelle Intelligenz aber ist nichts anderes als die Ausbildung der inneren Kommunikation des Menschen mit seinem Nebenmenschen. „Intelligenz" kommt von „intelligere", einsehen, Zusammenhänge, Kommunikationen einsehen. Ein Mensch ist, im Sinne der spirituellen Intelligenz, um so intelligenter, je mehr Zusammenhänge, Kommunikationen er in der Gesellschaft der Menschheit „einzusehen" vermag. Für den Deutschen geht es also hier um die überaus vielfältigen Beziehungen zu Slawen, Romanen usw., zu dem „Untergrund" der Völker der Erde. Künstler, Maler, Dichter, Musiker besitzen, oft ohne es zu wissen, mehr spirituelle Intelligenz als humanistische und konfessionelle Facharbeiter. Sie spüren mit tausend Antennen die Kraftfelder und Ströme, die Influenzen, die heute in der Menschheit sich interpolieren, überkreuzen, mischen, verdrängen, überlagern, verdichten und verdünnen. Vor genau einhundert Jahren, 1857, hat ein großer europäischer Konservativer die Ausbildung der spirituellen Intelligenz als Imperativ der Zukunft von den Menschen des kommenden Weltzeitalters gefordert. Es war Adalbert Stifter in seinem „Nachsommer": Der Mensch, der der Härte und Größe, der Komplexität der heilen und unheilen Bezüge gewachsen sein soll, muß „Allberührung" erlernen.

Die spirituelle Intelligenz — so meinen wir — ist lernbar und lehrbar. Nicht in einer Stunde, nicht in einem Jahr, wohl aber in stetem Bemühen. Sie zu pflegen und zu entwickeln, sind eigene Institutionen, Laboratorien, Forschungs- und Versuchsanstalten nötig. Die Grundlagen der spirituellen Intelligenz ruhen auf der Überzeugung, daß der Kosmos nicht abgeschlossen und als „fertig" einigen Sachbearbeitern und Amtswaltern übergeben ist, sondern daß die Schöpfung sich als ein Wachstumsprozeß erweist, der weiter geht. In ihm ist der Mensch als Mitarbeiter Gottes berufen, den Schoß der Schöpfung gleichzeitig zu hegen, zu schützen vor unreiner Enthüllung, vor verbotenen Eingriffen, wie ihn, in Prozessen der „Geburt", zu erschließen zu neuem Wachstum, „dem neuen Himmel und der neuen Erde" zu. Diese Mitarbeit des Menschen in der Schöpfung kann vor jeglicher Hybris (Vermessenheit der Theisten und Atheisten) nur gefeit werden durch ein Leben in der Erfahrung der Maxime „Wir mit Gott" statt „Gott mit uns". „Wir mit Gott" bedeutet das rückhaltlose Bekenntnis zur Kommunikation mit allen Menschen, in denen Gott uns zukommt; Christus, unser Bruder. Die Grunderfahrung dieser Kommunikation macht das Leben der Person zwar schwerer, härter, gefährlicher, als ein Leben im großen Nein (wie es charakteristisch ist für das Leben in der Klause der Fachhumanität und der Burg der Konfession); es macht dieses Leben aber gleichzeitig „leichter", ja unbefangen, froh, heiter und offen. Diese Grunderfahrung entbindet den Eros. Und überwindet dadurch die Angst.

In eben dieser unserer Zeit beginnt die große Auseinandersetzung zwischen den Menschen einer letzten Angst und denen eines letzten Vertrauens. Quer durch alle Fronten hindurch. Das große Vertrauen, einst archaischen Menschen zu eigen, kann heute nur wiedergewonnen werden durch die Ausbildung einer spirituellen Intelligenz, die mit Vernunft, Verstand und „Herz" einsieht, was einst Menschen archaischer Art erspürt und schlechthin gelebt haben: den „Zusammenhang", in dem alle Menschen miteinander leben und in dem sie sich entfalten oder vergiften, sich wiedergebären oder einander verderben.

Dr. Achim von Borries

Die Flucht in die Rüstung

Herbst des Mißvergnügens

Die Nato bläst zum Sammeln. Die Politik des Westens steht an einem Kreuzweg und mit ihr das Schicksal der Bundesrepublik. Die politischen Manager sind auf dem Sprunge, noch einmal die Initiative zu ergreifen und den Rüstungswettlauf zum Tode zu beschleunigen, den Primat der Militärpolitik zu verewigen. Zumal die Vormacht der Nato steht im Banne ihrer eigenen Agitation. Der Sputnik-Schock hat die USA aufgewühlt. Er hat — noch vor der neuen Erkrankung des Präsidenten — den Herbst des Mißvergnügens besiegelt, zu dem die Logik der geschichtlichen Entwicklung in diesem Jahre das gezwungen-naive Selbstbewußtsein der Vereinigten Staaten verurteilt hat. Es begann mit Little Rock, dem Menetekel von weltweiter Wirkung, das zum Symbol der ungelösten Konflikte innerhalb der amerikanischen

Die spirituelle Intelligenz — so meinen wir — ist lernbar und lehrbar. Nicht in einer Stunde, nicht in einem Jahr, wohl aber in stetem Bemühen. Sie zu pflegen und zu entwickeln, sind eigene Institutionen, Laboratorien, Forschungs- und Versuchsanstalten nötig. Die Grundlagen der spirituellen Intelligenz ruhen auf der Überzeugung, daß der Kosmos nicht abgeschlossen und als „fertig" einigen Sachbearbeitern und Amtswaltern übergeben ist, sondern daß die Schöpfung sich als ein Wachstumsprozeß erweist, der weiter geht. In ihm ist der Mensch als Mitarbeiter Gottes berufen, den Schoß der Schöpfung gleichzeitig zu hegen, zu schützen vor unreiner Enthüllung, vor verbotenen Eingriffen, wie ihn, in Prozessen der „Geburt", zu erschließen zu neuem Wachstum, „dem neuen Himmel und der neuen Erde" zu. Diese Mitarbeit des Menschen in der Schöpfung kann vor jeglicher Hybris (Vermessenheit der Theisten und Atheisten) nur gefeit werden durch ein Leben in der Erfahrung der Maxime „Wir mit Gott" statt „Gott mit uns". „Wir mit Gott" bedeutet das rückhaltlose Bekenntnis zur Kommunikation mit allen Menschen, in denen Gott uns zukommt; Christus, unser Bruder. Die Grunderfahrung dieser Kommunikation macht das Leben der Person zwar schwerer, härter, gefährlicher, als ein Leben im großen Nein (wie es charakteristisch ist für das Leben in der Klause der Fachhumanität und der Burg der Konfession); es macht dieses Leben aber gleichzeitig „leichter", ja unbefangen, froh, heiter und offen. Diese Grunderfahrung entbindet den Eros. Und überwindet dadurch die Angst.

In eben dieser unserer Zeit beginnt die große Auseinandersetzung zwischen den Menschen einer letzten Angst und denen eines letzten Vertrauens. Quer durch alle Fronten hindurch. Das große Vertrauen, einst archaischen Menschen zu eigen, kann heute nur wiedergewonnen werden durch die Ausbildung einer spirituellen Intelligenz, die mit Vernunft, Verstand und „Herz" einsieht, was einst Menschen archaischer Art erspürt und schlechthin gelebt haben: den „Zusammenhang", in dem alle Menschen miteinander leben und in dem sie sich entfalten oder vergiften, sich wiedergebären oder einander verderben.

Dr. Achim von Borries

Die Flucht in die Rüstung

Herbst des Mißvergnügens

Die Nato bläst zum Sammeln. Die Politik des Westens steht an einem Kreuzweg und mit ihr das Schicksal der Bundesrepublik. Die politischen Manager sind auf dem Sprunge, noch einmal die Initiative zu ergreifen und den Rüstungswettlauf zum Tode zu beschleunigen, den Primat der Militärpolitik zu verewigen. Zumal die Vormacht der Nato steht im Banne ihrer eigenen Agitation. Der Sputnik-Schock hat die USA aufgewühlt. Er hat — noch vor der neuen Erkrankung des Präsidenten — den Herbst des Mißvergnügens besiegelt, zu dem die Logik der geschichtlichen Entwicklung in diesem Jahre das gezwungen-naive Selbstbewußtsein der Vereinigten Staaten verurteilt hat. Es begann mit Little Rock, dem Menetekel von weltweiter Wirkung, das zum Symbol der ungelösten Konflikte innerhalb der amerikanischen

Gesellschaft wurde. Es folgte der anhaltende, weit über das normale Maß hinausgehende Konjunkturrückgang in den Schlüsselindustrien und die zunehmende Labilität der Börse, die die allgemeine Nervosität und die Krisensymptome in der Wirtschaft anzeigte. Die amerikanische Strategie im Nahen Osten sah ihren mittelbaren, über die Türkei lancierten Vorstoß gegen Syrien gestoppt und die Konsolierung ihrer jordanischen Position gefährdet. Und um die Problematik auch des politischen Systems selbst unmißverständlich offenbar zu machen, folgte den beiden sowjetischen Erdsatelliten die neue Schwäche Eisenhowers und das Gefühl einer Führungskrise im Augenblick höchster weltpolitischer Unsicherheit. Der Sputnik aber wurde zur nationalpolitischen Demütigung der USA schlechthin. Nicht nur führte er endgültig die Grundkonzeption der Dulles- und Adenauer-Politik, das containement, ad absurdum und demonstrierte die militärische Stärke der Sowjetunion. Er zerstörte auch mit einem Schlag die bis dahin durch eine massive Propaganda immer neu genährte naive Überzeugung von einer uneinholbaren wissenschaftlich-technischen Überlegenheit des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der Vereinigten Staaten. Und gerade auf sie waren Selbstvertrauen und Sendungsbewußtsein der amerikanischen Massen gegründet gewesen. Der Vorstoß der Sowjetunion in den Weltraum, der mit dem 40. Jahrestag der Oktoberrevolution zusammenfiel, offenbarte die wissenschaftlich-technische Leistungsfähigkeit eines gesellschaftlichen Systems, von dessen geschichtlichen Voraussetzungen und von dessen Strukturproblemen gerade die unkritisch-geschichtsblinde amerikanische Öffentlichkeit bis dahin nicht ernstlich hatte Kenntnis nehmen wollen. So mußte denn der Sputnik als Symbol der Stärke, der Selbstbehauptung und der Zukunftskraft dieser gesellschaftlichen Ordnung wirken. Der Augenblick war gekommen, wo eine heilsame Ernüchterung die verblendete Rüstungs- und Stützpunkt-Politik der Nato hätte abstoppen und einer grundsätzlichen geschichtlich-politischen Besinnung hätte Platz machen müssen. Denn die militärische Konzeption der USA selbst wurde des Illusionismus überführt und ihre Unsinnigkeit als Grundlage der Politik enthüllt. Bis dahin hatten die Sowjets noch stets einen militärtechnischen Vorsprung der USA aufgeholt und damit immer wieder die amerikanischen Hoffnungen auf eine effektive militärische Überlegenheit des Westens, die sich einmal als politisches Druckmittel hätte benutzen lassen, zunichte gemacht. Nun aber bestätigte der Sputnik nicht nur erneut dies Gleichgewicht des Schreckens, er demonstrierte auch eine Augenblicksüberlegenheit der Sowjetunion in einer bestimmten technischen Gattung. Die USA sahen sich plötzlich selbst in einem wissenschaftlich-technischen Rückstand. Mit Eifer begann die Suche nach den „Schuldigen" und die verzweifelte Anstrengung, es den Russen gleichzutun. Die sowjetische Führung wird sich selbst über die Relativität jedes solchen momentanen Rüstungsvorsprunges klar sein, wie Chruschtschow in seinem Interview mit dem Chefkorrespondenten der New York Times, James Reston, erklärte: „Wenn die USA heute keine Raketen besitzen, so werden auch sie diese einst haben, da die Wissenschaft sich ständig entwickelt. Das gilt auch für die Sowjetunion. Wenn wir heute irgendetwas nicht haben, was Sie besitzen, so werden auch wir es haben. Das ist auch eine Art Wettbewerb. Aber wir wollen keinen solchen Wettbewerb, wir wollen friedliche Beziehungen und nicht die Anhäufung von Vernichtungsmitteln."

Es wäre Sache einer verantwortungsbewußten westlichen Politik, in diesem Augenblick Chruschtschow beim Wort zu nehmen und dem lebensgefährlichen Primat, ja der Ausschließlichkeit des militärpolitischen Denkens abzusagen! Aber es hieße die gesellschaftliche und politische Macht jener Kreise unterschätzen, die an der Fortsetzung dieses Wettlaufs zum Tode noch immer interessiert sind, wollte man annehmen, in den USA hätten solche Einsichten sich schon durchsetzen können. Ganz im Gegenteil, man erweckte das Kollektivgefühl eines „nationalen Notstandes", der

nun aber einzig in dem (militärtechnisch weit weniger denn psychologisch bedeutungsvollen) augenblicklichen Rückstand der amerikanischen Satellitenforschung und Rüstungsbereitschaft gesehen werden sollte. Das heißt, die Öffentlichkeit wurde von einer grundsätzlichen Besinnung über Sinn oder Unsinnigkeit der bisherigen militärpolitischen Konzeption, einer Besinnung schließlich auf die eigenen gesellschaftlichen Probleme und die geschichtliche Bedeutung der Sowjetunion abgelenkt und im Sinne verstärkter Rüstungsanstrengungen mobilisiert. Die Propagandisten des Kalten Krieges konnten dabei an ihr früheres Wirken anknüpfen, das den amerikanischen Massen unermüdlich eingeimpft hatte, nur noch in den moralistisch-militärpolitischen Kategorien der Nato-Konzeption zu denken. Aufgeweckt aus dem selbstgefälligen Bewußtsein grundsätzlicher gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Überlegenheit, reagierte die amerikanische Öffentlichkeit in erster Linie durch die Entfesselung eines rüstungspolitisch konzentrierten nationalen Ehrgeizes. Der Außenminister des Labour-Schattenkabinetts, Aneurin B e v a n, hatte Ende November nach der Rückkehr von einer ausgedehnten Amerika-Reise in der englischen Zeitung „News of the World" das nationalpsychologische Klima in den Vereinigten Staaten mit bitterer Offenheit als „durch Angst und Haß bestimmt" charakterisiert. Es wird deutlich, daß hier die Saat vergangener Jahre aufgeht: „Die Periode politischer Hexenjagd, jetzt als McCarthyismus bekannt, trug zu einem anderen Faktor bei, dem Haß. Haß gegen den Kommunismus. Haß gegen den Sozialismus. Haß gegen den Radikalismus und Haß gegen alles, was mit diesen Dingen zu tun haben könnte."

Dieser Haß und diese Angst dienen jetzt als massenpsychologische Motoren des rüstungspolitischen New look. In einem Augenblick, da die Unsinnigkeit des Rüstungswettlaufs ebenso deutlich geworden ist wie seine Gefährlichkeit und in dem alle Staaten des Westens sich schwerwiegenden inneren Problemen gegenübersehen, die zu lösen alle ihre Energie erfordern würde, beginnt neuerlich die Abwälzung der politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Schwierigkeiten des Westens auf eine verstärkt militante Außenpolitik, die doch von vornherein politisch zum Fehlschlag verurteilt ist. Der Westen ist dabei, die geschichtliche Verblendung zu besiegeln. Er kompensiert die eigenen strukturbedingten Unlustgefühle rüstungspolitisch und unterwirft sich dabei dem Komplott der Manager.

N a t o v o r a n . . .

Ein gewaltiger Apparat wurde in den USA und in Westeuropa in Bewegung gesetzt, um den Slogan von der Stärkung der Nato, diesem Instrument westlichen Selbstbewußtseins, zu verbreiten und möglichst bald jede Diskussion einer Alternative zu ersticken. Der militärischen soll nun auch die politische Mobilisierung und Integration der Nato-Staaten folgen. Jeder politischen Logik zum Trotz hat der amerikanische Außenminister D u l l e s noch am 19. November die Fortsetzung der containement-Politik proklamiert, das heißt der Politik, deren Grundaxiom es ist, der anhaltende militärische Druck werde eines Tages die Sowjetunion unter westlichen Bedingungen an den Verhandlungstisch zwingen. Dazu sollten von Anfang an die Nato und das System der Stützpunkte rund um die Sowjetunion dienen. Diese Politik, die zur radikalen Verschärfung der Spannungen geführt und grundsätzliche Lösungen der weltpolitischen Streitfragen immer mehr erschwert hat (schon darum, weil die westliche Öffentlichkeit daran gewöhnt wurde, überhaupt nur noch militärpolitisch zu denken und sich jedes politisch konstruktiven Gedankens geradezu zu schämen . . .) soll nunmehr fortgesetzt werden durch die Raketen-Aufrüstung der Nato. Der amerikanische Verteidigungsminister M c E l r o y hat diese Pläne offenherzig bekanntgegeben. Sie zielen darauf ab, nunmehr Europa und den Nahen Osten zu Raketen- und Atom-Basen der Nato auszubauen. Diese Planung aber ist eng ver-

knüpft mit der Umstellung der amerikanischen Rüstung auf Raketen- und Atom-Waffen. Die stets vorzüglich orientierte Neue Zürcher Zeitung meldete dazu am 27. November in einem Eigenbericht aus Washington, die offizielle Version von der Erkrankung Eisenhowers, wonach der Präsident in der Lage sei, die wichtigsten Entscheidungen selbst zu fällen, sei „wahrscheinlich eine allzu optimistische Beurteilung der Lage, ganz besonders in einem Zeitpunkt, da die Rivalität der drei Wehrmachtsteile im Hinblick auf den Raketenbau besonders ausgeprägt ist und von einzelnen Industrien, die an Aufträgen Interesse haben, noch geschürt wird."

Dieser Dschungel von Interessenkämpfen ist der Geburtsort der neuen Nato-Konzeption. Unverhohlener als in der eben zitierten Meldung läßt sich kaum formulieren, in welch erschreckender Weise hier „Freie Wirtschaft", Rüstungsgeschäft und Weltpolitik verknüpft sind. Neben der national-psychologischen Abwälzung der Desillusionierung steht hier die wirtschaftspolitische, die sich jener propagandistisch zu bedienen weiß.

Herrschaft der Angst

Es ist nicht wichtig, die Einzelheiten der neuen Nato-Planung und das auf den Gegensatz der nationalen Sonderinteressen zurückzuführende Hin und Her in der westlichen Öffentlichkeit im einzelnen zu diskutieren. Gemessen an der amerikanischen Entschlossenheit, die Aufrüstung und Einkreisungspolitik konsequent fortzusetzen, sind diese Streitereien und Eifersüchteleien von sekundärer Bedeutung, wenngleich sie offenbar machen, welche Hypotheken die „Freie Welt" mitschleppt. Die Aufmerksamkeit aber muß allein der Grundkonzeption gelten, um so mehr, als die heutige amerikanische Regierung bereits auf der am 16. Dezember in Paris beginnenden Gipfelkonferenz der Nato mit ihren konkreten Plänen hervortreten und entscheidende Vereinbarungen mit den Nato-Partnern treffen will. Es ist nicht zu früh — sondern fast zu spät, um diesen Plänen öffentlich entgegenzutreten! Sie werden Europa noch enger als bisher an die strategischen Interessen der USA und ihre Politik des Kalten Krieges binden. Aber sie werden nunmehr auch Europa zum strategischen Schlüsselgebiet machen und damit zum bevorzugten Ziel für sowjetische Raketen- und Atom-Waffen. Das ist die elementare militärische Logik; ihr entspricht die politische: der verstärkte Ausbau Europas zur Nato-Raketen-Festung, das fortgesetzte und intensivierte militärpolitische Engagement der USA auf dem Kontinent müssen eine langfristige politische Lösung der weltpolitischen Gegensätze nunmehr vollends unmöglich machen. Die Folgen liegen auf der Hand: verstärkter politischer Druck und verstärkte Rüstung der Sowjetunion in ihrem politisch-militärischen Vorfeld Osteuropa. Es sind die Dulles und Adenauer, die Herrn Ulbricht weiterhin im Amte bestätigen werden... Der vorgesehene Ausbau Europas zur Raketenfestung wird Angst und Haß schaffen, das wirtschaftliche Potential der europäischen Mächte noch mehr als bisher durch die Rüstungsausgaben belasten (ohnehin sind für die Bundeswehr für 1958 rund 11 Milliarden DM vorgesehen). Aber nicht allein diese gesamteuropäische Fragwürdigkeit des Konzepts hat uns zu beschäftigen. In dem nun verschärften Rüstungswettlauf ist abermals der Bundesrepublik eine besondere Rolle zugedacht. Nicht allein wegen ihrer strategischen Lage, die unvergleichlich exponiert ist, sondern auch schon darum, weil Washington von vornherein mit der Willfährigkeit der Regierung Adenauer rechnen kann gegenüber allen Konzepten, die den Kalten Krieg wieder verschärfen. Und wenn heute neben der militärtechnischen Aufrüstung der Nato auch eine politische Integration der einzelnen Nato-Staaten geplant wird, zu der gerade die Bonner Regierung eilfertig drängt (im Zusammenspiel mit Frankreich und dem professionellen Europa- und Nato-Manager Spaak), so bedeutet das nicht weniger als die bewußte Preisgabe des letzten, ohnehin schon geringen politischen Spielraumes, der

der westdeutschen Politik noch geblieben war und es ihr ermöglicht hätte, innerhalb der Nato auf eine langsame Entspannung im Ost-West-Konflikt hinzuarbeiten und die Verbündeten von der Zweckmäßigkeit einer solchen Entspannung ebenso wie von der Notwendigkeit der deutschen Wiedervereinigung unter friedenssichernden Bedingungen zu überzeugen. Die jetzige Politik des Westens aber wird eine weitere Integration der Ostzone in das östliche Bündnissystem zur Folge haben und mit der Trennung auch den militärischen Antagonismus der beiden deutschen Teilstaaten radikal verschärfen.

Die jetzt vorgesehenen neuen politischen Bindungen beinhalten jedoch noch etwas anderes. Sie machen die Bundesrepublik offen zum Komplizen des westlichen Kolonialismus. Gerade den kolonialistisch-reaktionären herrschenden Kreisen Frankreichs erscheinen sie als das geeignete Mittel, das wirtschaftliche und mittelbar auch das militärische Potential in den Kampf gegen die algerische Freiheitsbewegung einzuspannen. Westdeutschland wird nicht allein zum drohenden Raketen-Stützpunkt der USA — es wird auch zum Verbündeten der Kolonialisten alten und neuen Stils und damit zum Todfeind der um ihre nationale Freiheit und soziale Emanzipation kämpfenden farbigen Völker. Das Feigenblatt der Ideologie der „Freien Welt" ist längst verwelkt und die Glaubwürdigkeit des westlichen Moralismus solange gering, als dieser Westen überall seine imperialen Positionen verzweifelt festhält, ganz zu schweigen von dem Neu-Kolonialismus der USA, der Stützpunkt-Politik. Der amerikanische Negerdichter Richard Wright hat diesem vom politischen wie vom moralischen Selbstbetrug lebenden Nato-Westen gesagt: „Die westliche Welt weiß heute noch nicht recht, wie hart und unmenschlich sie auf alle wirkt, die außerhalb ihrer Grenzen leben."

Wenn es das amerikanische Ziel ist, Europa nunmehr zur Raketenbasis auszubauen, so ist es die Absicht der europäischen Nato-Mächte, ihren nationalen Kolonialismus mittels der politischen Integration des westlichen Blockes zu verteidigen. Nicht allein die weltpolitische Gefahr wird ungeheuer erhöht, sondern auch die Lösung der für den Westen immer belastender werdenden kolonialen Fragen wird weiter verzögert, ohne daß damit die Emanzipation der farbigen Völker aufgehalten wird. Angst und Haß auf beiden Seiten werden auch hier die Folgen sein — die Folgen der Flucht in die Rüstung.

Die Front der Vernunft

Die amerikanische Regierung war offenherzig genug, ihre Pläne bereits bekanntzugeben und die Pariser Gipfelkonferenz für ein Schlüsseldatum der westlichen Strategie zu erklären. Sie tat es inbesonders, weil sie offensichtlich das Bedürfnis hat, sich selbst und dem Westen in diesem Augenblick der politischen und militärtechnischen Desillusionierung „Stärke" und „Entschlossenheit" zu suggerieren ... Daß damit zugleich politische Besonnenheit und Vernunft abgewürgt und ein rüstungspolitisches fait accompli vorbereitet werden soll, haben wir bereits betont. Die Bonner Regierung gibt sich vorsichtiger. Und diese Vorsicht, die sich an den Beschwichtigung- und Ablenkungsversuchen der offiziellen Kreise erkennen läßt, kann als ein erster und ermutigender Erfolg jener „Front der Vernunft" gelten, die sich innerhalb des westlichen Lagers zu bilden begonnen hat. Der öffentliche Unwille und offene Widerstand verantwortungsbewußter und politisch klarsichtiger Kreise gegenüber dem Kurs der Rüstungs-Manager wächst beständig. Längst ist es nicht mehr möglich, diese Stimmen der Vernunft und ihre konkreten politischen Konzeptionen als „kommunistisch" oder „naiv-neutralistisch" zu denunzieren. Der entschlossene Protest der deutschen Atomphysiker gegen die geplante Atomaufrüstung in Westdeutschland hat seine Wirkung ebensowenig verfehlt wie der beschwörende Aufruf Albert Schweitzers gegen die Atomwaffenpolitik der Großmächte. Der

berühmte britische Philosoph und Mathematiker Bertrand Russell hat sich vor wenigen Tagen mit einem Offenen Brief an Eisenhower und Chruschtschow gewandt und eine Friedens- und Abrüstungspolitik im Interesse aller Völker gefordert. Der indische Premierminister Nehru beschwor ebenfalls die beiden Atom-Weltmächte, in geduldige Verhandlungen über einen Abbau der lebensgefährlichen Spannungen und einen Verzicht auf weitere Aufrüstung einzutreten. Der deutsche Atomphysiker Carl Friedrich v. Weizsäcker, einer der Initianten des Göttinger Manifestes gegen die Atomrüstung der Bundesrepublik, hat in der Evangelischen Akademie Loccum noch einmal die Notwendigkeit eines politischen Umdenkens im Zeitalter der Vernichtungswaffen begründet. Zu diesen grundsätzlichen Appellen sind aber auch konkrete politische Vorschläge hinzugekommen, die von den Regierungen des Westens nicht mehr einfach ignoriert werden dürfen. Der polnische Außenminister Rapacki legte einen Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vor, der auf eine Ausklammerung Mitteleuropas aus dem unmittelbaren militärischen Antagonismus der beiden Machtblöcke abzielt. Daß nur eine solche militärpolitische Neutralisierung (zumindest hinsichtlich Raketen- und Atomwaffen) Mitteleuropas einer grundsätzlichen politischen Lösung der deutschen Frage den Weg bereiten kann, hat erst in diesen Tagen wieder der angesehene amerikanische Rußlandkenner und frühere US-Botschafter in Moskau George Kennan in seinen aufsehenerregenden politischen Vorträgen in London betont. Kennan warnte dringend vor der atomaren Aufrüstung Europas, die den Ost-West-Konflikt lebensgefährlich verschärfen müßte. Die Stimme dieses besonnenen amerikanischen Politikers fand sogar ein positives Echo bei der sonst sehr zurückhaltenden Londoner „Times", die sich Kennans schwerwiegenden Bedenken gegenüber der neuen Nato-Konzeption für Europa anschloß.

Alle diese Stimmen zeigen, daß die Vertreter der verstärkten Nato-Aufrüstung längst nicht mehr das Recht haben, für „den" Westen zu sprechen. Um so entschlossener freilich sind ihre Versuche, die Mahnungen zu politischer Vernunft und Warnungen in letzter Stunde um ihre öffentliche Wirkung zu bringen, um so angestrengter ihr Bemühen, hinter den Kulissen ein rüstungspolitisches fait accompli vorzubereiten in der künstlich aufgepeitschten Hysterie des „nationalen Notstandes". Die Stimmen der Vernunft sind aber längst nicht mehr auf angesehene Vertreter des öffentlichen Lebens, auf unabhängig und verantwortungsbewußt denkende Persönlichkeiten beschränkt. Weite Kreise der Labour-Party, die deutsche Sozialdemokratie, die breite Öffentlichkeit der skandinavischen Länder und auch bei uns lehnen den neuen Nato-Kurs ab. In Norwegen und Dänemark ist dabei die politische Entscheidung maßvollen und verantwortungsbewußten Regierungen anvertraut, die in Übereinstimmung sind mit der öffentlichen Meinung. Sie weigern sich, ihre Länder strategisch zu exponieren durch die Übernahme amerikanischer Raketenbasen, und sie scheuen sich nicht, in Washington diese Ablehnung zu vertreten. Bereits am 25. 11. meldete die „Neue Zürcher Zeitung" aus Stockholm, was inzwischen seine Bestätigung gefunden hat: „In schwedischen Pressekommentaren zur wehrpolitischen Situation in Norwegen rechnet man damit, daß eine Bereitstellung von sogenannten Mittelstrecken-Lenkraketen mit einer Reichweite bis zu 2400 km in Norwegen wohl auf Widerstand stoßen dürfte, um so mehr, als solche Waffen schon aus Kostengründen mit Atomladungen versehen werden müßten. Die norwegische Arbeiterpartei hat sich bereits im vergangenen Frühjahr an ihrem Landeskongreß in einer Resolution gegen eine nukleare Bewaffnung der norwegischen Streitkräfte ausgesprochen, und diese Stellungnahme wird vorläufig als für die Regierung bindend betrachtet."

Bonn spielt Versteck

Man sollte annehmen, daß schon angesichts der von vornherein besonders exponierten Lage Deutschlands und auch mit Rücksicht auf das Problem der deutschen Wiedervereinigung die deutsche Bundesregierung eine ebenso verantwortungsbewußte Haltung einnehmen und das Problem der Atom- und Raketenaufrüstung auf deutschem Boden zunächst gründlich prüfen würde. Aber es überrascht kaum, daß Bonn wieder einmal mit frevelhaftem Übereifer die Rolle des allergetreuesten Dieners der amerikanischen Strategie übernommen hat. Und wenn heute plötzlich aus offiziösen Kreisen der Bundeshauptstadt fast täglich Beschwichtigungsversuche kommen, so zeigen sie nur, mit welch schlechtem Gewissen die Bundesregierung daran ist, die Bundesrepublik auf den Pfad tödlicher Unsicherheit zu führen. Die Ablenkung auf ganz sekundäre Probleme, glaubwürdige Dementis ganz belangloser Dinge sind an der Tagesordnung. Jedermann weiß aber aus amerikanischem Munde längst, daß die USA selbst Bonn „bitten" werden, einmal der Ausrüstung der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland mit Raketenwaffen und zum anderen der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr „zuzustimmen". Im Anschluß an Brentanos Blitzbesuch in Washington meldete DPA: „In Washingtoner politischen Kreisen glaubt man annehmen zu dürfen, daß Brentano der beabsichtigten Errichtung von Raketenstützpunkten auf deutschem Gebiet keinen Widerstand entgegensetzt." Man weiß in Washington sehr gut, daß man der Regierung Adenauer alles zumuten darf, weil diese Regierung bereit ist, ihrem eigenen Volk alles zuzumuten. Die Frage, ob nur die amerikanischen oder auch die bundesdeutschen Streitkräfte nuklear aufgerüstet werden, ist dabei sekundär gegenüber der grundsätzlichen Planung, die in jedem Falle Westdeutschland zum Raketenstützpunkt der Nato machen soll. Und ebensowenig ist es belangvoll, ob diese Ausrüstung schon morgen oder erst übermorgen erfolgen wird. Die neueste Bonner Ablenkungsmethode, auch sie einfältig genug, aber auch Zeichen der Nervosität in den Kreisen der Regierung, besteht darin, zu erklären, die Frage der Raketenwaffen sei noch gar nicht akut ... Man spekuliert dabei auf die Vergeßlichkeit der Deutschen, die doch im November in ihren Zeitungen die Interviews der verantwortlichen amerikanischen Politiker zu diesen Problemen lesen konnten und um die Geschäftigkeit wissen müßten, die hinter den Kulissen vor allem Herr Strauss entfaltet. Freilich: aus rein technischen Gründen wird tatsächlich die sofortige Lieferung der Fernwaffen noch nicht möglich sein. Aber auch das ist sekundär gegenüber dem Faktum, daß auf der Pariser Gipfelkonferenz eine grundsätzliche Einigung über die Strategie der Nato und über die Rüstungs- und Stationierungsplanung getroffen werden soll, politisch und militärpolitisch in Paris die Weichen gestellt werden. Die Verwirklichung der Pläne wird Zeit brauchen. Es wird eine Zeit vermehrter Unsicherheit Europas sein, von dem die Sowjets dann wissen, daß es in einigen Jahren Abschußbasis von Waffen sein wird, die bis Moskau und Leningrad reichen. Es werden Jahre der fieberhaften Rüstung, der Erhöhung der Militärausgaben, der verschärften Militarisierung des gesamten Lebens sein — nicht zuletzt in der Bundesrepublik. Das noch immer wachsende Mißtrauen gerade der osteuropäischen Völker einem aufgerüsteten Deutschland gegenüber wird diese Völker auch weiter zu Verbündeten ihrer kommunistischen Regierungen machen, denen es angesichts der Bonner Nato- und Ostpolitik leicht wird, von den Gefahren des neuen deutschen Militarismus zu sprechen.

Die letzte Stunde

Die Bundesregierung hat allen Grund, ihre gefährlichen Pläne in einem Augenblick zu verschleiern, zumindest zu verharmlosen, wo die Fassade des Wirtschaftswunders abzubröckeln und offenbar zu werden beginnt, in welchem Maße die deutsche Wirtschaft nicht nur einem Druck der großindustriellen Interessenten aus-

geliefert ist, sondern auch von den Rüstungslasten abhängt. Der unaufhaltsame Preisanstieg seit dem Wahlsieg Dr. Adenauers ist nichts anderes als der Preis, den der westdeutsche Bundesbürger nun zu zahlen hat. Die Bundesrepublik erntet heute wirtschaftspolitisch wie außenpolitisch, was die Bundesregierung seit 1950 gesät hat. Und es wird ihr diese Aussaat von Tag zu Tag teurer zu stehen kommen. Um so dringlicher ist die entschlossene Opposition aller friedenswilligen und einsichtigen Kreise, die in der verhängnisvollen Abwälzung aller gesellschaftlichen und politischen Probleme auf eine Forcierung der Aufrüstung den Keim einer neuen Weltkatastrophe erkennen. Es muß insbesondere von der SPD in diesem Augenblick der Mut und die Klarsicht zu einer entschiedenen Absage gegenüber allen Regierungsplänen erwartet werden, die darauf abzielen, indirekt die deutsche Oppositionspartei in ihre Raketenrüstungskonzeption einzuspannen. Die deutsche Sozialdemokratie wird jede Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie es abermals bei platonischen Protesten bewenden läßt und sich schließlich in das vorbereitete fait accompli fügt — anstatt rechtzeitig an die Spitze aller der Kräfte zu treten, die wissen, an welchem weltpolitischen Kreuzweg auch die Bundesrepublik steht. Zwar sind Einfluß und Entscheidungsfreiheit Westdeutschlands (nicht zuletzt dank der engen Bindung an die Nato) relativ gering. Aber es liegt ohne Frage auch in deutscher Hand, ob Deutschland und Europa zum Kampfplatz eines verewigten Kalten oder gar zum Leichenfeld eines Heißen Krieges werden, oder ob allmählich einer weltpolitischen Klimaänderung der Weg bereitet wird. Was der norwegischen und dänischen Regierung möglich ist, von denen niemand behaupten wird, sie seien „sowjetisch infiziert", muß vollends der westdeutschen Regierung möglich sein. Heute aber ist es deutlich, daß alle drei westeuropäischen Großstaaten ein Ost-West-Gespräch zwischen den USA und der Sowjetunion über eine Befriedung und Abrüstung aus nationalem Egoismus zu torpedieren suchen. Darum opfert die westdeutsche Regierung wiederum die deutsche Friedensverantwortung und das deutsche Friedensinteresse (das mit dem europäischen identisch ist) den Nato-Plänen auf, von der deutschen Wiedervereinigung ganz zu schweigen. Und sie tut es unter den Vorzeichen einer politischen Konzeption, die seit Jahr und Tag, vollends seit dem Sputnik, des Illusionismus überführt worden ist. Die Zustimmung der Bonner Regierung zu den militärischen und politischen Nato-Plänen besiegelt jenen Selbstbetrug des Westens, wie er sich in der fortgesetzten Flucht in die Rüstung darstellt. Die geistige Verödung in der industriellen Massengesellschaft, der gemanagte Konformismus, wuchert weiter; die kolonialistische Hypothek wird immer schlimmer. Vor der konstruktiven Bewältigung dieser seiner ureigenen Lebensprobleme weicht der Westen immer wieder aus. Aber um so mehr werden diese Probleme selbst weiterwuchern, unlösbarer werden auf Grund hundertfacher Versäumnis. Und in dem Maße, als der Westen im eigenen Hause versagt, vermag der Kommunismus zu triumphieren. Das Selbstbewußtsein des sowjetischen Systems im 40. Jahr seines Bestehens erlaubt es Chruschtschow heute schon, den Westen zu einem Wettbewerb im Kampf um den Wohlstand aufzufordern. Chruschtschow hat auch ausdrücklich erklärt, daß jeder neue Weltkrieg, gleich wer ihn beginnt, gleich wer ihn gewinnt, eine einzige Katastrophe für alle Völker sein würde und auch den Kommunismus teuer zu stehen käme. Es liegt am Westen, die Herausforderung zu solchem Wettbewerb des Friedens anzunehmen, seine eigenen geistigen, moralischen und materiellen Reserven hierfür zu aktivieren und damit auch sein Prestige in den Teilen der Welt wieder zu erhöhen, die heute noch angesichts der Erfahrungen mit dem westlichen Kolonialismus in der Sowjetunion ihren natürlichen Verbündeten sehen. Nur ein solcher Konkurrenzkampf zwischen Ost und West kann einmal einen neuen Weltkonflikt selbst verhindern und zum anderen allmählich die Konfliktstoffe zwischen den Machtblöcken, den Gesellschaftssystemen, den Völ-

kern aus der Welt schaffen und zu einer Kooperation aller Völker führen. Und einzig darin liegt auch die Chance des Westens. Der Schritt aus dem Teufelskreis von Krise und Rüstung ist aber für ihn nur möglich, wenn es gelingt, das Monopol der Manager und der Manipulatoren des Massen-Konformismus zu brechen. Das gilt insbesondere für Westdeutschland. Das christliche Feigenblatt, dessen diese Manager sich bedienen, hat im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Praxis seine Glaubwürdigkeit ein für alle mal verloren. Ihnen die Alleinherrschaft zu entreißen und der konstruktiven, verantwortungsbewußten Vernunft, dem Lebens- und Friedensinteresse aller ein wirksames politisches Mitspracherecht zu sichern, ist die Forderung des Tages. Sie richtet sich in erster Linie an die SPD. Aber weit über deren Kreis hinaus geht heute schon die Ahnung, daß die Bundesregierung dabei ist, den Weg zur Katastrophe unabänderlich zu machen und allen politischen Lösungen unübersteigbare Hindernisse in den Weg zu stellen. Nur die entschlossene öffentliche Demonstration der Empörung gegenüber diesen Plänen kann heute wirksam sein. Es geht vorerst um nichts anderes als einen Stop der westdeutschen und der Aufrüstung auf deutschem Boden. Eine Notgemeinschaft a l l e r tut not, die sich in dieser lebensentscheidenden Frage eins wissen. Es liegt an uns, der Bundesregierung in allerletzter Stunde in den Arm zu fallen und unser gemeinsames Schicksal vor der tödlichen Logik des Wettlaufs der Macht zu retten. Nicht an ihren Deklamationen, sondern an ihren Taten wird die deutsche Bundesregierung gemessen werden. Heute ist sie bereit, die Raketen-Lawine heraufzubeschwören „um der Freiheit willen". Es ist die Freiheit zum Tode, der diese Planung uns ausliefert. Denn einzig Taten des F r i e d e n s sind im Zeitalter der inter-kontinentalen Vernichtungswaffen Taten der F r e i h e i t. Die Flucht in die Rüstung steigert nur Haß und Angst und sie verzögert nur die Lösung aller Lebensprobleme der westlichen Welt. Sie ist nicht Ausdruck der Stärke, sondern der inneren Schwäche, des Selbstbetrugs, und es ist an uns, den Westen und die ganze Welt vor dieser selbstmörderischen Flucht in die Rüstung in dieser letzten Stunde zu bewahren.

H a n s H e n n y J a h n

Der Mensch im veränderten Weltbild

I

Wenn ich wage, mit vielen Bedenken, als Schriftsteller Bemerkungen zum Beginn des Atomzeitalters, unseres Zeitalters zu machen, so tue ich es mit dem ausdrücklichen Privileg jener Narrenfreiheit, die man noch (sicherlich nicht mehr sehr lange) hier dem Dichter, dem Individualisten zugesteht.

Wir stehen am Anfang des Atomzeitalters, so sagt man. Es ist zu fragen: was ist das? Ist es ein sich vorbereitender Geschichtsabschnitt, in dem die seelische und körperliche Beschaffenheit des Menschen spürbar verwandelt, verbessert oder verschlechtert wird? Man wird nichts Erschöpfendes antworten können. Es gibt in Wirklichkeit sehr viele, mit verschiedenen Farben gefärbte Fenster, durch die man der Zukunft entgegenschauen kann. Sie selbst wird in ihrer wahren Gestalt und Be-

kern aus der Welt schaffen und zu einer Kooperation aller Völker führen. Und einzig darin liegt auch die Chance des Westens. Der Schritt aus dem Teufelskreis von Krise und Rüstung ist aber für ihn nur möglich, wenn es gelingt, das Monopol der Manager und der Manipulatoren des Massen-Konformismus zu brechen. Das gilt insbesondere für Westdeutschland. Das christliche Feigenblatt, dessen diese Manager sich bedienen, hat im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Praxis seine Glaubwürdigkeit ein für alle mal verloren. Ihnen die Alleinherrschaft zu entreißen und der konstruktiven, verantwortungsbewußten Vernunft, dem Lebens- und Friedensinteresse aller ein wirksames politisches Mitspracherecht zu sichern, ist die Forderung des Tages. Sie richtet sich in erster Linie an die SPD. Aber weit über deren Kreis hinaus geht heute schon die Ahnung, daß die Bundesregierung dabei ist, den Weg zur Katastrophe unabänderlich zu machen und allen politischen Lösungen unübersteigbare Hindernisse in den Weg zu stellen. Nur die entschlossene öffentliche Demonstration der Empörung gegenüber diesen Plänen kann heute wirksam sein. Es geht vorerst um nichts anderes als einen Stop der westdeutschen und der Aufrüstung auf deutschem Boden. Eine Notgemeinschaft a l l e r tut not, die sich in dieser lebensentscheidenden Frage eins wissen. Es liegt an uns, der Bundesregierung in allerletzter Stunde in den Arm zu fallen und unser gemeinsames Schicksal vor der tödlichen Logik des Wettlaufs der Macht zu retten. Nicht an ihren Deklamationen, sondern an ihren Taten wird die deutsche Bundesregierung gemessen werden. Heute ist sie bereit, die Raketen-Lawine heraufzubeschwören „um der Freiheit willen". Es ist die Freiheit zum Tode, der diese Planung uns ausliefert. Denn einzig Taten des F r i e d e n s sind im Zeitalter der inter-kontinentalen Vernichtungswaffen Taten der F r e i h e i t. Die Flucht in die Rüstung steigert nur Haß und Angst und sie verzögert nur die Lösung aller Lebensprobleme der westlichen Welt. Sie ist nicht Ausdruck der Stärke, sondern der inneren Schwäche, des Selbstbetrugs, und es ist an uns, den Westen und die ganze Welt vor dieser selbstmörderischen Flucht in die Rüstung in dieser letzten Stunde zu bewahren.

H a n s H e n n y J a h n n

Der Mensch im veränderten Weltbild

I

Wenn ich wage, mit vielen Bedenken, als Schriftsteller Bemerkungen zum Beginn des Atomzeitalters, unseres Zeitalters zu machen, so tue ich es mit dem ausdrücklichen Privileg jener Narrenfreiheit, die man noch (sicherlich nicht mehr sehr lange) hier dem Dichter, dem Individualisten zugesteht.

Wir stehen am Anfang des Atomzeitalters, so sagt man. Es ist zu fragen: was ist das? Ist es ein sich vorbereitender Geschichtsabschnitt, in dem die seelische und körperliche Beschaffenheit des Menschen spürbar verwandelt, verbessert oder verschlechtert wird? Man wird nichts Erschöpfendes antworten können. Es gibt in Wirklichkeit sehr viele, mit verschiedenen Farben gefärbte Fenster, durch die man der Zukunft entgegenschauen kann. Sie selbst wird in ihrer wahren Gestalt und Be-

leuchtung nicht sichtbar werden. Alles zukünftige Geschehen ist nur vermutbar; wir wissen nichts verläßliches.

Die Phantasten haben Wunschträume aller Art bereit. Einfältige Wundergläubige, einfache Menschen, werden mittels verführerischer Berichte in das Gespensterreich unfehlbarer und womöglich unverwüstbarer Maschinen eingelassen. Aber es bleibt bestehen, daß wir uns in höchster Gefahr befinden. Mag die überwiegend durch Gewissensprüfung nicht gesteuerte Phantasie des Menschen in den Himmel, sei er nun oben, unten oder überall, reichen; die Realitäten bleiben unerbittlich. Die Menschheit spielt unüberlegt, voreilig, mit einem nicht ganz einwandfreien Hirn ausgestattet, um ihre Existenz. Es sind Verwandlungen der Substanz Mensch zum Unhumanen hin, zum Kollektivismus feststellbar, die nicht anders, so oder so, als verhängnisvoll enden können. Die Menschheit tritt, unbestreitbar, mit Vorbelastungen in dies Zeitalter, mit abwegigen Vorurteilen, alten Grausamkeiten, mit gespenstischen Unnatürlichkeiten und mit unausgelöschter Dummheit.

Es ist müßig, die Einzelheiten kriegerischer Vorbereitungen zu beschreiben, etwa die Kampfmittel, mögen sie chemischer, bakteriologischer oder atomarer Art sein. Aber es ist sinnvoll, die Zahl der Toten zu nennen, die vor einem totalen Sieg, aber dem Sieg des Todes, aufgehäuft werden. Schon jetzt oder binnen sehr kurzer Zeit können Tausende von Bombern und Raketen eingesetzt werden. Die Erdkugel, die wir bewohnen, kann die Explosionen nicht nur vieler tausend Atombomben erleben, sondern auch solcher mit harter und langer Strahlenwirkung, wie die des Kobalts. Ein militärischer Großkrieg bedeutet: 1 Milliarde Menschen zu töten, bewußt, vorausberechnet, und die Zerstörung aller Werte, die wir bisher als Kulturgüter bezeichnet haben, zu bewerkstelligen.

Die Hundertzahl der frühen Warner, wie Harald Uray, Otto Hahn, Albert Einstein, Niels Bohr, Oppenheimer, Marcus L. Oliphant, Sturtevant, Linus Pauling, H. J. Muller, Bertram Russel, Alexander Topchie und wie sie alle heißen, ist inzwischen auf viele tausend angestiegen. Aber alle müssen sich einstweilen darauf beschränken, Einsicht zu verbreiten, und das mit dem beschämenden Wissen, daß Einsicht vorläufig noch wenig gegen die ungeheure Masse des Nichtverstehens vermag. Die entschiedenen Voraussagen der Physiker haben keine erkennbare Revolution in der öffentlichen Gesinnung hervorgerufen. Selbst in den Reihen der Kernforscher finden sich Männer, die in konservativer Halsstarrigkeit ausharren, sich den Machtansprüchen ihrer Auftraggeber weiter zur Verfügung stellen und hoffen. — Auf was hoffen sie? Und wer bezahlt ihnen diese Hoffnung, die nicht genannt werden kann?

Die Wissenschaftler mit hohem Verantwortungsbewußtsein — und reichte ihre Zahl an die Hunderttausend heran— vermögen nur wenig; sie bleiben Vereinzelte gegenüber den Milliarden. Auch die Schriftsteller, die ihre Meinung durch Gewissensprüfungen gereinigt haben, sind als Verbündete fast wertlos. Man kann den ganzen Troß der Warner und Prediger sogar erledigen, wenn ihre Erkenntnisse, in die Öffentlichkeit getragen, zu lästig werden. Dafür gibt es Beispiele — seit jeher. Und auch die große Zahl, wenn sie nicht demokratisch bemehrheitet ist, bleibt fragwürdig, sofern man es höheren Orts so will. Auch dafür gibt es Beispiele — seit jeher. Daß man selbst auf engem Raum Millionen hinterrücks vernichten oder ausschalten kann — diese Erfahrung liegt gerade hinter uns.

Die Betrachtungen über den Beginn des Atomzeitalters erschöpfen sich selbstverständlich nicht damit, daß man die Vernichtung der Menschheit in einem Atomkrieg als möglich oder wahrscheinlich hinstellt, wenn auch der Hang des Menschen zur Zerstörung durch die Geschichte genügsam bewiesen worden ist. Ein primitiver Gedanke der Rache oder Vergeltung gibt seit jeher die Legitimation für barbarische Gefühle und Handlungen. Damit wird man auch im Atomzeitalter einstweilen unverändert rechnen müssen. Aber es gilt auch, sich andere Gefahren klar

zu machen, die mit der Erzeugung friedlicher Atomenergie verbunden sein können. Grundsätzlich nämlich erfolgt die Gewinnung so gearteter Energie auf dieselbe Weise wie die Explosion einer Bombe. Der Unterschied besteht einzig darin, daß man die Reaktion derartig verlangsamt, daß sie nicht zur Schnelligkeit einer Detonation führt. Ein Teil der aktiven Masse wird in beiden Fällen in mehr oder weniger radioaktive Elemente zerlegt. Es entsteht also auch in den Atomkraftwerken Atommüll, dessen Menge z. B. bei der Umstellung der gesamten englischen Elektrizitätswirtschaft auf jährlich 20 t radioaktiver Produkte berechnet worden ist. So bestehen denn ernste Bedenken, den Bau großer Atomreaktoren in dicht besiedelten Gebieten zu betreiben. Die USA und Rußland verfügen, im Gegensatz zu Europa, immerhin über weite Wüstengebiete.

Man glaubt — trotz gegenteiliger Erfahrung — an die „Gutartigkeit" des Menschen, an den menschlichen Witz oder an die Vorsehung, die auf nebelhafte Weise in den Totalvorgang hineingewoben scheint. Außerdem bemüht sich die Propaganda, das Schreckbild zu verkleinern. Die berufsmäßigen Strategen versuchen geradezu, den kleinen, harmlosen, den örtlich begrenzten Atomkrieg, möglichst mit „sauberen", soll heißen wenig Radioaktivität verbreitenden Atomsprengkörpern, auf die Beine zu stellen, damit die Institution Krieg nicht aufhöre und die Apparate der Wehrhaftigkeit im Laufe der Jahrzehnte nicht überflüssig werden.

II

Das Atomzeitalter beginnt mit einer Zwangsbewirtschaftung des Geistes; auch der Schriftsteller wird mehr und mehr in den Konformismus des die Wahrheit Nicht- oder nur Halb-Sagens hineingepreßt. So ist es zu verstehen, daß der Biologe, Nobelpreisträger Prof. Dr. H. I. Muller von der Indiana Universität in Bloomington auf der Genfer Konferenz der Atomforscher seinen Vortrag „Strahlenwirkung und Mutation beim Menschen" nicht verlesen durfte. Die amerikanische Regierung hatte seine Ausführungen nicht gutgeheißen; sie erschienen als zu düster. Auch in Kopenhagen, im vorigen Jahre noch, gab es bürokratische Behinderungen, die beinahe dazu geführt hätten, daß dieser große Biologe das Wort nicht hätte ergreifen dürfen. Sein Name steht jetzt nach dem des Linus Pauling an zweiter Stelle unter dem Aufruf der 2000 Gelehrten Amerikas, die, wie die 18 deutschen, gemeinsam warnen. Der Dichter Henry Miller, einer der bedeutendsten Wortführer der amerikanischen Opposition, sagt unumwunden: „Bereits erlebten wir zwei Weltkriege und haben Aussicht auf weitere, bevor das Jahrhundert zur Neige geht. Haben wir den Tiefpunkt schon erreicht? Noch nicht. Die geistige Krise des 19. Jahrhunderts ist lediglich durch den geistigen Bankerott des zwanzigsten abgelöst worden. Es ist die Zeit, da ‚die Mörder umgehen'; daran besteht kein Zweifel. Politik ist zu einem Geschäft von Gangstern geworden. Die Völker marschieren in den Himmel, aber sie rufen nicht Hosianna; die hieniden marschieren den Brotschlangen entgegen."

Wir sind geistig ärmer geworden. Das gewaltige Gebäude neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse beherbergt keine neue, für uns brauchbare Ethik. Elektronen-Gehirne sind einer Gewissensprüfung nicht fähig. Sie kennen nur zwei Aussagen: Lösung — Nichtlösung. Aber sie greifen in Entscheidungen ein, die möglicherweise das Sein des Lebens oder das Nichtsein bedeuten. Daß eine Unzahl von Technikern und Gelehrten sich der Gewissensbefragung enthalten, ist aus ihren Experimenten ableitbar, in denen Tiere und Menschen den entsetzlichsten Foltern ausgesetzt werden. „Zwölf junge Männer, Kriegsgegner aus religiösen Gründen, werden im Herbst mit einer aus Lebensmitteln, die Atombestrahlung ausgesetzt waren, bestehenden Diät beginnen." Das ist eine der ungeheuerlichen Zeitungsnachrichten (AP 24. Juli 1955). Die Menschheit und ihre Vertreter in der weltlichen Macht und im Glauben sind völlig unvorbereitet, den Gefahren unserer Zeit zu begegnen. Die Achtung vor

dem Leben ist geschwunden, die Achtung vor den Wohltaten der nicht vergewaltigten Schöpfung. Unser archaischer Glaube ist falsch; er verhindert nichts. Er beläßt es dabei, daß der Mensch zu allem fähig ist und Fortschritt der Sittlichkeit nicht bedürfe. Nicht einmal das ureigenste Problem, die ungemäße Vermehrung der Menschheit, ist in die religiöse Betrachtung unserer Tage eingeschlossen.

Kluge Theoretiker, die die Geschichte abstrakt betrachten und die Eroberungen und Unterdrückungen, wann auch immer und wo auch immer, als „Landnahme" bezeichnen, versuchen ganz vergebens, den Kolonialvölkern einzubilden, daß die Vorherrschaft des weißen Mannes den Lebensstandard erhöht oder das Land kultiviert hätte. Und Beschwörungen gar etwa solcher Art, eine plötzliche Befreiung, eine uneingeschränkte Selbstverwaltung würden erst einmal Rückschritt bedeuten, bleiben mit Recht ohne Eindruck auf jene, die sich unterjocht und ausgebeutet fühlen. Die nicht vergessen haben, was man ihnen und ihren Vorfahren angetan hat, die wissen, daß man den eingeborenen Arbeitern auf den Plantagen vielleicht nur ein Hundertstel des Lohnes bietet, den man einem bequem lebenden kleinen importierten Kolonialbeamten ausschüttet; und die wissen, daß sie im hohen Maße von der Freiheit und völlig von der Gleichheit und Brüderlichkeit ausgeschlossen sind.

Etwas sträubt sich in mir, auch nur andeutungsweise zu wiederholen, was sich an Erbärmlichkeit und Brutalität in unserer Zeit abspielt. Die 50 Millionen Toten der eingebildeten Tausend Jahre sind verascht und allmählich verwest. Schlimm, daß die Deutschen sie aus ihrem Bewußtsein verdrängen und keine Lehre aus der Verirrung gewonnen haben. Seitdem haben wir abermals Kriege und Grausamkeiten gehabt. In einer Zeitung, es war wohl eine der Ausnahmezeitungen, las ich, daß französische Kommando- oder Regierungsstellen auf Madagaskar Eingeborene lebend von Flugzeugen über ihre Dörfer abgeworfen haben, um als Abschreckung bei einem lokalen Aufstand zu wirken. In Nordafrika gibt es Kämpfe. Sadistische Racheakte sind an der Tagesordnung; sie gelangen zur Kenntnis der Öffentlichkeit, obgleich eine schroffe Zensur die Nachrichten darüber zu unterdrücken versucht. Von Okinawa berichten japanische Stellen etwas anderes als der Dramenautor des „Kleinen Teehauses", der ein Idyll entwarf und mittels eines expansiven Theatererfolges die Wahrheit in der Versenkung verschwinden ließ, die Wahrheit vom Schicksal der Inselbewohner eines militärischen Stützpunktes. Revolten, Aufstände und Militärputsche in Mittel- und Südamerika mit ihren Kämpfen, Erschießungen, Meuchelmorden und Einkerkerungen verdünnen sich in den Berichten der Zeitungen zu einem Fast-Nichts. Der schwankende Boden des sogenannten mittleren Ostens — — man denkt an Öl, wie man bei dem Worte Afrika an die Uranvorkommen von Belgisch-Kongo denkt. Als man den unterdrückten Krieg vergessen haben wollte, nahm man in Wien auf einer Ausstellung von Kinderzeichnungen Anstoß an einigen Blättern, hergestellt von unerwachsenen Fellahin, die ihren Eindruck vom Niedersausen englischer Bomben mit Strichen und Farben festgehalten hatten. Man erkannte darin eine „Provokation" der Nationen, die den Überfall durchgeführt hatten.

III

Ist das Urteil gesprochen? Ist das letzte Wort gesagt? Oder gibt es den Weg, daß der einfache Mann auf der Straße den übergeordneten Mächten, den Staatsleuten, Technikern und Wissenschaftlern hilft, eine humane Besinnung zu vollziehen, sich für das Wohl der Menschheit mehr zu interessieren als für den Rekord verhängnisvoller Neuerungen? Ist es möglich, daß mittels bekömmlicher Wahrheiten Freiheit ein gültigeres Wort wird und daß Gleichheit und Brüderlichkeit zu wachsen beginnen? — Wir wollen es hoffen. Wir müssen es hoffen. Wir müssen erwarten, daß der Mensch, der nicht mit sehr viel Friedfertigkeit ausgestattet wurde, sich von der Beschreibung seiner so blutigen Geschichte abwendet und den Engeln, die

immer noch umgehen, abverlangt, daß sie ihn segnen und ihn mit Mitleid, Barmherzigkeit, Vernunft, mit Suchen nach Gerechtigkeit und sinnenhafter Erkenntnis ausstatten. Die Frage, wann die Usipeter und Tenkterer im Gebiet der Menapier den Rhein überschritten, diese Frage nach landnehmenden Horden sollte in den Schulen verstummen. Und Massenmörder, die ganze Völker vernichteten, sollten den Glanz nationaler Größe verlieren. Oder soll unsere Hoffnung die Null sein? Wer will das verantworten? „Nur das notwendige Bedürfnis der großen Massen kann Umänderungen herbeiführen. Alles Bewegen und Schreien der einzelnen ist vergebliches Torenwerk." So Georg Büchner.

So lange wir vernünftige Entscheidungen noch für möglich halten und die Phantasten des Untergangs auf Grund irgendeiner Fehlleistung ihre dunkle Absicht nicht vollenden, muß hervorgehoben, verkündet, geflüstert oder geschrien werden, daß auf dem militärischen Sektor nur noch zwei Entscheidungen möglich sind: totale Vernichtung oder totale Abrüstung. Ein Mittelding mit „militärischen Geheimnissen", Spionage-Strafgesetzen, halben, heimlichen oder verkappten Armeen, umstellbaren Laboratorien und friedlichen Fabriken für kriegerische Zwecke ist zukünftig nicht denkbar, ohne die Gefahr zum Immer-Gegenwärtigen zu machen. Archaische oder konservative Vorstellungen retten die Menschheit nicht in ein Weiterbestehen hinein.

Ohne den Willen zur freundschaftlichen Koexistenz kann es keine Besserung in der Gesinnung weder im Westen noch im Osten geben, einzig Verschlimmerungen. Entweder nehme man Verfinsterung und länderweites Unglück als unabänderlich hin, oder man beseitige die Vorurteile, die man gezüchtet hat, von Grund auf. Atombomben zu besitzen, um damit zu drohen, ohne doch ihre Anwendung zu betreiben, muß politische Niederlagen einbringen. Und sie anwenden zu wollen, den Überfall zu wollen — da befinden wir uns jenseits der humanen Vernunft. Hier, am Schlagbaum vor dem Abgrund, ist die Meinung jedes einzelnen genau so wichtig wie die der Staatsleute und Militärs. Oder will irgendeine Obrigkeit ernsthaft behaupten, die Menschheit habe nur noch zu schweigen und ihren Untergang als Ratschluß Gottes oder als Folge eines politischen Kalküls entgegenzunehmen? — Es kommt auf die Vielzahl der unbekannten einzelnen an; da muß, wie von Weizsäcker sagt, der gemeine Mann den Regierenden helfen, das Richtige zu tun; denn die Regierenden können allein aus dem Gespinst, das sie und ihre Umwelt gesponnen haben, nicht heraus. Das ist milde ausgedrückt.

Kurt Pritzkoleit

Problematik des Gemeinsamen Marktes

165 Millionen Menschen und alte Schranken

Dem Vertrag zur Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft liegt eine Wunschvorstellung und eine Hypothese zugrunde. Beide sind schon in der Definition enthalten, die die Aufgabe der Gemeinschaft umschreibt. Heißt es doch im ersten Teil des umfangreichen Vertragstextes, Aufgabe der Gemeinschaft sei es, „durch die Errichtung eines Gemeinsamen Markts und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten eine harmonische Entwicklung der Wirtschaft innerhalb der gesamten Gemeinschaft, eine beständige und ausgeglichene Wirtschaftsausweitung, eine erhöhte Stabilität, eine beschleunigte Hebung des Lebensstandards und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind."

Die Wunschvorstellung, der das Vertragswerk seine Entstehung verdankt, geht offenbar dahin, „engere Beziehungen" zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft herzustellen. Die Hypothese ist die, daß die Annäherung der vertragschließenden Länder aneinander, die man sich, wie wir noch sehen werden, in letzter Instanz nur als eine politische Annäherung vorstellen kann, mit dem Instrumentarium der wirtschaftspolitischen Angleichung und der wirtschaftlichen Harmonisierung herzustellen ist.

Etwas überspitzt könnte man vielleicht formulieren: Nachdem der Versuch gescheitert ist, im Rahmen der EVG-Konzeption die militärische und politische Integration Westeuropas ins Werk zu setzen, appelliert man jetzt, statt an die Überzeugungskraft einer Ideologie, an die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen, um zu einem annähernd gleichen Ziel, zur Herstellung einer europäischen Schicksalsgemeinschaft zu gelangen, die sich in einer Fülle politischer Entscheidungen bewähren muß.

Freilich, weder im Vertragstext noch in seiner parlamentarischen Interpretation, noch endlich in der publizistischen Erörterung, die die Ratifikationsdebatten ausgelöst hatten, ist der Gesichtspunkt klar zum Ausdruck gebracht worden, daß die Herstellung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in erster Linie einen politischen Tatbestand erfüllt. Denn jede Gemeinschaft mehrerer Länder stellt ein Politikum dar, und namentlich eine mit so weit gesteckten Zielen konzipierte Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie die EWG, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, zu verwirklichen trachtet, setzt den Mut, die Kraft und die Opferbereitschaft voraus, wirtschafts-, handels-, finanz-, währungs-, sozial- und siedlungspolitische Entscheidungen zu treffen, möglicherweise aber auch außen- und militärpolitische Entschlüsse zu fassen, die tief in das Leben der Nation eingreifen.

Der Gedanke, das Gebiet von sechs Staaten zu einem geschlossenen Wirtschaftsraum mit 165 Millionen Menschen, einer Energieerzeugung von 203 Milliarden Kilowattstunden, einer Rohstahlproduktion von 56,7 Millionen Tonnen und einem Welthandelsanteil von 13,1 Prozent zusammenzufassen, scheint auf den ersten Blick ebenso verlockend wie leicht zu realisieren. Aber schon um die erste Etappe auf dem Weg zur Wirtschaftsgemeinschaft, die Zollunion, zu erreichen, müssen bedeutende Hindernisse überwunden werden: Frankreich und Italien haben relativ hohe Zoll-

sätze: sie erheben 22 bzw. 18 Prozent vom Einfuhrwert, die Bundesrepublik und die Beneluxländer dagegen begnügen sich mit einer durchschnittlichen Zollbelastung von 11 bzw. 9 Wertprozent der Importe. Das arithemtische Mittel aus diesen Sätzen, d. h. der durchschnittliche Außenzoll der Gemeinschaftsländer, der gegenüber dritten gelten soll, würde also (22+18+11+9) : 4 = 15 Prozent betragen: Frankreich und Italien müßten ihre Zölle senken, Deutschland und die Beneluxländer sie erhöhen, um auf den gemeinsamen Außenzoll zu kommen; wobei für Rohstoffe, Halbwaren, Erzeugnisse der anorganischen und Produkte der organischen Chemie verschiedene Höchstsätze vorgeschrieben sind.

Gleichzeitig mit der Schaffung des gemeinsamen Zolltarifs werden Schritt für Schritt die bisher zwischen den Gemeinschaftsländern geltenden Zölle und Einfuhrbeschränkungen abgebaut, um so jene Freiheit des inneren Warenverkehrs herzustellen, die ein wesentliches Charakteristikum des gemeinsamen Marktes darstellt.

Das alles scheint sich ziemlich einfach realisieren zu lassen. Und tatsächlich zeigt ja auch die Geschichte der Zollvereinspolitik, wie sie Friedrich List vor mehr als hundert Jahren gefordert und gefördert hat, daß der Gedanke der Zollunion, wenn die Beteiligten es ernst meinen, keine Utopie zu bleiben braucht: Im Jahre 1828 wurden der süddeutsche, der mitteldeutsche und der norddeutsche Zollbund gegründet. 1834 entstand aus dem Zusammenschluß des bayrisch-württembergischen und des preußisch-hessischen Zollvereins mit Sachsen und den thüringischen Staaten der „Deutsche Zollverein", dem bis zum Jahre 1854 nur Mecklenburg, Hamburg und Bremen noch nicht beigetreten waren. Dabei gebietet die historische Gerechtigkeit, ausdrücklich festzustellen, daß die Zollunion der souveränen deutschen Königreiche und Fürstenstaaten reibungslos funktionierte, während gleichzeitig Dutzende verschiedener Geldsorten und Banknoten öffentlicher und privater Kreditinstitute umliefen, währungspolitisch also ein Chaos herrschte, das wir uns heute gar nicht mehr vorstellen können. Im übrigen zeigt die seit dem 1. Januar 1948 bestehende Zollunion der Beneluxländer, daß der Abbau der inneren Zollschranken innerhalb einer ad hoc gebildeten Staatengruppe bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der nationalen Währungsautonomie auch unter den komplizierteren Bedingungen der Gegenwart durchaus keine Unmöglichkeit ist.

Allerdings, auch das muß zugegeben werden: die Weiterentwicklung der Zollunion zur Wirtschaftsgemeinschaft, die die Benelux-Länder versucht oder mindestens beabsichtigt haben, ist im Stadium der Beratungen stecken geblieben. Das Problem erwies sich für ihre Kräfte als unlösbar.

Mit diesen Beispielen aus der Geschichte soll jedoch nicht gesagt werden, daß eine Zollunion leicht, sondern nur, daß sie überhaupt realisierbar ist. Die Zölle gehören, im Gegensatz zu zahlreichen und gerade zu den ergiebigsten Steuern, zum ältesten Arsenal der Finanzpolitik. Sie haben eine historische Tradition, die einen gewissen Respekt fordert. Es liegt ferner in der Natur der Sache, daß sie nicht immer nur als drückend, sondern von denen, deren Wirtschaftstätigkeit sie schützen sollen, als unentbehrliche Hilfe im Daseinskampf empfunden werden. Sie haben sich vielfach als eine wirtschaftsgestaltende Kraft von hohen Graden bewährt, da im Schutze der Zollmauern Gewerbe entstehen oder sich behaupten konnten, die dem freien Wettbewerb nicht gewachsen waren.

Während sich also in Deutschland Stimmen erhoben haben — so geschehen in den Debatten des Bundestages —, die warnend darauf hinwiesen, Westdeutschland stehe im Begriff, „in einen Hochprotektionismus hineinzuschlittern", da seine Außenzölle um ca. 4 Prozent angehoben werden müßten, erwartet man andererseits, daß die von den Zollsenkungen „bedrohten" Gewerbetreibenden Frankreichs und Italiens die Angleichung nicht widerspruchslos hinnehmen werden, die ihnen eine

Minderung des Zollschutzes um 7 bzw. 3 Prozent in Aussicht stellt. Dabei ist das Problem des Außenzolls von verhältnismäßig geringer Bedeutung. Ernst wird die Lage erst, wenn der Abbau der inneren Zollschranken in Gang kommt, namentlich aber, wenn die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt sich zur Diskussion stellt. Denn hier sehen die Vertragspartner sich einmal der in vielen Jahrzehnten entwickelten und verteidigten Tradition autarkischer Bestrebungen, zum zweiten der Realität der im Schutz von Zöllen und Kontingenten gewachsenen Agrarstrukturen, zum dritten aber der Macht der von ihren Organisationen leicht dirigierbaren bäuerlichen Massen gegenüber, die unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Schwierigkeiten auf dem Agrarmarkt ...

Wenn auch, so heißt es sinngemäß im Vertrag, die Schaffung eines vollständig liberalisierten Agrarmarktes unter den gegebenen Umständen nicht möglich scheint, bleibt doch die Aufgabe, etappenweise zu einer „europäischen Marktordnung" zu kommen, außerordentlich schwierig. Gewiß, es klingt leicht und beschwingt, wenn der Vertragstext verheißt, die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik seien die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung, die Stabilisierung der Märkte, die Sicherstellung der Versorgung und die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen.

Aber mit diesen „Zielen" hat es sein eigenes Bewenden. Was bedeutet zum Beispiel die Forderung der Produktivitätssteigerung? In vielen Fällen nichts anderes, als daß alte, seit Väter- und Großvätertagen betriebene Kulturen aufgegeben und durch neue ersetzt, in anderen Fällen, daß arbeits- durch kapitalintensive Wirtschaftsweisen abgelöst werden müssen, mit der Konsequenz, daß an der einen Stelle ein Mangel, an der anderen ein Überschuß an Arbeitskräften spürbar werden wird. Kostspielige Strukturwandlungen und Wanderungsbewegungen werden unausbleiblich sein. Eine veritable Revolution der Arbeits- und Lebensbedingungen ist da für eine wirtschaftlich aktive Bevölkerung von 22,3 Millionen Köpfen in Aussicht genommen und gleichzeitig das Versprechen gegeben worden, der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Dieses doppelte Ziel — Umwälzung der agrarischen Wirtschaftsweisen und Sicherung des bäuerlichen Lebensstandards — wird sich, wenn überhaupt, nur unter der Bedingung erreichen lassen, daß die Organe der europäischen Marktordnung mit dirigistischen Vollmachten von außerordentlicher Machtfülle ausgestattet werden. Darüber hinaus aber werden sie auf den Konsensus der Verbraucherorganisationen angewiesen sein, wenn es um die Feststellung geht, unter welchen Bedingungen die Agrarmärkte als stabilisiert und die Versorgung der Bevölkerung als sichergestellt gelten können, vor allem aber, wenn die Entscheidung darüber getroffen werden soll, welche Preise die Verbraucher als „angemessen" zu akzeptieren haben. Denn in diesem Punkt pflegen ja die Vorstellungen der Produzenten und Konsumenten weit auseinanderzugehen.

Die vielerlei offenen und schwer zu beantwortenden Fragen indessen, welche die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt aufwirft, stellen nur einen kleinen Sektor der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problematik dar, mit der sich die Vertragspartner der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft konfrontiert sehen.

... bei den Industrielöhnen

Nehmen wir einmal, um gleich in medias res zu gehen, die Arbeitskosten, mit denen die verarbeitenden Industrien der Vertragsländer zu rechnen haben, so ergibt sich (nach den Angaben des International Labour Office) das folgende Bild:

Länder	Stundenverdienste 1954 (Schweiz = 100)	Soziallasten in Prozent des Lohns	Arbeitskosten (Schweiz = 100)
Belgien	75	17,7	88
Frankreich	73	29,8	92
Bundesrep. Deutschland	68	11,7	75
Niederlande	54	19,0	62
Italien	48	53,5	73

Es besteht, wie wir sehen, zwischen den Partnern der Gemeinschaft ein starkes Gefälle einmal der Stundenverdienste, zum zweiten der sozialen Lasten, die der Staat oder die Arbeitgeber der verarbeitenden Industrien zugunsten der Arbeitnehmer tragen. Dergestalt, daß beispielsweise die Arbeitskosten in Frankreich um gut ein Drittel höher sind als in den Niederlanden.

Zweifellos könnte sich dieser Zustand, wenn er so bleibt, wie er ist, als ein bestimmender Faktor der industriellen Standortwahl auswirken. Da Arbeiter nur ungern wandern, ist weniger zu erwarten, daß sie ihre Freizügigkeit ausnutzen, um vom Ort des geringeren zum Ort des höheren Arbeitsentgelts zu ziehen, sondern eher, daß arbeitsintensive Industrien, die nicht mit hohen Transportkosten zu rechnen haben, sich am Ort der geringsten Arbeitskosten niederlassen.

Nun heißt es aber in den Allgemeinen Bestimmungen des III. Titels — Sozialpolitik — des Vertrages: „Die Mitgliedstaaten sind sich über die Notwendigkeit einig, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte zu verbessern und auf dem Wege des Fortschritts einander anzugleichen." Mit anderen Worten: es soll eben nicht bei der historisch gewordenen und auf vielerlei Umweltbedingungen gegründeten Differenzierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bleiben, sondern sie sollen einander angeglichen werden.

Wie aber diese Nivellierung nach oben bewerkstelligt werden kann, bleibt eine offene Frage. Es wird zwar der Auffassung Ausdruck gegeben, „daß sich eine solche Entwicklung aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Arbeiten des Gemeinsamen Markts als auch aus den in diesem Vertrag vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung der Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsanordnungen der Mitgliedstaaten ergeben wird." Aber damit ist doch eigentlich nur die vielschichtige Aufgabe formuliert, die sich die Gemeinschaft auf dem Gebiet des sozialen Ausgleichs gestellt hat, nicht aber der modus procedendi definiert, nach dem sie zu verfahren beabsichtigt. Allenfalls nur, daß man erfährt, es werde politischer Entscheidungen, strikt dirigistischer Maßnahmen, gesetzgeberischer, d. h. obrigkeitlicher, Eingriffe bedürfen, um das zur Zeit bestehende Lohngefälle einzuebnen. Ob das nun aber durch eine Steuerung der Tarifpolitik oder durch eine Erhöhung der Soziallasten geschehen soll, wird nicht einmal angedeutet.

... und bei den unterschiedlichen Steuern

Angenommen aber, es komme zu dem erstrebten Ausgleich, was würde daraus folgen? Einerseits sicherlich, daß gewisse Industrien der inrustriell weniger entwickelten Partner einen wesentlichen Standortvorteil verlieren und möglicherweise gezwungen sein würden, ihre Betriebe einzustellen und die freigesetzten Arbeitskräfte umzusiedeln; andererseits wahrscheinlich, daß gerade die leistungsschwachen Partner in die Zwangslage kämen, ihre Steuern heraufzusetzen.

Das aber wäre ein besonders heikles Ding; denn ohnehin bestehen starke quantitative und qualitative Unterschiede zwischen den Steuerlasten, die die Bevölkerung der vertragschließenden Staaten zu tragen haben — Differenzen, die durchaus geeignet sind, die Wettbewerbsbedingungen im Raum des Gemeinsamen Marktes zu verzerren, die also — wieder im Wege politischer Entscheidungen — abgebaut

werden müßten, keineswegs aber vergrößert und vergröbert werden dürfen, um das Ziel der wirtschaftlichen Integration zu erreichen.

In Italien beispielsweise nimmt die Steuerbelastung (nach einem Bericht der Mutual Security Agency vom Juni 1953) nur 18,4 Prozent des Bruttosozialprodukts, in den Niederlanden dagegen 26,8, in der Bundesrepublik 25,6, in Frankreich 23,5, in Belgien-Luxemburg 21,9 Prozent in Anspruch. Das Gefälle der steuerlichen Belastung differenziert natürlich die Wettbewerbsbedingungen, auch dann, ja, gerade dann, wenn sich die Unterschiedlichkeit der steuerlichen Belastung in der Streuung der Kaufkraftparitäten bzw. in der Verzerrung der Wechselkursrelationen abbildet. Ganz wesentlich verstärkt aber wird diese Verzerrung durch die historisch und umweltlich bedingten qualitativen Unterschiede zwischen den Steuersystemen.

Gewicht der Steuergruppen in der gesamten Steuerbelastung[1])

Länder	Steuern vom Einkommen und Vermögen	Umsatzsteuern	Steuern auf den Verbrauch
Belgien	53	29	18
Frankreich	35	41	24
Bundesrep. Deutschland	63	27	10
Italien	30	21	49
Luxemburg	67	24	9
Niederlande	66	22	12

Denn es ist gleichgültig für den Gewerbetreibenden, ob die Umsatzsteuer hoch oder niedrig ist: der Umstand kann sogar — vorausgesetzt, es besteht Freizügigkeit — entscheidend für die Wahl seines Standorts sein; was aber die Verbrauchssteuern angeht, so kann durch sie die Kaufkraft in der Hand des Verbrauchers sehr wesentlich im positiven oder im negativen Sinn beeinflußt werden.

Es bleibt: Wunsch und Hypothese

Man wird daher der in der deutschen Publizistik geäußerten Auffassung (so Dr. H. Mesenberg im Europa-Archiv 1957, Nr. 4/5), daß für die marktkonforme Entwicklung des Wettbewerbs die steuerliche Angleichung — und zwar die Angleichung in qualitativer und quantitativer Hinsicht — unerläßlich sei, durchaus beipflichten. Daß diese Koordinierung nur schrittweise geschehen kann, versteht sich von selbst. Denn gerade die Entscheidungen, die zu diesem Zweck gefällt werden müssen, sind rein politischer Art und werden erst nach schweren Auseinandersetzungen mit den wirtschaftlichen Interessenvertretungen getroffen werden können.

Vor allem aber steht und fällt die Verwirklichung der Wirtschaftsgemeinschaft mit der Frage, ob es gelingen kann, eine Koordinierung der Währungspolitik durchzuführen, von der der Vertrag sagt, sie sei „in gewissem Umfang für ein wirksames Arbeiten des Gemeinsamen Marktes unerläßlich". Denn anders wird es nicht möglich sein, daß „die Mitgliedstaaten ... ihre Konjunkturpolitik als eine Frage ihres gemeinschaftlichen Interesses" betrachten, d. h. daß sie eine einheitliche Konjunkturpolitik betreiben, noch auch, daß sie zur Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik kommen.

Wie freilich das Ziel der währungspolitischen Koordinierung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung währungspolitischer Autonomie der Mitgliedstaaten erreicht werden kann, wird nicht gesagt; denn die Einsetzung eines beratenden Währungsausschusses verrät ja noch überhaupt nichts über die Mittel und Wege, deren man sich bedienen oder die man vorsorglich diskutieren könnte, um sich ein Bild der möglicherweise nutzbaren Verfahrensweisen zu machen.

---

[1]) United Nations, Econ. Bulletin for Europe, 3. Quartal 1950

Aber das ist weder Zufall noch Nachlässigkeit. Denn bei jeder währungstheoretischen Erörterung muß man sich vor Augen halten, daß das Geld ein Geschöpf des Staates oder, wie F. K n a p p sagt, ein „Geschöpf der Rechtsordnung" ist: nach seiner Entstehung und seinem Funktionieren nur verständlich, wenn man es im Koordinatennetz der Rechtsordnung sieht, in dem sich der organisierende Wille — das System der politischen Zielsetzungen — des Staates manifestiert. „Eine Geldpolitik", sagt der Kölner Professor Günter S c h m ö l d e r s, „die auf erfolgreiche Beeinflussung des Wirtschaftslebens bedacht ist, muß heute die gesamte Wirkungsbreite der staatlichen und überstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik berücksichtigen, die in einer interventionistisch durchsetzten, institutionell mannigfaltig vorgeprägten Wirtschaftsordnung zusammen mit den Konjunkturtendenzen der Marktwirtschaft auf das Geldsystem einwirken und von ihm ihrerseits beeinflußt werden" (Artikel „Geldtheorie" im Enzyklopädischen Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen). Die Fülle der währungspolitischen Kompetenzen kann zwar der zentralen Notenbank vorbehalten sein. Aber die Beschlüsse des Bankdirektoriums müssen erstens mit den Gegebenheiten rechnen, die die wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen, besonders aber auch die außen- und militärpolitischen Entscheidungen des Staates schaffen, zum zweiten mit den Realitäten, die der Wille der autonomen Institutionen von der Art der wirtschaftlichen Interessenvertretungen, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen usw. hervorbringt. Die Reichweite der währungspolitischen Autonomie, die der Zentralbank als „Hüterin der Währung" gegeben ist, ist sehr beschränkt. Sie kann durch exzessive Rüstungsausgaben, kostspielige Maßnahmen der Sozialpolitik, Lohnkämpfe mit diesem oder jenem Ausgang usw. ad absurdum geführt werden.

In letzter Instanz entscheidet nicht das Zentralbankdirektorium, sondern entscheiden die Mächte, die sich in der politischen Willensbildung durchsetzen, über Richtung und Tempo der währungspolitischen Entwicklung. Das aber heißt im Hinblick auf die Wirtschaftsgemeinschaft, daß die Frage, ob sich die Währungsgemeinschaft in der ihrer Schaffung gesetzten Frist realisieren läßt, ein ganz und gar politisches Problem aufwirft.

Es ist an den Staatsmännern der vertragschließenden Länder, die politischen Voraussetzungen für die Realisierung des Gemeinsamen Markts zu schaffen; an ihren wirtschaftspolitischen Experten, das technische Instrumentarium bereitzustellen, dessen es zur Erreichung des ferngesteckten Ziels bedarf; an den Völkern des europäischen Wirtschaftsraums aber, die hohen Kosten zu tragen, die der Bruch mit vielen Traditionen und der Einbruch in die Eigentumssphäre und die Entscheidungsfreiheit zahlloser Menschen im Gefolge haben wird.

Recht

Dr. Walther Ammann

Strafrechtliche Probleme der Kontaktaufnahmen zwischen Deutschen aus Ost und West

In seiner Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957 hat der Herr Bundeskanzler gegen Schluß u. a. ausgeführt: Die Bundesregierung wird sich besonders darum bemühen, daß die Deutschen das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit erhalten und festigen. Neben der brieflichen Verbindung ist die persönliche Begegnung zwischen den Deutschen der getrennten Landesteile von großer Bedeutung[1])". In Zusammenhang damit hat der Herr Minister Dr. Lemmer in seiner Eigenschaft als Minister für gesamtdeutsche Fragen in veröffentlichten Ansprachen ganz besonders zur Aufnahme innerdeutscher Kontakte von Mensch zu Mensch geradezu aufgerufen, um der drohenden Gefahr einer Entfremdung untereinander entgegenzuwirken.

Diese und viele andere ähnliche Aufforderungen an die Bevölkerung haben vor allem jetzt in der vorweihnachtlichen Zeit — ohne Rücksicht auf die politische Einstellung — eine gewisse Genugtuung und ein großes Echo bei allen gefunden, denen das Postulat der Wiedervereinigung und die Verbesserung der gegenseitigen menschlichen Beziehungen mehr als ein Lippenbekenntnis ist und denen es zur Herzenssache wurde, unter Einsatz der ganzen Person die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken und die trennenden Grenzen möglichst auf diesem Wege abzubauen ...

Doch an Hand der bisherigen Erfahrungen aus den letzten Jahren und der jüngsten Zeit auf dem Gebiet des Strafrechts muß man leider sagen: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!"

Denn die erwünschte Kontaktaufnahme kann, nun rein juristisch von seiten eines Verteidigers gesprochen, für den einzelnen nicht ganz ungefährlich sein, solange noch gewisse Vorschriften des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom Jahre 1951 unverändert gültig sind und die insofern wirklich unglückselige Entwicklung der Rechtsprechung mancher Gerichte in der Bundesrepublik nicht von neuem grundsätzlich überprüft wird. Bevor diese abstrakt und konkret existierenden Hemmnisse und Hindernisse, Auswirkungen und Folgerungen nicht aus dem Wege geräumt werden, erscheint die freie Entfaltung der Verbindungen und die Verwirklichung der allen Deutschen gestellten Aufgabe entsprechend der Präambel des Grundgesetzes, für die Wiederherstellung der Einheit und Freiheit zu sorgen, nicht erfüllbar.

Die tatsächlich vorhandenen Besorgnisse und Befürchtungen in der Bundesrepublik — und nur dafür sind und können wir hier selbst verantwortlich sein — gehen hierbei in zweierlei Richtung: Einmal die strafrechtlichen Möglichkeiten des Einschreitens gegen Bürger der Bundesrepublik, wenn sie nach drüben reisen oder Reisen dorthin vorbereiten und organisieren; zum anderen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung für Bürger der DDR, wenn sie das Gebiet der Bundesrepublik betreten.

Zum erstgenannten Problemkreis muß zunächst auf den leider jüngst sehr aktuell gewordenen und öfters zitierten § 100 e StGB verwiesen werden, dessen hier anzuwendender Text wie folgt lautet:

---

[1]) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 203, S. 1857 ff.

„Wer zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb" (der Bundesrepublik) „oder zu einer Person, die für solche Regierungen, Parteien, Vereinigungen oder Einrichtungen tätig ist, Beziehungen aufnimmt . . ., welche die Mitteilung von Staatsgeheimnissen zum Gegenstand haben, wird mit Gefängnis bestraft."

Bei oberflächlicher Betrachtung und im flüchtigen Hinblick auf die Abschnittsüberschrift des Strafgesetzbuches: „Landesverrat" möchte es zunächst scheinen, als ob dieser Tatbestand der „staatsgefährdenden Beziehungen" für den Durchschnittsreisenden in die DDR überhaupt ausscheide, weil ein Verratsvorsatz wohl kaum je gegeben sein wird. Aber § 100 e StGB ist nach der Auslegung der obersten Gerichte im Hinblick auf den Wortlaut dieser Vorschrift als sog. „abstrakter Gefährdungstatbestand" nicht auf Vorbereitungshandlungen zum landläufigen Landesverrat oder zur landesverräterischen Konspiration beschränkt, sondern geht über diese weit hinaus[2]).

Es gehört demnach auch nach der Rechtsprechung nicht zum Tatbestand, daß b e i d e Teile einen Erfolg erstreben. Getroffen wird und soll jede Beziehung werden, bei der es e i n e m Partner — also, konkret gesprochen, auch n u r der „anderen Person" in der DDR, irgendwie auf die Erlangung von Staatsgeheimnissen irgendwelcher Art ankommt; denn auch dann haben, wie der Bundesgerichtshof dazu ausführt, „die Beziehungen für einen dritten unbefangenen Beobachter die Mitteilungen von Staatsgeheimnissen zum Gegenstand"[3]).

Nachdem die meisten Bürger der DDR bei der engen Verbindung zwischen Staat und den Parteien und dem großen Mitgliederbestand der sonstigen „Massenorganisationen" für eine Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung „tätig sind" und von einzelnen Gerichten hier, vor allem bei überzeugten Kommunisten, jederzeit unterstellt werden kann, es gehe ihnen grundsätzlich um die Mitteilung solcher Geheimnisse, ist der Tatbestand in dem Augenblick erfüllt und ohne Rücktrittsmöglichkeit vollendet, wenn der bundesrepublikanische Gesprächspartner dies erkennt; das kann sogar bei ganz harmlosen und eigentlich selbstverständlichen Fragen nach Zuständen, Vorkommnissen, Begebenheiten in der Bundesrepublik ohne weiteres entnommen werden. Denn Staatsgeheimnisse sind gemäß § 99 m StGB auch „Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse . . . oder Nachrichten darüber, deren Geheimhaltung vor einer fremden Regierung für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland . . . erforderlich ist."

Was versteht man jedoch unter dem etwas dehnbaren Begriff zum „Wohl der Bundesrepublik"? Wer entscheidet letztlich darüber (die Regierungsauffassung oder diejenige der Opposition)? Es befindet sich demnach jeder Besucher ahnungslos mit einem Fuß bereits im Gefängnis, falls er irgendein Gespräch mit einem maßgeblichen oder auch unmaßgeblichen Bürger der DDR dort anknüpft, in welchem man irgendwie auf ein „verfängliches" Thema kommt, beispielsweise über Arbeitskämpfe, Streiks, Verhältnis zur Besatzungsmacht, Stimmung der Bevölkerung, Preisentwicklung, behördliche Verfügungen usw. usw. und der Partner dabei eine diesbezügliche Frage stellt, die man akustisch „hört". Da nach der Auffassung der Rechtsprechung schließlich auch nicht festzustehen braucht, welche Nachrichten im einzelnen mitgeteilt werden sollten, macht man sich unter Umständen strafbar, selbst wenn man überhaupt keine Antwort darauf gibt.

Handelt derjenige, welcher „Beziehungen" in dem bisher erörterten Sinn aufnimmt, überdies noch in der Absicht, staatsfeindlich sich auswirkende Maßnahmen oder Bestrebungen einer Regierung usw. außerhalb der Bundesrepublik herbeizu-

[2]) Vgl. Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen Band 6, S. 347.
[3]) BGH, a. a. O., S. 334.

führen oder zu fördern, dann ist bereits § 100 d StGB mit noch schwererer Strafandrohung erfüllt (Strafe: Gefängnis bis zu 5 Jahren, in besonderen Fällen Zuchthaus bis 15 Jahren).

Die rechtliche Abhandlung der demnach von Einzelpersonen bei ihrem Besuch möglicherweise erfüllten Tatbestände soll damit abgeschlossen werden. Daß diese logischen und juristischen Deduktionen nicht nur graue Theorie sind, sondern bisweilen auch konkrete Gestalt annehmen, zeigen die Erkenntnisse gerade der letzten Zeit: Abgesehen von veröffentlichten anderen Gerichtsentscheidungen weiß ich beispielsweise von einem bei einem südwestdeutschen Oberlandesgericht anhängigen Verfahren, bei welchem ein — nicht der Kommunistischen Partei angehörender oder ihr nahestehender — Kaufmann, der auf eigene Faust sich „drüben einmal umsehen" und durch persönliche Kontaktaufnahme Wiedervereinigungspolitik betreiben wollte, nach § 100 e StGB bestraft wurde; er hatte nämlich bei seiner Rückkehr ehrlich und offen berichtet, er sei plötzlich stutzig geworden, als ihn jemand drüben nach der Stimmung der pfälzischen Bevölkerung zu der Stationierung von Atomkanonen gefragt hätte.

Zwei von mir verteidigte Industrie-Arbeiter wurden, so wie ich bis jetzt vermute, wegen eines angeblichen Besuches in der DDR vor einigen Wochen unter der Beschuldigung der §§ 100 e oder d inhaftiert. Und während diese Zeilen noch geschrieben werden, muß sich schließlich Dr. A g a r t z, gegen den letztlich von den vielen Vorwürfen im Vorverfahren allein noch übriggebliebenen erheblichen Vorwurf des § 100 d StGB vor dem 3. Senat des Bundesgerichtshofes verteidigen. Wer wird der nächste sein, der (im Vertrauen auf die offiziellen Verlautbarungen oder allein seinem Gewissen verpflichtet) ebenfalls wegen einer Reise in die DDR oder der Aufnahme von Verbindungen mit drüben in ein Verfahren wegen Verstoßes gegen diese Vorschriften verwickelt wird?

Für den Bürger der Bundesrepublik bestehen aber noch weitere strafrechtliche Gefahren, insbesondere wenn er nicht allein reist, sondern irgendwie dabei mitwirkt, daß andere in die DDR fahren. Hier muß man vor allem an diejenigen Fälle denken, bei welchen sich Personen, von dem Wunsche beseelt, daß gerade die Jugend das ganze Deutschland kennen, lieben und sich untereinander verstehen lernen soll, für Ferien- und Erholungsfahrten von Kindern und Jugendlichen in die DDR bemühten und bemühen. Dabei haben sie nichts anderes getan, als die Kontaktaufnahme in praxi zu verwirklichen (wobei ihnen, nebenbei gesagt, die Deutsche Bundesbahn und Omnibusunternehmer mit staatlicher Genehmigung durch Stellung von ganzen Zügen oder anderen Transportmitteln zur Seite standen!). In einem Verfahren vor der großen Strafkammer eines norddeutschen Landgerichts wurde ein Angeklagter im wesentlichen deswegen zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er bei derartigen Transporten durch Sammeln von Meldungen und Fahrgeld, Anfertigung von Teilnehmerlisten und endgültige Verteilung der Kinder einer Großstadt auf die einzelnen Omnibusse „tätig" gewesen ist. Aus meiner eigenen Praxis sind mir weitere Fälle von Vernehmungen und Ermittlungsverfahren gegenwärtig, die sich mehr oder weniger mit diesem Verhaltenskomplex befassen. Wenn dann einzelne Personen auch noch daneben offizielle Sammel- oder Meldestellen eröffnen oder sonst bei den Reisevorbereitungen mithelfen, die etwa ein Deutschlandtreffen der Jugend oder die Weltjugendfestspiele in Ost-Berlin zum Gegenstand hatten, dann erfolgten und erfolgen in größerem Umfange Bestrafungen (nach den §§ 90 a, 128, 129 StGB). Wenn die Betreffenden endlich auch noch Mitglieder der KPD waren, also aus der weltanschaulichen Einstellung auf die „staatsfeindliche Absicht" automatisch geschlossen werden konnte, dann haben sie sogar „ein Verbrechen" nach § 94 StGB begangen und können, wie in einem Falle, schon bestraft werden, wenn sie es nur „versucht"

haben, eine Annahmestelle für Meldungen zu derartigen Veranstaltungen an ihrem Heimatort zu eröffnen ...[4]).

Auf der anderen Seite entstehen und bestehen aber auch für die Bewohner der DDR erhebliche Gefahren, wegen ihrer Besuchsreisen in die Bundesrepublik sich hier nach den gesetzlichen Vorschriften strafbar zu machen.

Hierbei soll in diesem Zusammenhang nicht auf die Probleme näher eingegangen werden, die sich aus der Mitarbeit von Personen in Organisationen der Bundesrepublik ergeben, wenn diese durch Erlasse von Innenministerien verboten oder durch die Rechtsprechung der Strafgerichte bereits als staatsfeindlich bezeichnet wurden. So hatte der damalige 6. Senat des Bundesgerichtshofes schon im Jahre 1955 einen FDJler von drüben zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, der von der sog. Abteilung Westdeutschland des Zentralrates der FDJ Reisen in die Bundesrepublik unternahm[5]). Andere Verfahren mit Verurteilungen zu Freiheitsstrafen habe ich selbst als Verteidiger miterlebt; hier waren ehemalige Bürger der DDR, welche aus verwandtschaftlichen oder sonstigen Gründen in die Bundesrepublik übersiedelten, in die „entsprechenden" namensgleichen Organisationen, wie beispielsweise in die FDJ, eingetreten. Es geht jetzt vielmehr um eine andere, ganz prinzipielle Frage, die sich aus der Legaldefinition vom „Ort der Handlung" nach dem im Jahre 1940 (!) eingeführten § 3 StGB ergibt. Hiernach ist eine Tat nämlich auch an dem Ort begangen, an welchem „der Erfolg eingetreten ist oder eintreten sollte".

In einem Verfahren gegen einen Bürger der DDR, welcher drüben Mitglied der Massenorganisation „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" war, wurde durch die Strafkammer eines süddeutschen Landgerichtes nach den Vorschriften der Staatsschutzbestimmungen eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten für eine Handlung verhängt, welche er drüben in einer zugelassenen und genehmen Massenorganisation geleistet hat und die sich möglicherweise auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik auswirken konnte: denn es wäre anzunehmen, daß das in der Ostabteilung hergestellte Schriftenmaterial in einzelnen Exemplaren für die Zwecke der „westdeutschen" Gesellschaft geeignet ist (und tatsächlich, wenn auch ohne sein Wissen oder seine Veranlassung, später nach dem Westen geschickt worden war). Wenn man dieses — begreiflicherweise über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekanntgewordene — Urteil, dessen Rechtsauffassung leider im Sommer 1957 vom Bundesgerichtshof in der Revisionsinstanz bestätigt worden ist, einmal weiter und bis zu Ende durchdenkt, dann kommen theoretisch nahezu alle Bürger der DDR für ihre bloße Mitgliedschaft in derartigen Organisationen oder für ihre Teilnahme an deren Veranstaltungen, Dankadressen, Resolutionen, Unterzeichnung von Briefen usw. usw. vom jüngsten Pionier bis zum ältesten Arbeiter in einem Altersheim in die Lage, bei einem Aufenthalt in der Bundesrepublik schon allein deswegen verhaftet und abgeurteilt zu werden. Wäre die weitere gedankliche Schlußfolgerung hieraus so abwegig, daß die bestehenden Erschwerungen und Gegenempfehlungen innerhalb der DDR in Richtung auf das Betreten der Bundesrepublik nicht auch irgendwie damit zusammenhängen und nur die logischen Auswirkungen dieser verfehlten Rechtsprechung und der theoretischen Verhaftungsmöglichkeit in der Bundesrepublik darstellen?

In neuester Zeit kommt als weitere Gefahrenquelle für die Bürger der DDR noch die Vorschrift des § 92 StGB hinzu: Nach dieser Vorschrift über den „staatsfeindlichen Nachrichtendienst" können diejenigen mit Gefängnis (und in besonders schwe-

---

[4]) 1 KLs 14/55 v. 22. 12. 1955.

[5]) BGM, Entscheidung des BGH v. 19. 2. 1955, Az: StE 18/54, veröffentlicht in „Hochverrat und Staatsgefährdung" — Urteile des BGH — Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Seite 187 ff.

ren Fällen mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren) bestraft werden, welche in verfassungsfeindlicher Absicht[6]) für eine Dienststelle, eine Partei oder eine andere Vereinigung außerhalb der Bundesrepublik sowie für eine in der Bundesrepublik verbotene Vereinigung oder für ihre Mittelsmänner Nachrichten

über Verwaltungsdienststellen, Betriebe, Anlagen, Einrichtungen, Vereinigungen oder Personen, die sich im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes befinden,

sammelt. Bei dieser außerordentlich weiten, trotz der Aufzählung generalklauselartigen Fassung des Tatbestandes können gesprächsweise geäußerte Fragen nach Einzelpersonen, den Arbeitsbedingungen, Beförderungen etc. etc. schon unter den Begriff „Nachrichtensammeln" subsumiert werden.

Bezeichnend hierbei ist beispielsweise auch die Tatsache, daß im Ermittlungsverfahren — nicht mehr jedoch in der Anklageschrift und im Eröffnungsbeschluß — vorübergehend der Vorwurf gegen Dr. Agartz auch auf diese Strafnorm der Beeinträchtigung der Staatssicherheit gestützt wurde[7]).

Diese oben geschilderten Befürchtungen sind demnach nicht unbegründet. Gerade in diesen Tagen wurden mehrere Mitglieder des FDGB, der gewerkschaftlichen Organisation in der DDR, teilweise ganz kurz nach ihrem Eintreffen auf bundesrepublikanischem Boden u. a. mit der Beschuldigung festgenommen, sie hätten bei persönlichen Besuchen ihrer Arbeitskollegen Aussprachen geführt, die als Nachrichtensammeln im Sinne des Gesetzes angesehen werden könnten. Ob und inwieweit dieser Vorwurf überhaupt zutrifft — ein nahezu 60jähriger kaufmännischer Angestellter beteuerte mir gegenüber im Gefängnis glaubwürdig, er befände sich lediglich nur zum Besuch bei einem nahen Verwandten in der Bundesrepublik und habe bislang nur ein Fußballspiel, einige Filme und den Zoo besucht — konnte noch nicht geklärt werden: Da der Haftbefehl auch auf Verdunkelungsgefahr gestützt wurde, ist dem Verteidiger auf Grund einer alten, seit langem stark angegriffenen Bestimmung der Strafprozeßordnung (§ 148) bislang nur erlaubt worden, den Inhaftierten in Anwesenheit eines Richters oder eines Staatsanwalts, offiziell beschränkt auf 15 Minuten, und teilweise erst nach vielen Tagen einmal zu besuchen. Daß Verhaftete schon allgemein zurückhaltend und vorsichtig sind, wenn eine „justizielle" Aufsicht jedes Wort mit dem Verteidiger mit anhört, ist eine alte Erfahrungstatsache; sie gilt um so mehr, wenn ein Bürger der DDR mit seinem Verteidiger nur unter der Kontrolle der „bundesrepublikanischen" Justiz soll sprechen dürfen, von der Unwürdigkeit dieser Maßnahme gegenüber einem mit gleichen Aufgaben betreuten Diener des Rechts und der Nichtachtung des Grundsatzes eines unbeschränkten Verkehrs mit dem Verteidiger unter vier Augen einmal ganz abgesehen ...

Die juristischen Ausführungen mußten in diesem Rahmen zwangsläufig skizzenhaft und fragmentarisch bleiben. Die Problematik der Strafjustiz in politischen Verfahren ist überhaupt nicht auszuschöpfen. Es sollten auch nur einige Fragen und Tendenzen daraus aufgezeigt werden, soweit diese geeignet sind und jederzeit eingesetzt werden können, um alle unsere eigenen, persönlichen Bestrebungen und Bemühungen um eine Wiedervereinigung für die Zukunft zu „torpedieren", wenn nicht sogar ganz zu unterbinden oder zu verhindern. Mag es auch bisher nur verhältnismäßig wenige „getroffen" haben, so handelt es sich doch jeweils um Musterprozesse und um Grundsatzentscheidungen des Bundesgerichtshofes und anderer Gerichte in der Bundesrepublik, welche offensichtlich abschreckend wirken sollen

[6]) Dazu genügt nach der allerdings nicht unbestrittenen Rechtsprechung auch sog. dolus directus und dolus eventualis, d. h. einfacher oder möglicher Vorsatz.

[7]) Vgl. „Spiegel", Nr. 48 v. 27. 11. 1957, S. 16.

und auf weitere Fälle gleicher oder ähnlicher Verhaltensweise angewendet werden können.

Letztlich aber geht es darum, inwieweit die Wiedervereinigungspolitik, die Freiheit der Beziehungen untereinander und die freie Meinungsäußerung — entgegen den offiziellen Verlautbarungen — durch den Strafrichter wieder eingeschränkt werden könnte. Die notwendigen Kontaktaufnahmen von hüben zu drüben und umgekehrt haben überdies nur dann einen Sinn, wenn die Gesprächspartner auch frei und offen berichten, miteinander reden, die gegenseitigen Meinungen und Erfahrungen austauschen und diskutieren können, ohne befürchten zu müssen, daß die eine oder andere Äußerung, vielleicht auch noch aus dem Zusammenhang gerissen, für den Staatsanwalt Anlaß zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wird. Es muß daher jeder Einzelperson von Ost und West möglich sein, bei solchen Aussprachen die Entwicklung, den Fortschritt und die Besonderheiten in seinem Teil (Deutschlands) entweder lobend hervorzuheben oder zu kritisieren, ohne gleich eines Infiltrationsversuches oder einer „staatsgefährdenden Tätigkeit" bezichtigt zu werden. Vor allem weil die menschlichen Beziehungen die letzten Möglichkeiten darstellen, um die noch vorhandenen Gemeinsamkeiten festzuhalten, müssen sie unabhängig, frei von unnötiger Einengung, Furcht und der Besorgnis sein, dafür bestraft zu werden. Dies aber kann durchaus durch zwei gesetzgeberische Maßnahmen erreicht werden: Einmal durch die — dringend erforderlich gewordene — Änderung einzelner Vorschriften des Strafgesetzbuches und zum anderen durch eine generelle Amnestie für alle politischen Handlungen, insbesondere, soweit die Betreffenden sich bei ihrem Sinnen, Trachten und Handeln allein von dem Abbau der Schranken, der Überwindung der Spaltung und der Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes leiten ließen. Wer aber hier als Verteidiger in den Zellen der Gefängnisse oder im Sprechzimmer der Praxis bei den in politischen Verfahren verstrickten Menschen auf die innersten und tiefsten Regungen des Herzens zu horchen gewohnt ist, muß bestätigen, daß heute jede politische Handlung und jede politische Tat letzten Endes von der Sehnsucht nach einer Wiedervereinigung, zur Befriedung der inneren Spannungen in Deutschland und von der Sorge um unsere nationale Zukunft getragen wurde.

Machen wir also in der Bundesrepublik mit den gesetzlichen Änderungen und der Einstellung aller Verfahren den Anfang, dann wird sich dieser Schritt von selbst auch günstig auf den anderen Teil Deutschlands auswirken.

Zu Weihnachten 1956 hatten zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Hoffnung und Zuversicht Ausdruck gegeben, daß wenigstens in diesem Jahr auch diejenigen von der Notwendigkeit einer Freilassung aller aus politischen Gründen Verhafteten sich überzeugen und gewinnen ließen, welche sich damals dagegen wehrten. Doch die allgemeine Entwicklung (und die Rücksicht auf die Bundestagswahl) haben es verhindert, daß der Amnestie-Entwurf im Frühjahr Gesetz wurde. Durch diesen betrüblichen Ausgang der Bundestagsdebatte vom 4./5. April 1957 wurden die unermüdlichen Anstrengungen und Hoffnungen der mit politischen Verfahren befaßten Verteidiger, auch einzelne in der DDR Inhaftierte ganz oder vorzeitig freizubekommen, zur Erfolglosigkeit verurteilt, da wir insofern seitdem mit leeren Händen dastehen und die Entschließung des Bundestages auf wohlwollende Nachprüfung einzelner Fälle keiner generellen Amnestie gleichkam. Auch die — was nicht bestritten werden soll — hier vereinzelt im Laufe des Jahres erreichten Entlassungen nach ⅔ der verbüßten Strafzeit oder danach sind nur gemäß dem Wortlaut oder dem Sinne der ohnehin bestehenden Vorschrift des § 26 StGB (Strafaussetzung zur Bewährung nach ⅔ Haftzeit) erfolgt. Diesen „Freigelassenen", welche jetzt, teilweise nach vielen Jahren der Haft, erstmals wieder das Fest des Friedens im Kreise

ihrer Familie begehen können, steht eine weitaus größere Zahl derjenigen wegen politischer Taten inhaftierten Personen gegenüber, die erstmals (oder wieder) Weihnachten hinter Gefängnismauern verbringen müssen (darunter — aus meiner Praxis — ein Bürger der DDR mit vier Kindern im Alter von 1—5 Jahren, eine kinderreiche Mutter und ein Arbeiter von hier, der bereits während des „3. Reiches" insgesamt 8 Jahre in Konzentrationslagern hinter sich bringen mußte).

Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland" hat, Zeitungsnotizen zufolge, sich wegen einer Amnestie in der DDR an führende Politiker der UdSSR im Zusammenhang mit der Wiederkehr des 40. Jahrestages der Sozialistischen Oktober-Revolution gewandt (anstatt sich unmittelbar an die zuständigen Stellen der Regierung der DDR zu wenden). Wäre es aber nicht noch viel erfolgversprechender, gerade im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Weihnachtswunder und der Botschaft der Engel, einmal eine Amnestie zu gewähren, einen versöhnlichen Schlußstrich zu ziehen und dadurch einen Beweis dafür zu erbringen, daß wir „Menschen guten Willens sind", denen die Verheißung des Evangeliums gilt?